Nr. 242. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für **1902** unter Nr. **7878**. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 16. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Boeren-Boykott.

An diesem Donnerstagnachmittag, kurz nach 5 Uhr nachmittags, werden die Boerengenerale auf der Station Zoologischer Garten in Berlin eintreffen. Am Sonnabend werden sie bereits Berlin wieder verlassen.

Die Ankunft der Tapferen des boerischen Unabhängigkeitskampfes erfolgt unter allen Zeichen offizieller Ungnade. Die Helden der finsteren und doch gewaltigen Tragödie geraten unversehens in die dumpfe, fade Luft wohlangezogener und glänzend gebürsteter Herrlein, die als Minister ihr vergängliches Dasein fristen. Die Träger elementarer weltgeschichtlicher Katastrophen werden in den stummen Operettenchorus beamteter Leutchen geworfen, die über den taktlosen Einbruch dieser groben Männer der Volkswehr entsetzt starren, die sich sogar erdreistet haben, ihrem Willen gegenüber höfischen Wünschen Geltung zu verschaffen.

Schon am Dienstagabend hatte „Wolffs Bureau" gegenüber gewissen Ausstreuungen nochmals wiederholt, daß die Frage eines Empfanges der Boerengenerale durch den deutschen Kaiser im negativen Sinne entschieden und erledigt sei. Am Mittag meldet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", daß auch die Minister die allergehorsamsten Folgerungen aus der allerhöchsten Ungnade gezogen haben: „Nachdem sich die Audienz der Boerengenerale bei Sr. Majestät dem Kaiser aus den bekannten Gründen zerschlagen hat, werden auch **die amtlichen Kreise von der Anwesenheit der Generale in Berlin keine Notiz nehmen.**"

Wir können es den Generalen, die jahrelang ihr Volk gegen eine ungeheure Uebermacht mit einer schier unbegreiflichen Kraft geführt haben, innig nachfühlen, wie schmerzlich es ihnen sein wird, auf die Bekanntschaft der edlen germanischen Heldengestalten verzichten zu müssen, die im Oktober 1902 zu Berlin die amtlichen Kreise darstellen. Wie furchtbar: Graf Bülow wird von den Generalen keine Notiz nehmen, Herr v. Richthofen wird keine Notiz nehmen, und auch Podbielski wird sich doch mit den Landboeren nicht vor den Bauch stoßen lassen. Hofmarschall v. Kalb, der Ewige, geht majestätisch um, und in Wolken von Moschusdüften verteidigt er sich gegen die Anwesenheit der ungebildeten Leute, die weiter keinen Titel haben, als Verteidiger eines um seine Freiheit ringenden Volkes zu sein.

Es ist ein weiter Weg von jenem Neujahrstag 1896, da auf Befehl des deutschen Kaisers der englische Botschafter in London angewiesen wurde, „an die englische Regierung die amtliche Anfrage zu stellen, welche Schritte sie zu thun gesonnen sei, um den durch den Einbruch bewaffneter Banden von dem englischen Protektoratsgebiete in das Territorium des Transvaalstaates geschaffenen völkerrechts- und vertragswidrigen Zustand zu beseitigen". Es ist ein weiter Weg von jenem Telegramm Wilhelms II. an den Präsidenten Krüger, das lautete: „Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigsten Glückwunsch aus, daß es Ihnen, **ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren**, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigner Thatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren." Es ist ein weiter Weg! Die Boeren haben dann, als es Ernst wurde, an die Hilfe der befreundeten Macht appelliert, die sich anbot, als es sich nur um die spottleichte Abwehr eines unschädlichen Abenteurer-Haufens handelte. Aber die befreundete Macht war inzwischen anderweitig befreundet. Man duldete alle völkerrechtswidrigen Brutalitäten gegen das kleine Volk, man wies den hilfesuchenden Präsidenten von der Schwelle, und in demselben Berlin, wo Cecil Rhodes und Lord Roberts willkommen geheißen wurden, nehmen die amtlichen Kreise keine Notiz von der Anwesenheit der Freiheitskämpfer. Oder richtiger, sie nehmen doch Notiz, nämlich insofern die Polizei gegen die Generale aufgeboten wird. Man hat es durchgesetzt, daß die Generale auf der Fahrt zum Hotel nicht die „Triumphstraße" Unter den Linden berühren. An den Anschlagsäulen dürfen keine Plakate erscheinen, in denen Mitteilungen über den Weg gemacht werden, den die **Boerengenerale** vom Bahnhof nach ihrem Hotel nehmen werden. Auch andre polizeiliche Beschränkungen sind für die Boerenfeier erlassen worden; so ist unter anderm eine **geplante photographische Blitzlichtaufnahme** in der Philharmonie **untersagt worden**. Kurz, während man sonst bei offiziellen Empfängen gleichgültiger Fürstlichkeiten alles aufbietet, um Spaliere hurrarufenden „Volkes" aufzubringen, wird diesmal alles gethan, um jede Demonstration für die Gäste zu vereiteln. Die Polizei übt diesmal die Rolle einer Feuerwehr, die die Begeisterung zu löschen hat, die man sonst mit aller Kunst in Brand zu setzen bemüht ist. Die amtlichen Kreise nehmen keine Notiz, folglich soll ganz Berlin keine Notiz nehmen. Und es wird gewiß viele Stützen der Gesellschaft geben, die bei aller Boerenliebe sich hüten werden, sich an dem Empfang der Generale zu beteiligen.

So lächerlich und kläglich das Verhalten der „amtlichen Kreise" ist, so angemessen ist es zugleich. Es wäre eine Beleidigung der Boeren, eine Verwirrung einer klaren Situation, wenn die amtlichen Kreise jetzt nach allem Vorausgegangenen die Helden von Transvaal für ihre populären Bedürfnisse mißbrauchen und sich mit huldigenden Worten an sie drängen würden, deren Thaten doch wieder die Bedrängten gewirkt haben und wirken sollten. Wenn die amtlichen Kreise einer ungerechtfertigten Liebedienerei gegen das englische Jingotum auf die, allerdings unverdiente, Ehrung verzichten, den Boerenführern die Hand zu drücken, so ist dies Verhalten Ausfluß derselben renommierenden Olmütz-Taktik, die die amtlichen Kreise Schergendienste für den russischen Absolutismus leisten läßt; die Boykottierung der Boeren ist eine Folge der gleichen hochtrabenden Schwäche und Geschmeidigkeit wie die Auslieferung russischer Freiheitskämpfer. Es ehrt die Generale und die — Wahrheit, daß sie unter dem Bann der offiziellen Gewalten in Berlin einziehen.

Noch in andrer Hinsicht ist die Lage erfreulich geklärt. In Paris verehrte man Botha und Delarey auf ihre französische Abstammung hin. Damit haben die Generale auch einen Strich zwischen sich und jenen Alldeutschen gezogen, die einer sehr loyal und sehr ängstlich bethätigten Boerenliebe aus einer **mystischen Stammesschwärmerei** und einem blöden Englandhasse heraus huldigen. Diese Clique hat allerdings das geringste moralische Recht, England der Vergewaltigung des Boerenvolkes anzuklagen; denn sie selbst verteidigen bei uns alle Roheiten und Unthaten der Weltpolitik der kapitalistischen Barbarei. So weit sie nicht unklare Schwärmer eines konfusen Nationalismus sind, handeln sie nur aus dem Instinkt der wirtschaftlichen und politischen Konkurrenz gegen Englands Uebermacht. Es war deshalb eine zwar nicht beabsichtigte, aber um so schärfere Satire auf die Blutsverwandtschafts-Tiraden der Alldeutschen, daß die Boerengenerale in Paris ihre französische Abstammung stolz verkündeten.

Das deutsche Proletariat hat mit dieser englandhassenden nationalistischen Boerenschwärmerei nichts gemein. In Uebereinstimmung mit den Empfindungen des aufgeklärten englischen Proletariats fühlt es mit den Boeren als den Opfern der imperialistischen Weltraubpolitik des Kapitalismus. Es bewundert ihren stolzen Unabhängigkeitskampf und wie die parlamentarischen Vertreter der Socialdemokratie allein im deutschen Reichstage machtvoll die Stimme der Menschlichkeit und des Völkerrechts zu Gunsten des Boerenvolkes verkündet haben, so begrüßt auch jetzt das Proletariat schlicht und aufrichtig die Führer der Boeren auf deutschem Boden, in Berlin. Dieser ernste und wahrhaftige Gruß spottet des Boykotts der amtlichen Kreise und erhebt sich frei, obwohl die gutgesinnten, ach! so zahmen Arrangeure des Boerenempfanges ängstliche Sorge getragen haben, daß kein proletarischer Hauch die frostigen Veranstaltungen der Zahlungsfähigen vergifte.

Die Unterdrückten, die siegenden Freiheitskämpfer der Welterlösung grüßen die Besiegten, die vergebens um die Freiheit gerungen haben.

* * *

In **Paris** sagte **De Wet** u. a.: Er bedauere, daß die englische Regierung dem Beispiel derjenigen gefolgt sei, welche sich aus dem Staube machen, wenn das Pulver der Explosion nahe ist. Wir mußten unsern Stamm retten und deshalb mußten wir, um unsre Frauen zu retten, den Frieden annehmen. Wir werden die von uns vollzogene Unterzeichnung achten, aber **wir wollen frei bleiben**. Ich hoffe, Europa wird das nicht vergessen. Ich habe erfahren, daß eine Straße nach mir benannt werden soll. Nun, ich hoffe, daß dieselbe niemals ein Süd-Afrikaner betreten wird, der nicht ein Freund Frankreichs ist. Wir haben, schloß De Wet, ein Recht auf Ihre Freundschaft, wir rechnen auf Sie.

Delarey sprach Frankreich seinen Dank aus für das, was es für das Boerenvolk gethan habe, und bedauerte, daß er, ein Nachkomme der Hugenotten, nicht verstehe die Sprache seiner Väter zu sprechen; „aber", schloß Delarey, „unser Appell wird gehört werden, denn wir sind eines Blutes."

Paris, 15. Oktober. (Tel.) Um 1½ Uhr nachmittags verließen De Wet, Delarey und Botha ihr Hotel, um sich nach dem Nordbahnhof zu begeben, von wo die **Abreise nach Berlin** erfolgt. In den an das Hotel stoßenden Straßen und in den von dort zum Bahnhofe führenden Straßen sowie in der Umgegend des Bahnhofs war eine gewaltige Menschenmenge versammelt, welche die Generale bei ihrem Erscheinen mit begeisterten Zurufen begrüßte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Oktober.

Der Reichstag

hatte am Mittwoch eine sehr ausgedehnte Sitzung und eine angeregte Verhandlung. Wie in einem Brennspiegel sammeln sich jetzt im Parlament alle Strahlen auf einen Punkt, den Zolltarif, der auch in der heutigen Diskussion über die Arbeitslosigkeit eine große Rolle spielte. Die vor 9 Monaten abgebrochene Besprechung unsrer Interpellation wurde durch eine Rede Molkenbuhrs wieder aufgenommen, die die Sachkenntnis und Gründlichkeit unsres Genossen im besten Lichte erscheinen ließ. Er konnte seine Ausführungen diesmal auf die Arbeitslosenzählung der Berliner Gewerkschaftskommission stützen, die außerordentlich wertvolles Material geliefert hat. Natürlich kam unser Redner auch auf seinen positiven Vorschlag, eine Arbeitslosen-Versicherung durch das Reich herbeizuführen, und erörterte diesen Gedanken nach allen Richtungen.

Der Oberdemagoge des Centrums, Herr **Bachem**, der nach unsrem Redner zum Wort kam, hatte über die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung blutwenig zu sagen. Die Ausgestaltung des Arbeitsnachweises ist der einzige Vorschlag, den er zu machen hatte. Dabei gab er ihm noch die agrarische Färbung, daß der Rückfluß der Industrie-Arbeiter auf das Land durch die Organisation des Arbeitsnachweises gefördert werden müsse. Die Hauptsache war ihm ein Vorstoß gegen die Taktik der Socialdemokraten in der Zolltarif-Kommission. Er schreckte nicht vor der Unwahrheit zurück, unsern Kommissionsmitgliedern nachzusagen, daß sie die Zollfreiheit für Hummern, Austern, Kaviar beantragt hätten. Den würdigen Schluß dieser Rede bildete die Behauptung, daß die Annahme des Zolltarifs das einzige Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei. Genosse **Zubeil** widerlegte die schutzzöllnerischen Theorien des Herrn Bachem recht glücklich und nagelte die auf die Autorität der „Germania" gestützten Unwahrheiten sofort fest. Als Mittel zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit stellte Zubeil die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden in den Vordergrund. Die Frage unsrer Genossen, was denn die Regierung nun eigentlich zu thun gedenke, um die von allen Seiten befürchtete Zunahme der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter zu bekämpfen, veranlaßte den Grafen **Posadowsky** zu einer kurzen Rede, die nichts andres als das Eingeständnis vollkommener Hilflosigkeit war. Das Reich kann nichts thun, der Schatzsekretär hat kein Geld und um die Positionen für die Landeskultur müssen die Ressortchefs aufs äußerste kämpfen. Ob die Einzelstaaten Arbeitsgelegenheit schaffen können, ist ihre Sache. Die Frage der Arbeitslosen-Versicherung wird eifrig studiert.

Während der wildliberale Herr **Rösicke** einige Spitzen gegen die Kanalfurcht der Regierung anzubringen verstand, ritt Graf **Kanitz** sein altes Steckenpferd, den Kampf gegen die Syndikate. Der letzte Redner aus unsren Reihen war Genosse **v. Elm**, der im Gegensatze zu Molkenbuhr seinen Gedanken vertrat, durch Gewährung staatlicher Zuschüsse an die Gewerkschaften mit der Arbeitslosen-Versicherung einen praktischen Anfang zu machen. Die Debatte, in der noch der Vertreter des Kohlensyndikats, der Nationalliberale **Hilbck**, gegen den Grafen Kanitz polemisierte und die Behauptung aufgestellt hatte, daß die Industriellen nur im Interesse der Arbeiter billiger ans Ausland lieferten, wurde schließlich vertagt.

In der Flut persönlicher Bemerkungen, die sich anschloß, rechneten **Stadthagen** und **Molkenbuhr** mit Herrn Bachem noch gründlich ab. Der Vorschlag **Singers**, am Donnerstag die Debatte über die Arbeitslosigkeit zum Abschluß zu bringen und ihre Fortsetzung nicht wieder ins Ungewisse zu verschieben, wurde von den Mehrheitsparteien, die den Zolltarif nicht zeitig genug bekommen können, abgelehnt. Mit den Mehrheitsparteien ging auch die freisinnige Volkspartei, deren Taktik in der Zolltarifvorlage immer rätselhafter wird. Am Donnerstag wird also der erneute Kampf um den Wuchertarif anheben, sobald der erste Punkt der Tagesordnung, die Interpellationen wegen der Fleischteuerung, erledigt ist. Viel Zeit wird er nicht in Anspruch nehmen. Da der Reichskanzler eine Beantwortung ablehnen wird, kann morgen nicht einmal eine Begründung durch die Antragsteller erfolgen.

Obstruktion.

Durch einen erbitterten Schimpfartikel gegen die „socialdemokratische Obstruktion" leitet die „**Kölnische Volkszeitung**" des Herrn **Bachem** die Wiederaufnahme der Zollberatung ein.

Das Centrum empfindet es überaus peinlich, daß seine stolze Macht auf den anscheinend unüberwindlichen Widerstand der Socialdemokratie stößt. Die Schmach des Zollwuchers auf sich nehmen und dann noch der Besiegte sein — das ist ein unerträglicher Gedanke für das Centrum, das sich als entscheidende Partei im Reiche fühlt! Das Centrum will **aller** Hindernisse, die dem Zollwucher drohen, Herr werden; es spielt den pfiffigen Händler zwischen Regierung und Ueberzöllnern, es will auch die Opposition der Zollgegner niederwerfen.

Dies ist das gute Recht des Centrums und es mag durch diese Bethätigung bei den Arbeitern, die ihm bisher blindlings folgten, nun aber begonnen haben, ihm die Gefolgschaft zu kündigen, nach Belieben sein Ansehen zu untergraben. Es ist darum auch durchaus nichts einzuwenden, wenn die „Kölnische Volkszeitung" die Zöllner dringend aufruft, alles daran zu setzen, um den Widerstand der Zollgegner zu brechen. Die „Kölnische Volkszeitung" läßt sich aber hieran nicht genügen, sondern beschimpft die Zollgegner, weil sie die unangenehme Absicht haben, sich den Zollgeboten des Centrums zu widersetzen.

Die „Kölnische Volkszeitung" wiederholt das thörichte Geschwätz, daß eine Minderheit die Mehrheit thyrannisieren wolle; die Geschäftsordnung des Reichstags sei dazu da, um den Gang der Verhandlungen und die Feststellung der Beschlüsse zu regeln; jede Geschäftsordnung müsse dabei auf eine loyale Handhabung rechnen, d. h. darauf, daß alle Faktoren sie nur benutzen zur ordnungsmäßigen Förderung und Erledigung der Geschäfte; als Obstruktion aber müsse „jeglicher parlamentarische Unfug" bezeichnet werden, welcher die Mehrheit hindern solle, in ordnungsmäßiger Weise zu einem Beschluß über eine Vorlage zu gelangen. Weiter schildert die „K. Ztg." den „parlamentarischen Unfug", den sie bekämpfen will, also:

„Gegenüber der Zolltarifvorlage ist in der Kommission bisher nur mit **überlangen Reden** und mit künstlich hervorgerufenen **tumultuarischen Auftritten** gearbeitet worden. Alle diese Formen und noch andre können und werden wiederkommen. Zu allem dem gehört keine Spur von persönlichem Mut und nur ein Minimum von politischem Verstand und parlamentarischem Können. Die Hauptmittel werden immer bleiben lange Reden, deren inhaltliche Bedeutung im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Ausdehnung steht, und Anträge auf namentliche Abstimmung. Neuerdings hört man als weiteres Mittel, daß die Obstruktionisten über alle Teile des Tarifs, über welche mündliche Berichte erstattet werden, schriftlichen Bericht verlangen und zu diesem Zweck Rückverweisung an die Kommission beantragen werden.

Alle diese Mittel werden nur einen und denselben Zweck haben, und darum ist es ganz gleichgültig, welches von ihnen mehr oder weniger frivol ist, nämlich den Zweck, den Reichstag an einer ordnungsmäßigen Erledigung der Vorlage zu hindern dadurch, daß man ihn **künstlich arbeitsunfähig** macht und die Mehrheit, welche ihrer Arbeitspflicht ordnungsmäßig genügen möchte, künstlich an der Erfüllung dieser Pflicht hindert. So gewissenlos dieses Vorgehen ist, so thöricht ist es auch. Mit ihm wird der parlamentarische Unfug als Kampfmittel verwendet und zum förmlichen Princip erhoben." —

Die Vorgänge in der Zollkommission hatten natürlich ganz andren Verlauf, als die Centrumsehrlichkeit sie schildert. Die Arbeiten der Kommission sind weit mehr verlängert worden durch die Uneinigkeit der Zollparteien als durch die Zollgegnerschaft. Die „tumultuarischen Auftritte" hatten ihren Grund in unberechtigten

Vergewaltigungsversuchen der Zöllner gegen die Zollgegner. Ueber persönlichen Mut, politischen Anstand, parlamentarisches Können und über die inhaltliche Bedeutung von Reden sind wir des Streites mit einem Centrumsblatt überhoben, nachdem gerade die politische Entwicklung des Centrums durch fortdauernd feiges Zurückweichen vor den Machthabern und reißenden Zusammenbruch seiner moralischen und intellektuellen Befähigung gekennzeichnet ist.

Wie aber steht es um die Obstruktion? Es lohnt sich nicht, um den Begriff dieses Wortes zu streiten. Bedeutet Obstruktion nichts als „überlange Reden" und als die Forderung namentlicher Abstimmungen, so ist Obstruktion ein selbstverständliches parlamentarisches Recht. Uns scheinen oft die Reden der Centrumsherren „überlang" aber, weil sie uns nicht gefallen oder langweilen, bestreiten wir nicht ihre parlamentarische Berechtigung. Wie lang will denn das Centrum gnädig die Reden seiner Gegner gestatten? Soll das Centrum entscheiden, ob seine Gegner namentliche Abstimmung fordern dürfen? Soll der Geschäftsordnung ein Zusatzparagraph beigefügt werden: Die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung gelten nur insoweit und so lange, als Abgeordneter Bachem mit ihrer Benutzung einverstanden ist.

Die „Köln. Volksztg." fordert eine „loyale Handhabung" der Geschäftsordnung, so daß die Geschäfte des Reichstages ordnungsmäßig erledigt werden können. Ist es aber eine loyale Handhabung der Geschäftsordnung, daß man in der Zollkommission eine der Sache entsprechende Debatte nur dann zuließ, wenn die Zöllner um das Zollmaß unter einander sich befehdeten, daß man aber die Minorität durch brutale Schlußanträge in der Vertretung ihrer Anschauungen behinderte? Gedenkt man im Plenum die Geschäftsordnung ebenso loyal zu handhaben?

Es ist nicht die Schuld der Zollgegner, daß die Regierung einen Wuchertarif von fast 1000 Positionen vorgelegt hat, deren jede aufs tiefste eingreift in das wirtschaftliche Leben unsres Volkes und deren jede darum eine gründliche Beratung beansprucht, wofern nicht der Reichstag sich seiner elementarsten Pflicht entziehen will. Verspüren die Zöllner diese Verpflichtung nicht, so ist das ihre Angelegenheit. Aber die Socialdemokratie erachtet es als ihre unausweichliche Pflicht, gegen den schmählichen Wuchertarif durch gründliche Besprechung aller der aus ihm entspringenden Schädigungen zu kämpfen und das deutsche Volk davor zu bewahren, daß derselbe Gesetz wird. Indem die Socialdemokratie dabei sich auf das gewissenhafteste an die durch die Geschäftsordnung gegebenen Vorschriften hält, steht sie einwandsfrei auf dem Boden des Rechts. —

Kartell-Enquete.

In der Sitzung der Zolltarif-Kommission am 1. Oktober kündigte Graf Posadowsky an, daß zur Ergänzung der bei den einzelnen Bundesregierungen veranstalteten Rundfrage und der von den Gerichtsbehörden eingeforderten Berichte über Kartell-Rechtsstreitigkeiten „eine umfangreiche Erhebung durch kontradiktorische Verhandlungen" vorgenommen werden würde, „bei denen die Vertreter von Kartellen, darunter auch derjenigen Kartelle, die als Käufer der Erzeugnisse andrer Kartelle in Frage kommen, sowie ihre Abnehmer und ferner unabhängige Sachverständige beteiligt werden sollen."

Sofort nach der Posadowskyschen Rede regten sich in der vom Centralverband deutscher Industrieller alimentierten Presse allerlei Bedenken gegen eine solche Untersuchung, und in der letzten Nummer des offiziellen Organs der Centralverbändler, der „Deutschen Industrie-Zeitung", wird nicht nur das Eingreifen der Gesetzgebung in das Kartellwesen zurückgewiesen, sondern auch die Enquete „nach englischem Muster" als völlig zwecklos bezeichnet. Nur die an den Kartellen beteiligten Sachverständigen sollen, so fordert das Blatt, gehört werden, und zwar scheint es, nach seiner Empfehlung der vom Centralverband geschaffenen Stelle für Syndikatswesen zu urteilen, vor allem die Leiter dieser Unternehmerkoalition für urteilsberechtigt zu halten. Mit der ihm eignen Ueberhebung meinte das genannte Organ in Bezug auf die von Posadowsky angekündigte Untersuchung:

„Gewiß sind dies so weitgehende Pläne, daß man nicht überrascht zu sein braucht, wenn sie sich in vollem Umfange nicht verwirklichen lassen sollten. Graf von Posadowsky hat zwar seine Anerkennung darüber ausgesprochen, daß bei den bisherigen vertraulichen Vernehmungen von Leitern größerer Kartelle diese sich durchaus entgegenkommend erwiesen und in weitem Umfange zur Darlegung ihres Geschäftsgebarens bereit erklärt hätten. Allein auf diese Bereitwilligkeit darf nicht unter allen Umständen gerechnet werden. Wohl liegt es im Interesse der kartellierten Industrie selbst, daß die Verhältnisse, welche sie zum Zusammenschluß zwingen, sachgemäß dargestellt werden und daß die Oeffentlichkeit Kenntnis erhält von den Schwierigkeiten, mit denen diese Industrien vor und während der Kartellierung zu kämpfen haben . . . Allein eine solche Untersuchung darf gewisse Grenzen nicht überschreiten. Sie darf nicht die Vorstellung aufkommen lassen, als ob die Kartellleiter auf der Anklagebank säßen und sich zu verteidigen hätten nicht nur gegen einen, sondern einen ganzen Chorus von Anklägern, zu dem es wohl kommen könnte, wenn der Kreis der Einzuvernehmenden zu weit gezogen würde und zwar sowohl in der Richtung des sogenannten „unabhängigen Sachverständigen" als des „fünften und sechsten" Abnehmers; denn es ist eine bekannte Erscheinung, daß die Gegnerschaft gegen die Kartelle um so lauter und aufdringlicher wird, je ferner sie der Wirkung der Kartelle und der Sachkenntnis auf dem Gebiete des Kartellwesens steht. Jedenfalls wird die Erhebung damit zu rechnen haben, daß ihr Ertrag um so dürftiger ausfällt, je mehr derselbe außerhalb der unmittelbar beteiligten Kreise gesucht wird."

Daß durch eine solche Beschränkung der Vernehmung auf Kartellleiter und Kartellinteressen die ganze Enquete zu einer Farce wird, bedarf keines Beweises. Thatsächlich hat die Regierung sich denn auch, trotz ihres sonstigen weitesten Entgegenkommens gegen die Wünsche und Forderungen der Centralverbändler, entschlossen, nicht nur Sachverständige im Sinne der Leiter des Centralverbandes in die Kartellkommission zu berufen. Ein „kontradiktorisches Verfahren" nach dem Vorschlag der „Deutschen Industrie-Ztg." mag ihr wohl selbst als allzu kurios erschienen sein. Zu dem vom Staatssekretär des Innern zu einer Vorbesprechung am 14. November Eingeladenen gehören nämlich:

Generalsekretär Dr. Beumer, Mitglied des Reichstags, Düsseldorf, Universitätsprofessor, Geheimer Hofrat Lujo Brentano, München, Universitätsprofessor, Geheimer Regierungsrat Dr. Conrad, Halle a. S., Professor Dr. E. Franke, Herausgeber der „Socialen Praxis", Berlin, Geheimer Kommerzienrat Frentzel, Präsident des deutschen Handelstages, Berlin, Geheimer Kommerzienrat L. M. Goldberger, Berlin, Bergrat Gothein, Mitglied des Reichstages, Berlin, Geheimer Kommerzienrat Freiherr Heyl zu Herrnsheim, Mitglied des Reichstages, Worms, Kommerzienrat Dr. Holtz, Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, Berlin, Geheimer Finanzrat Jencke, Vorsitzender des Direktoriums des Centralverbandes deutscher Industrieller, Essen, Majoratsbesitzer Graf Kanitz, Mitglied des Reichstags, Podangen, Kommerzienrat Kirdorf, Generaldirektor des Aachener Hütten-Aktienvereins, Rote-Erde, Geh. Bergrat E. Krabler, Altenessen, Hermann Molkenbuhr, Mitglied des Reichstags, Berlin, Baurat Rieppel, Direktor der Maschinenbau-Akt.-Ges. Nürnberg, Nürnberg, Universitätsprofessor und Geh. Regierungsrat Dr. Schmoller, Berlin, Friedrich Schott, Direktor der Portland-Cementfabrik Leimen, Heidelberg, Generaldirektor Schumann, Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der Interessen der Halbzeugverbraucher, Witten, Reichsgerichtsrat Dr. Spahn, Mitglied des Reichstages, Leipzig, A. Steinmann-Bucher, Herausgeber der „Deutschen Industrie-Zeitung", Berlin, Geheimer Kommerzienrat Vogel, Chemnitz, Kommerzienrat Winkler, Fürth, Geheimer Kommerzienrat Wirth, Vorsitzender des Bundes der Industriellen, Berlin.

Auch in dieser Liste überwiegen zwar bei weitem die sog. Kartellfreunde. Neben dem Vorstand des Centralverbandes deutscher Industrieller finden wir eine lange Reihe als Kartellenthusiasten bekannte Professoren und Großindustrielle, immerhin ist auch die Gegenpartei mit einigen guten Namen vertreten. Die Hoffnung, daß es schließlich zu brauchbaren Vorschlägen gegen die heutige Kartellwirtschaft kommen wird, ist deshalb allerdings noch keineswegs angebracht. —

Die ausländische Bergarbeiter-Bewegung.

Vom französischen Bergarbeiter-Streik.

Das Bundeskomitee für das Loirebecken protestiert in einem energischen Manifest gegen die Entfaltung der Militärmacht im Streikgebiet. Mit Recht zieht es einen Vergleich zwischen dem Verhalten des Militärs in der Bretagne und jetzt gegenüber den Streikenden. Dort habe die von den Klerikalen aufgeregte Masse ungestraft Soldaten und Offiziere beleidigt und thätlich angegriffen, ohne daß diese von ihren Waffen Gebrauch gemacht hätten. Ganz anders jetzt, wo es sich um streikende Arbeiter handele; die ihre Lebenslage zu verbessern trachten.

Trotz der ungeheuren Truppenmacht, die in den Kohlengebieten konzentriert ist, machen immer noch einzelne Blätter der Regierung den Vorwurf, daß diese die „Freiheit der Arbeit" nicht genügend schütze. Selbst der Korrespondent des „Temps" muß demgegenüber aber zugeben, daß dieser Vorwurf unberechtigt ist. In Valenciennes, so schreibt dieser Korrespondent seinem Blatte, sei er Zeuge gewesen, wie etwa 150 Arbeitswillige aus einem Schacht heraufgestiegen seien und sich vorbereitet hätten, nach Hause zu gehen. Etwa 800 Streikende hatten sich vor der Grube versammelt. Die heimkehrenden Arbeitswilligen seien nun von einer großen Menge Infanterie und Kürassiere förmlich eingeschlossen und nach Hause begleitet worden. „Ich habe noch niemals so weitgehende Vorsichtsmaßregeln gesehen."

*

Die belgischen Bergleute haben den Bergwerksbesitzern schriftlich ihre Forderungen unterbreitet. Außer der 15prozentigen Lohnerhöhung, die gefordert wird, ist auch beschlossen, keinerlei Ueberzeitarbeit zu leisten, um die Kohlenproduktion nicht zu Ungunsten der französischen Bergleute zu vermehren.

*

Der pennsylvanische Bergarbeiter-Streik.

Man befürchtet, daß der Vorschlag der Grubenbesitzer, eine fünfgliedrige Schiedskommission nach Wiederaufnahme der Arbeit mit der Schlichtung der Differenzen zu betrauen, bei den Grubenarbeitern keiner Sympathie begegnen wird. Ignoriert doch der Vorschlag der Grubenbesitzer den des Arbeiterverbandes gänzlich und verlangt ausdrücklich vollkommen unterschiedslose Behandlung der Verbandsmitglieder und dem Verbande nicht angehörender Arbeiter; er übergeht ferner Mitchell persönlich gänzlich, indem er denselben nicht einmal offiziell von dem Vorschlage in Kenntnis setzt, sondern den Vorschlag an das Publikum richtet und es Mitchell überläßt, davon Kenntnis zu nehmen oder nicht. Das wesentlichste aber ist, daß die Grubenbesitzer selbst die fünf Klassen vorschreiben, aus denen die fünf Kommissionsmitglieder zu entnehmen sind, und Vertreter der Arbeiter davon ausschließen.

Mitchell selbst hat einstweilen nur folgende ausweichende Erklärung abgegeben:

„Die Grubenbesitzer haben sich, als sie ihre öffentliche Erklärung abgaben, nicht an die „Miners-Union" oder deren Beamte gewandt; es ist für mich daher unmöglich, zur Zeit eine Erklärung über die Haltung der Grubenarbeiter abzugeben. Eine formelle Erklärung, in welcher unsre Stellungnahme dargelegt wird, wird abgegeben werden, sobald uns die volle Bedeutung des Vorschlages der Grubenbesitzer bekannt sein wird."

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt" sollen diejenigen, die über die Lage unterrichtet sind, ganz offen erklärt haben, daß in der auf heute angesetzten Konferenz der Distriktspräsidenten der Grubenarbeiter-Union Mitchell den Rat erteilen wird, den Vorschlag der Arbeitgeber abzulehnen. Unter den Arbeitern selbst seien die Anschauungen geteilt, einige seien gegen den Plan.

Nach einer Meldung des „New York Herald" hat der Präsident Roosevelt Mitchell amtlich von dem Vorschlage der Grubenbesitzer in Kenntnis gesetzt.

*

Entsprechend einem Ansuchen Mitchells hat der parlamentarische Ausschuß der Trades-Unions empfohlen, daß alle **Mitglieder der Trades-Unions** in Großbritannien alles in ihren Kräften Stehende thun sollen, um die amerikanischen Grubenarbeiter zu unterstützen.

*

Budapest, 15. Oktober. Die Delegierten der ungarischen Kohlengruben-Arbeiter beschlossen in ihrer gestrigen Konferenz, daß, falls die Bergwerks-Gesellschaften die Lage der streikenden ausländischen Kohlenarbeiter durch Kohlenlieferungen schwächten, und für den Fall, daß die ungarischen Gesellschaften die Kohlenpreise erhöhten, ohne gleichzeitig eine Lohnaufbesserung eintreten zu lassen, auch in Ungarn den Generalstreik zu proklamieren. —

* * *

Deutsches Reich.

Die agrarischen Ueberzoll-Anträge sind zur zweiten Lesung des Zolltarifs wiederum eingebracht worden. Die Abgeordneten des Bundes der Landwirte v. Wangenheim, Dr. Rösicke-Kaisersläutern, Dr. Hahn fordern für fast sämtliche landwirtschaftlichen Erzeugnisse Zollsätze, die weit hinausgehen über die Zölle der Regierungsvorlage sowie über die der Kommissionsmehrheit. Die Anträge beginnen mit der Forderung eines 7,50 M.-Zolls für die Getreidearten und zwar soll dieser Zoll, ebenso wie alle andern von den Bündlern geforderten Zölle, ein Mindestzoll sein, welcher durch vertragsmäßige Abmachungen nicht herabgesetzt werden darf.

*

Ueber den Verlauf und Ausgang der Beratung über die Getreide- und Viehzölle stellt die „Deutsche Tageszeitung" folgende Betrachtung an:

„Jedenfalls wird eine umfangreiche und weitschichtige Debatte aufgerollt werden, die mehrere Tage beanspruchen muß. Trotzdem dürfte die Entscheidung über den § 1 des Gesetzes und die Getreide- und Viehzölle in nicht zu langer Zeit erfolgen. Zunächst wird über die weitest gehenden Anträge des Bundes der Landwirte abgestimmt werden müssen. Es darf ferner erwartet werden, daß der Abg. Dr. Heim seinen angekündigten Antrag auf einen Getreidezoll von 6 M. im Plenum einbringen werde. Sollten diese beiden Anträge abgelehnt werden, was man für wahrscheinlich hält, so würde dann der sogenannte Kompromißantrag zur Abstimmung gelangen. Wie die Dinge jetzt liegen, ist seine Annahme sehr wahrscheinlich. Die verbündeten Regierungen, die sicher ihre Unannehmbarkeitserklärungen wiederholen werden, sind dann in der Lage, gegenüber einem Reichstags-Beschlusse erneut Stellung zu nehmen. Der Reichstag aber würde einen abweichenden Beschluß erst in der dritten Lesung fassen können. Läuft die Sache so, so wird nichts übrig bleiben, als die zweite Lesung weiter zu führen, allerdings unter dem Eindrucke der Wahrscheinlichkeit, daß nichts zu stande kommt, oder daß die Beschlüsse des Reichstages die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht finden. Nun ist aber noch eine andre Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen. Wenn die verbündeten Regierungen schon zu Anfang der Beratungen erklären, daß sie auf die Kompromißanträge sich nicht einlassen werden, kann von denen, die unter allen Umständen etwas zu stande bringen wollen, vielleicht der Versuch gemacht werden, schon in der zweiten Lesung **eine neue Mittellinie** zu finden, mit andern Worten: wieder etwas umzufallen. Es kann während der Beratungen ein Antrag eingebracht werden, der zwischen den Kompromißanträgen und dem Regierungsentwurfe die vielberufene Mittellinie sucht. Geschieht das, dann würden vielleicht manche, die ohne das Dazwischentreten eines solchen Antrages für die Kompromißvorschläge gestimmt haben würden, sich auf diesen Antrag zurückziehen. Dann wäre es recht wohl möglich, daß die Kompromißanträge keine Mehrheit finden würden. Es ist aber, wie die Dinge liegen, auch keine Aussicht vorhanden, daß ein solcher neuer Mittellinien-Antrag angenommen werden würde, weil die gesamte Linke, die Rechte und ein großer Teil des Centrums dagegen stimmen müssen. Wenn also auch dieser Antrag fiele, so würde über die Regierungsvorlage abgestimmt werden, und diese würde erst recht keine Mehrheit finden. Dann wäre ein „leerer Raum" zu stande gekommen, und die schließliche Entscheidung würde auch in diesem Falle erst in der dritten Lesung erfolgen können."

Die Fleischnot-Interpellation. Der Reichskanzler wird, wie verläßlich verlautet, erklären, daß er die Interpellationen wegen der Fleischteuerung erst beantworten werde, wenn die Erhebungen abgeschlossen sein werden, die seitens der verbündeten Regierungen in dieser Frage veranstaltet werden. Die Interpellationen werden daher am Donnerstag nicht zur Verhandlung kommen, so daß die Beratung des Zolltarifes sofort beginnen kann.

Agrarische Rache. Weil die Stadtverordneten Kölns — unter Teilnahme des Centrumsmannes Trimborn — die Oeffnung der Grenze für lebendes Vieh forderten, schreibt die „Rheinische Volksstimme" wütend:

„Haust Du meinen Juden, so hau ich Deinen Juden! Suchen die Kölner die Einnahmen der Bauern zu hintertreiben, da wären wir doch mehr wie gutmütig, wenn wir den Kölnern unser Geld hintrügen. Darum muß jetzt die Parole für die rheinischen Bauern lauten: **„Kauft nichts in Köln!"**"

Der Redakteur der „Rhein. Volksstimme" ist der bekannte Geheimagent des Bundes der Landwirte im Centrum. —

Der Reichstags-Abgeordnete für Schwarzburg-Sondershausen, Oberamtmann Börner, einer der extremsten nationalliberalen Agrarier, der auch Mitglied des Landtags des Fürstentums ist, soll nach immer bestimmter auftretenden Gerüchten beabsichtigen, seine Mandate niederzulegen. Eine positive Unterlage erhielt dies Gerücht dieser Tage noch dadurch, daß Herr Börner sein ca. 400 Morgen großes Gut in und bei Greußen für die nette Summe von 300 000 Mark verkauft hat und beabsichtigt, nach Halle überzusiedeln, um dort eine höhere Versicherungsstelle anzutreten. — Herr Börner erhielt bei der Hauptwahl 1898 noch 5642 Stimmen, während es unser Kandidat, Genosse Joos-Gotha, auf 4700 und der Zählkandidat der Freisinnigen Vereinigung, Herr Brömel, es noch auf immerhin 1931 brachten. Bei der Stichwahl, wo die Freisinnigen uns ganz im Stiche ließen, siegte Börner über Joos mit 8110 Stimmen gegen 5492. Inzwischen haben sich aber die Verhältnisse, ganz abgesehen von der Agitation des Wuchertarifs, durch Vervollkommnung unsrer Organisation und besonders auch durch den reaktionären Landtag sehr zu unsern Gunsten verändert. —

Ausland.

Die englischen Bergarbeiter und die Socialpolitik.

London, 12. Oktober. (Eig. Ber.)

Noch wichtiger als die allgemeinen Gewerkschaftskongresse sind die periodischen Kongresse der einzelnen Gewerkschaften. Die Aufgaben sind da zwar kleiner, aber desto eingehender sind die Debatten und desto klarer treten die Wünsche und Bestrebungen der Arbeiter hervor. Es ist deshalb leichter, sich ein Urteil über die geistige und socialpolitische Höhe der Gewerkschaften zu bilden. Der gestern abgeschlossene Jahreskongreß der Bergarbeiter-Föderation verdient deshalb eine allgemeine Würdigung. Das Gesamturteil über die dort gepflogenen Verhandlungen darf vom socialpolitischen Standpunkte als ein günstiges bezeichnet werden. Die Föderation bewegt sich unbewußt nach der socialistischen Richtung. Ihr Klassenbewußtsein kam zum Ausdruck in der Rede des Abgeordneten Ben Pickard für die Unterstützung des amerikanischen Kohlenstreiks, ebenso in dem Beschlusse, die französischen Bergleute mit 500 Pfd. Sterl. (10 000 M.) zu unterstützen, falls sie in den allgemeinen Ausstand eintreten. Nicht minder charakteristisch war die scharfe und einstimmige Verurteilung der Sonderbündler von Northumberland und Durham, die durch ihre Selbstsucht die socialpolitische Gesetzgebung hemmen. Es ist zu hoffen, daß die Föderation auch Schritte thun wird, ihre Agitation auf jene Gebiete auszudehnen. Sie wird früher oder später erfolgreich sein, da die Socialisten in Durham und Northumberland sehr thätig sind und den Boden für eine moderne Arbeiterbewegung vorbereiten.

Abgelehnt wurde ein Antrag, einen allgemeinen Feiertag (stop-day) zu veranstalten als Protest gegen den Ausfuhrzoll auf walisische Kohle. Dagegen wurde der socialistische Antrag auf Nationalisierung (Verstaatlichung) der Bergwerke mit großer Mehrheit angenommen. Die Debatte über diesen Antrag ist wichtig genug, um auf ihre Grundgedanken etwas näher einzugehen.

Mr. Cook (Schottland) begründete den Antrag auf Nationalisierung der Bergwerke und Eisenbahnen. „Man sagt, ein solcher Antrag sei unpraktisch. Das ist nicht meine Meinung. Eine solche Maßregel ließe sich sehr gut durchführen. Jedenfalls ist es unpraktischer, einzelnen Bergbesitzern zu gestatten, ihren selbstherrlichen Willen den Arbeitern aufzudrängen, wie z. B. Lord Penrhyn dies in den Schiefergruben von Bethesda (Südwales) thut." Mr. Whitefield (Bristol) unterstützte den Antrag. „Ich bin überzeugt, daß eine Nationalisierung das Gemeinwohl fördern wird. Der Grund und Boden ist dem Volke gewaltsam genommen worden und es ist Zeit, daß das Volk mit Dieben und Räubern gründlich abrechnet." Mr. Parrot (Yorkshire) ist gegen den Antrag. „Die bisherige Verstaatlichung hat keine wohlthätigen Folgen gehabt. Damit wird nur die Macht der Regierung gestärkt." Mr. Stanton (Südwales) betrachtete den Antrag als ein Ideal. „Jedoch muß zugegeben werden, daß die Macht der Regierung nicht zu fürchten sei, denn die Arbeiter bereiten sich jetzt immer mehr vor, die Zügel der Regierung zu ergreifen." Mr. Cowey erklärte: „Nationalisierung ohne politische Gewalt der Arbeiter ist nicht viel wert. Beide Maßregeln müssen Hand in Hand gehen." Dieser Redner, ein alter Bergarbeiter von Yorkshire, gilt hier als ein Liberaler und dennoch sprach er unbewußt die Grundgedanken der Socialdemokratie aus. Das ist vielleicht die Folge seiner Teilnahme an internationalen socialistischen Kongressen. Mr. Brace (Südwales) unterstützte Mr. Cowey. Mr. Smillie (Schottland) meinte, daß eine Nationalisierung die Bergarbeiter-Unfälle um 50 Proz. reducieren würde. „Ich bin gewiß nicht der Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Regierung ein idealer Bergwerksbesitzer sein würde. Aber der Charakter der Regierung hängt von den Wählern ab." Der Abgeordnete Ben Pickard ist gegen Nationalisierung und wies auf die verhältnismäßig ungünstige Lage der Bergleute und in denjenigen Ländern, wo die Bergwerke oder die Eisenbahnen verstaatlicht sind. Die Löhne der britischen Bergleute seien höher als die der

kontinental-europäischen Arbeiter in den verstaatlichten Bergwerken. Mr. Abraham, israelitischer Bergarbeiter-Abgeordneter, meinte, die verhältnismäßig schlechtere Lage der kontinentalen Bergleute habe weniger mit der Verstaatlichung als mit der mangelhaften gewerkschaftlichen Organisation zu thun; er sei für den Antrag, der auch angenommen wurde.

Die bisherigen Beamten der Föderation wurden wiedergewählt und die Delegierten für den nächsten internationalen Bergarbeiter-Kongreß in Brüssel bestimmt. —

Oestreich-Ungarn.

Der deutsch-czechische Sprachenausgleichs-Vorschlag Koerbers ist jetzt in beiden Lagern heftigem Widerspruch begegnet. Die czechischen Blätter erklären den Vorschlag für den „denkbar ungünstigsten" und für „ganz undiskutabel", sie betonen, daß auf dieser Grundlage irgend welche Verhandlungen überhaupt nicht geführt werden könnten. Nach der „N. Fr. Pr." haben auch bereits die Vertreter der Czechen die Ablehnung der Regierungsvorschläge beschlossen und von neuem die Forderung nach sofortiger Gewährung der czechischen Sprache als inneren Amtssprache aufgestellt.

Aber auch die Deutschen finden, daß nach dem Vorschlag Koerbers den Czechen mehr gewährt werde, als sich mit den bescheidensten Rechtsansprüchen der Deutschen vertagte. Koerber hat denn auch den deutsch-böhmischen Konferenzteilnehmern erklärt, seine Vorschläge seien nicht unabänderlich.

Vorläufig scheint jedenfalls das Koerbersche Sprachenkompromiß wenig geeignet, den Sprachenstreit zu schlichten. —

Ausgleichsfrage im ungarischen Abgeordnetenhaus. Im Beantwortung einer Anfrage der Abgg. Thalys (Kossuthpartei) und Rakovsky (Volkspartei) erklärte der Ministerpräsident v. Szell, daß über den Zeitpunkt, an dem die Ausgleichsvorlage mit Oestreich eingebracht werden solle, zwischen der östreichischen und der ungarischen Regierung bisher keine Vereinbarung stattgefunden habe. Er werde bemüht sein, das Uebereinkommen mit Oestreich auf gesetzlicher Grundlage unter Wahrung seines Standpunktes zu stande zu bringen. Er hoffe, in nicht langer Zeit die betreffenden Vorlagen einbringen zu können; jedoch könne er vor Abschluß der Verhandlungen keine Eröffnungen machen. Sodann polemisierte der Ministerpräsident in längerer Rede gegen die falsche Auffassung, daß, falls zwischen Oestreich und Ungarn bis Ende 1902 keine neue Vereinbarung über die zollpolitischen Verhältnisse abgeschlossen würde, von 1903 ab das Regime des selbständigen Zollgebietes eintreten würde, indem er erklärte, das Nichtzustandekommen des Zolltarifs sei im Gesetz nicht als Bruch der Reciprocität zwischen Ungarn und Oestreich hingestellt. Die gegenteilige Ansicht sei total falsch. Es sei im Gesetz bloß ausgesprochen, daß, falls ein gemeinsamer, autonomer Zolltarif nicht zustande komme, Handelsverträge mit auswärtigen Staaten nicht länger als bis 1907 abgeschlossen werden könnten. —

Schweiz.

Der Streik der Trambahner in Genf ist beendet. Von dreihundert Streikenden sind ungefähr 130 gegen Entschädigungen entlassen. Gestern abend wurde ein Trambahnwagen auf dem Platz Chantepoulet von Passanten attackiert. Es folgte darauf ein Zusammenstoß mit dem rasch herbeieilenden Militär. —

Frankreich.

Neue Klosterskandale in Frankreich.

Die „Aurore" bringt Enthüllungen über eine geistliche „Erziehungsanstalt", die Waisenmädchen usw. gegen Bezahlung aufnahm, die geradezu unglaublich klingen würden, wenn nicht frühere Klosterskandale, wie z. B. die der kongreganistischen Erziehungsanstalt „Zum guten Hirten", die Möglichkeit derartiger ungeheuerlicher Scheußlichkeiten bewiesen. Ueber das Strafensystem berichtet das Blatt unter anderm:

Von den Hauptpeinigungen, die die Nonnen ersonnen haben, seien genannt:

Das Kreuz mit der Zunge. Das strafwürdige Kind muß sich platt auf den Boden vor die fromme Schwester hinwerfen und mit der Zunge auf dem Fußboden der Werkstätte oder des Refektoriums eine gewisse Zahl von Kreuzen zeichnen — bis hundert. Die hochwürdige Marie Sainte-Rose-du-Cœur-de-Jésus hat sich das Extravergnügen ausgedacht, das „Zungenkreuz" in den — Aborten vornehmen zu lassen. Wenn das Kind vor Ekel schwach wird, zerrt man es an den Haaren hin.

Die Wasserprobe. Dem Kinde wird die Zwangsjacke umgehängt, und es wird dann mit dem Kopfe in ein mit Wasser gefülltes Becken getaucht; die Strafe dauert so lange, bis das Röcheln des gepeinigten Mädchens — bedenklich wird.

Die Zwangsjacke. Sie wird aus den geringsten Anlässen, wegen einer Zerstreutheit bei der Arbeit oder bei dem Gebete, einer Unachtsamkeit usw. verhängt. Die zarten Mädchen müssen oft vierzehn Tage mit der Zwangsjacke bekleidet im Verließe zubringen. Marie Sainte-Rose-du-Coeur-de-Jésus, der entschieden die Peinigerpalme gebührt, findet ein besonderes Vergnügen daran, den auf diese Weise jedes Widerstandes unfähigen Kindern Exkremente auf das Gesicht zu streichen und in den Mund zu stecken.

Die Totenkammer. Gleichfalls ein Kellerraum, in den die Leichen herabgelassen werden. Dient als strengstes Verließ für die Kinder, die man zuvor durch Erzählungen über die Leichname, die auf dem Stroh des Verließes gelegen haben, in Grausen versetzt. Mehrere Kinder sind infolgedessen wahnsinnig geworden.

Die „Aurore" verspricht, die Angelegenheit werde durch eine Interpellation in der Kammer zur Sprache gebracht werden. —

Die Begnadigung Le Roy Laduries abgelehnt. Präsident Loubet hat es abgelehnt, dem Begnadigungsgesuch des Majors Le Roy Ladurie stattzugeben unter der Begründung, daß eine Begnadigung nur bei Freiheits- und Geldstrafen angängig sei.

Spionage-Affaire. Die Pariser Blätter befassen sich mit einem angeblichen großen Skandal im Marineministerium. Der Kabinettschef des Marineministeriums soll einen Schweizer, Namen Pictet, im Marinebureau angestellt haben, wo er an den Plänen für die Herstellung neuer Unterseeboote mitarbeitete. Pictet soll diese Pläne an Deutschland verraten haben. Der Marineminister wird deswegen in der Kammer interpelliert werden.

Rußland.

Die nach Sibirien verbannten Studierenden weigern sich, irgend eine „Gnade" anzunehmen. Kürzlich war in Krasnojarsk der Chef der Gendarmen, Fürst Swjatopolk-Mirski, um die Verbannten zu bereden, das Versprechen zu geben, daß sie auf eine Fortsetzung der Obstruktion, wie sie in den letzten Jahren getrieben wurde, verzichten, sie könnten dann gleich zurückkehren und wieder zu den Hochschulen zugelassen werden. Niemand ging aber darauf ein. Von Krasnojarsk fuhr Swjatopolk-Mirski zu demselben Zweck nach Irkutsk, wo sämtliche nach Ost-Sibirien verbannte Studierende versammelt worden sind. —

Ueber die Propaganda unter dem Militär des Moskauer Militärbezirks werden einige Einzelheiten bekannt. Verhaftet sind in dieser Angelegenheit mehrere Personen, unter denen sich auch zwei Schreiber der Moskauer Militärkanzlei befinden: Goldblatt und Olschanski. Die beiden befinden sich schon seit dem 8. März in dem Butirki-Gefängnis. Die Verfolgung ist auf Grund eines Briefes erhoben worden, der den Gendarmen in die Hände gefallen ist und in dem Goldblatt einige Mitteilungen über den Erfolg der Propaganda macht. Verhört worden ist in der Angelegenheit bereits alles Untermilitär des Jekaterinoslawschen Regiments.

Türkei.

Die macedonischen Unruhen. Bisher sind 6000 Mann Verstärkungen an die bulgarische Grenze entsandt worden. Weitere umfassende Maßnahmen zur Ueberwachung der Grenze und zur Säuberung des Sandschaks Serres von Banden sind in der Durchführung begriffen. — Die Meldung von der Wegnahme dreier türkischer Geschütze bei Dechmaja, sowie die Nachricht, daß in Konstantinopel 500 Macedonier verhaftet worden seien, sind unbegründet. —

Auf Verlangen der Pforte wurden seitens Rußlands in Sofia Vorstellungen wegen Uebertrittes von Banden über die Grenze erhoben. In Konstantinopel verlautet, alle Großmächte hätten auf ein Cirkular der Pforte versprochen, in Sofia Vorstellungen zu machen. Die Pforte wurde aus Sofia benachrichtigt, die Regierung werde die macedonischen Komitees auflösen. —

Partei-Nachrichten.

Parteipresse. Die Genossin Rosa Luxemburg hat, wie die „Leipziger Volkszeitung" mitteilt, ihre Thätigkeit für das Blatt eingestellt, nachdem sie bereits im Juni aus der Redaktion ausgetreten war.

Das Abonnement auf die „Neue Zeit" empfahl der Parteitag für das östliche Westfalen durch ausdrücklichen Beschluß allen Arbeitervereinen seines Bezirks.

Unter dem Titel: „Der Jugendliche Arbeiter" ist in Wien die erste Nummer einer Monatsschrift erschienen, die der Erziehung der heranwachsenden Arbeiterschaft dienen will. Neben einem einleitenden Programmartikel bringt sie kürzere Artikel, worin den jungen Arbeitern die Vorteile der Gewerkschaften geschildert werden, die Schädlichkeit des Alkoholgenusses, die Vorteile der Bildung. Außerdem ein Feuilleton „Naturbeobachtungen". Das vierseitige Blatt kostet 6 Heller. Als Herausgeber zeichnet Karl Brusko, als Redakteur Hans Kulhanek.

Gemeindewahlen. Am Dienstag fanden in Altenburg die Stadtverordnetenwahlen statt, die mit einem glänzenden Sieg unsrer Parteigenossen endeten. Es ist das erste Mal, daß die hiesigen Genossen sich ernsthaft an dieser Wahl beteiligen konnten. Früher war es den Arbeitern nicht möglich, das Gemeinde-Wahlrecht zu erwerben, erst nachdem eine neue Städte-Ordnung eingeführt wurde, mußte mit diesem System gebrochen werden. Für unsre Parteigenossen galt es nun zunächst, Wähler zu schaffen, zu welchem Zweck eine lebhafte Agitation entfaltet wurde. Die Stadtverwaltung versuchte es mit einem neuen Kniff. Sie traf die Klasseneinteilung nämlich derart, daß in die dritte Abteilung alle Steuerzahler mit einem Einkommen bis zu 4500 M. kommen. Fast sämtliche Beamte, Lehrer, Kaufleute, der Mittelstand, alles hatte mit den Arbeitern zu wählen. Man hoffte damit die Arbeiter zu besiegen, hatte sich aber bitter getäuscht. In der Stadtverwaltung war nämlich eine solche Mißwirtschaft eingerissen und durch die „Altenburger Volkszeitung" aufgedeckt worden, daß die Erbitterung selbst weite Kreise der Bürgerschaft ergriff. Mit Spannung sah man daher dem Ausfall der Wahl entgegen. Unsre Genossen erhielten 3884 Stimmen, die Gegner nur 2886. Damit ziehen die ersten fünf Socialdemokraten in das Stadtparlament ein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vom preußischen Versammlungsrecht.

Aus einer öffentlichen Parteiversammlung in Bochum waren durch den Gendarm die anwesenden Frauen ausgewiesen worden. Die Beschwerde dagegen wurde von der Polizeibehörde kurzerhand als „unbegründet" zurückgewiesen. Auch der Regierungspräsident wies die Beschwerde zurück, „weil der überwachende Beamte seine Befugnisse nicht überschritten habe". Aber er fügte hinzu, daß die Polizei bis auf weiteres Frauen auch in Vereinsversammlungen nach dem Schema Hammerstein dulden wolle.

Die Bochumer Parteigenossen stellten sich mit Recht auf den Standpunkt, daß ihnen das klare gesetzliche Recht, sei es auch noch so bescheiden, lieber sei, wie die polizeiliche Gnade, die doch nur dem Ungeschick und der Verlegenheit des Ministers des Innern zu danken ist. Sie wandten sich an den Oberpräsidenten und verlangten zu wissen, worauf man die haltlose Annahme stütze, daß die öffentliche Versammlung eine Vereinsversammlung sei. Es sei „nach den begleitenden Umständen" anzunehmen, daß es eine Vereinsversammlung war.

Die Beschwerdeführer sind nun so klug als wie zuvor; sie gehen jetzt mit der boshaften Absicht um, Herrn v. Hammerstein wieder einmal in Verlegenheit zu setzen, indem sie seine Entscheidung anrufen.

— **Im Prozeß Berger,** der am Dienstag begann und gestern nachmittag seinen Fortgang nahm, wurde, wie uns aus Danzig telegraphisch gemeldet wird, Genosse Berger zu der unglaublich hohen Strafe von fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Hahn und Grundmann wurden freigesprochen. Die Vorkommnisse, die der Anklage zu Grunde lagen, spielten sich im Juli anläßlich des Eingreifens der Polizei in das Versammlungsrecht ab.

Aus Industrie und Handel.

Ueber die Beschäftigung im Holzgewerbe schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz": Die Belebung, die von Ende Mai ab bis Anfang September im Holzgewerbe bemerkbar war, hat nicht die Fortschritte gemacht, die man angesichts der Jahreszeit hätte erwarten sollen. Die Herbstkonjunktur ist nicht befriedigend. Zwar ist der Rohholzmarkt noch immer belebt. . . . Aber in den weiterverarbeitenden Branchen ist die Lebhaftigkeit des Geschäfts nicht der Herbstsaison entsprechend. Daß in der Bautischlerei der Beschäftigungsgrad schon wieder etwas nachläßt, nachdem er sich kaum erst gehoben hatte, hängt vielfach damit zusammen, daß im August und September die Arbeit mehr als nötig forciert worden ist. Die Reaktion konnte daraufhin nicht ausbleiben. Und so sehen wir gerade in Bauschreinereien vielfach den Betrieb verkürzt; auch Entlassungen fanden da und dort statt. Ganz ausgeblieben ist der Herbstaufschwung in der Möbeltischlerei. Wenn auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter nicht abgenommen hat, so ist doch vielfach die Arbeitszeit verkürzt. In Hamburg sind z. B. so ziemlich alle Bau- und Möbeltischler voll beschäftigt. Auch in Magdeburg ist bis auf 20 Arbeitslose alles voll beschäftigt. 160 Arbeiter machen zur Zeit sogar Ueberstunden. Weniger gut ist schon der Geschäftsgang z. B. in Stuttgart. Von 3000 Arbeitern, über deren Beschäftigungsverhältnisse der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz" berichtet wird, sind 2400 voll beschäftigt, 140 sind arbeitslos und ein Teil arbeitet verkürzt. In München ist der Geschäftsgang gleichfalls nicht befriedigend. Von 2900 Tischlern sind ca. 150—200 beschäftigungslos. Die Bautischlerei entläßt Arbeiter oder führt Verkürzung durch; Einstellungen finden nur in ein paar Möbelfabriken statt. In Breslau sind von 2500 Arbeitern nur 2000 voll beschäftigt; etwa 100 arbeiten verkürzt. An 400 sind unbeschäftigt.

Verstaatlichung preußischer Bahnen. Nach dem „Reichs-Anzeiger" hat die preußische Regierung an die Ostpreußische Südbahn, die Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn, die Altdamm-Colberger Eisenbahn, die Stargard-Cüstriner Eisenbahn, die Kiel-Eckernförde-Flensburger Eisenbahn und die Breslau-Warschauer Eisenbahn das Angebot gerichtet, ihre Betriebe anzukaufen.

Größere Bedeutung haben von diesen sechs Bahnen nur die Ostpreußische Südbahn und die Marienburg-Mlawkaer Bahn. Von dem für Verstaatlichung erforderlichen Gesamtkapital im Betrage von ungefähr 75 Millionen Mark kommen auf die Südbahn etwa 27, die Marienburger 26 Millionen Mark. Gewährt werden nach dem Anerbieten der Regierung:

1. den Aktionären der Ostpreußischen Südbahn a) für je vier Stammaktien zu je 600 M.: Staats-Schuldverschreibungen der 3prozentigen konsolidierten Anleihe zum Nennwerte von 2000 M. mit Zinsscheinen für die Zeit vom 1. Januar 1903 sowie eine bare Zuzahlung von 14 M. für jede Aktie. b) für je vier Stamm-Prioritätsaktien zu je 600 M.: Staats-Schuldverschreibungen der 3prozentigen konsolidierten Anleihe zum Nennwert von 3100 M. mit Zinsscheinen für die Zeit vom 1. Januar 1903 sowie eine bare Zuzahlung von 13 M. für jede Aktie;

2. den Aktionären der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn: a) für je fünf Stammaktien zu je 600 M.: Staats-Schuldverschreibungen der 3prozentigen konsolidierten Anleihe zum Nennwerte von 2100 M. mit Zinsscheinen für die Zeit vom 1. Januar 1903 sowie eine bare Zuzahlung von 8,40 M. für jede Aktie. b) für je fünf Stamm-Prioritätsaktien zu je 600 M.: Staats-Schuldverschreibungen der 3prozentigen konsolidierten Anleihe zum Nennwerte von 4000 M. mit Zinsscheinen für die Zeit vom 1. Januar 1903 sowie eine bare Zuzahlung von zwei Mark für jede Aktie.

Die Angebote entsprechen im ganzen so ziemlich dem Kursstand der Aktien und Prioritäten in letzter Zeit. Legt man der Berechnung den gestrigen Kurs von 92 Proz. für die 3prozentigen Konsols zu Grunde, so ergeben sich mit Zinsen und Barzuzahlung für die Aktien der Ostpreußischen Südbahn 79 Proz., für die Stammprioritäten 121 Proz.; während der gestrige Kurs an der Börse sich auf 80¼ bezw. 107,6 Proz. stellte. Für die Aktien der Marienburg-Mlawkaer Bahn berechnet sich in gleicher Weise der Prozentsatz auf 75 Proz., für Stammprioritäten auf 123 Proz. gegenüber einem Kursstand von 75 Proz. und 112 Proz. Es hat demnach die Regierung ihre Offerte so gestellt, daß die Aktienbesitzer nur den jetzigen Wert ihrer Aktien erhalten, zum Teil noch etwas weniger, während die Prioritätenbesitzer einen Vorteil von der Verstaatlichung haben würden. Warum, ist nicht recht ersichtlich, wenn man nicht annehmen will, daß das Interesse der Prioritätenbesitzer für die Verstaatlichungsprojekte eingefangen werden soll.

Dennoch dürften auch die Aktionäre nach einigem Sträuben schließlich zustimmen, da die Offerten an die Marienburger und an die Ostpreußische Südbahn wesentlich günstiger sind, als die älteren Angebote von 1886, und ferner die Konzession der Südbahn in kurzem abläuft, wodurch die Regierung das Recht erlangt, dann die Aktionäre mit einer noch beträchtlich niedrigeren Summe abzufinden.

Als Zweck der Verstaatlichung wird angegeben, daß das Verkehrswesen dem Interesse der Landwirtschaft und der Ostseehäfen, vor allem Danzigs und Königsbergs mehr als bisher dienstbar gemacht werden soll. Was darunter zu verstehen ist, wird die Zukunft lehren; doch erscheint keineswegs als ausgeschlossen, daß die Tarife eine Aenderung zu Gunsten der speciellen Interessen des ostpreußischen ländlichen Großgrundbesitzes erfahren, d. h. daß die Frachtsätze für den Import von Agrarprodukten aus Rußland erhöht, für den Export ostpreußischer Erzeugnisse aber ermäßigt werden. Bisher gehörte die Anfeindung der Tarifpolitik der Marienburg-Mlawkaer Bahn und der Ostpreußischen Südbahn zum ständigen Repertoir der ostpreußischen Hochagrarier, speciell hat Graf Klinckowström in dieser Hinsicht Aufsehenerregendes geleistet.

An der Börse erzielten heute die hier gehandelten Stamm-Prioritätsaktien der betreffenden Bahnen bedeutende Kurssteigerungen. So stellten sich die Stammprioritäten der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn um 9,50 Proz., der Ostpreußischen Südbahn um 12,90 Proz. höher. Andrerseits gaben die Stammaktien der ostpreußischen Südbahn 2,50 Proz. und der Marienburg-Mlawkaer Bahn 1 Proz. nach.

Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft. Nach dem soeben erschienenen Geschäftsbericht der Verwaltung betrugen die Gesamteinnahmen für Kohlen 33 667 310 M. (Vorjahr: 36 958 790 M.), für Coaks 15 080 243 M. (19 405 813), für Briketts 545 953 M. (440 348), also zusammen 49 293 507 M. (55 804 952). Die Gesamtausgaben betrugen 34 406679 M. (37 111 558). Es bleiben 14 886 828 M. (18 790 394). Hinzu kommt der Bruttogewinn aus den Theeröfen-Anlagen von 204 944 M. (364 856), so daß sich ein Ueberschuß ergiebt von 15 091 773 M. (19 155 250). Unter Hinzurechnung des letztjährigen Vortrages von 155 160 M. und verschiedener Einnahmen aus Mieten, aus der Ziegelei usw., nach Absetzung der Generalkosten, außergewöhnlichen Kosten und der Abschreibungen von 7 588 536 M. (Vorjahr: 10 149 360 M.), ferner von ½ Million (Vorjahr 1 Million) für Bergschäden und schwebenden Verpflichtungen bleibt ein Reingewinn von 5 707 182 M. (Vorjahr 6 811 927 M.). Hiervon gehen ab für 10 Proz. Dividende 5 200 000 M. (Vorjahr 12 Proz.), für gemeinnützige Zwecke 150 000 M., als Vortrag verbleiben 157 861 M. (155 160 M.).

Sociales.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben die städtischen Behörden in Frankfurt a. M. für den kommenden Winter die Ausführung städtischer Arbeiten im Werte von etwa 4 Millionen Mark in Aussicht genommen. Die Magistrate von Frankfurt und der benachbarten Gemeinden werden demnächst in gemeinsamer Beratung über Maßregeln zur Milderung der Arbeitslosigkeit eintreten.

Der nicht zu stande gekommene Arbeitsvertrag.

Der Ciseleur S. war von dem Fabrikanten Z. zu einem bestimmten Tage engagiert worden, und zwar sollte er nach der Mittagspause antreten. Dies war dem Gehilfen nicht möglich, weil er sich noch Werkzeug besorgen mußte. Er schrieb an Z. eine Karte und teilte ihm mit, daß er am nächsten Morgen erscheinen werde. Z. schickte zu S. und ließ ihm sagen, er brauche nun überhaupt nicht zu kommen; wenn er ihn brauchen könne, würde er schreiben. Nachdem S. einige Tage gewartet hatte, klagte er beim Gewerbegericht gegen Z. auf Gewährung einer Entschädigung, wobei er von der Ueberzeugung ausging, daß ein Arbeitsverhältnis zwischen ihm und dem Beklagten bestanden habe. Die Kammer VIII war jedoch der Meinung, ein Arbeitsvertrag sei überhaupt nicht zu stande gekommen, da der Kläger eine Bedingung des Vertrages nicht erfüllt habe, die nämlich, noch am selben Mittag die Arbeit anzutreten. Der Kläger folgte dem Rate des Gerichtshofs und nahm die Klage als aussichtslos zurück.

Nahrung und Kleidung für arme Schulkinder in Amsterdam.

Als im Jahre 1900 in der Kammer über das jetzt geltende Schulpflicht-Gesetz verhandelt wurde, erklärten vornehmlich, aber nicht ausschließlich die socialdemokratischen Abgeordneten, daß, wenn der Staat den allgemeinen Schulzwang einführe, er auch verpflichtet sei, dafür zu sorgen, daß alle Kinder auch im stande sind, die Schule zu besuchen und dem Unterricht zu folgen, und daß darum im Bedürfnisfall den Kindern Nahrung und Kleidung vom Staat oder der Gemeinde geliefert werden müsse. Auf Grund dieser Ausführungen wurde denn in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen, die den Gemeindeverwaltungen die „Befugnis" giebt, bedürftigen Schulkindern Nahrung und Kleidung zu gewähren, oder auch Vereinen, die diesen Zweck verfolgen, Subsidien zukommen zu lassen.

In Amsterdam hat sich ein Bedürfnis in dieser Richtung in ganz außerordentlichem Maße geltend gemacht. Der Wohlthätigkeitsverein „Kindernahrung" hat im Jahre 1901 200 000 Portionen Essen verteilt, mußte aber 38 Proz. der Gesuche um Nahrung abweisen. Die Thätigkeit des Vereins beschränkt sich auf 110—120 Tage im Jahr. Außerdem kriegen die Kinder in der Regel nur an 3 Tagen der Woche ein Speisebillet. — Im Dezember 1901 wurde vom Bürgermeister und Magistrat von Amsterdam eine Kommission von Sanitätsrätoren beauftragt, zu untersuchen, inwieweit ein Bedürfnis vorliege, notleidenden Schulkindern Nahrung und Kleidung auf Gemeindekosten zu gewähren. Der Bericht dieser Kommission ist nun, nachdem die Abteilung Amsterdam der Socialdemokratischen Partei beim Bürgermeister und Magistrat darum nachgesucht hatte, publiziert worden. Der Verfasser des Berichts ist unser Parteigenosse A. H. Gerhard. Die Kommission ist zu der Ansicht gelangt, daß **viele Kinder die Schule regelmäßig besuchen, trotzdem sie ungenügend genährt und gekleidet sind** und infolgedessen oft nicht im stande sind, dem Unterricht gehörig zu folgen, ferner aber auch häufig erkranken und deshalb die Schule versäumen. Darum sei die Gemeinde im Interesse eines geregelten Schulbesuchs verpflichtet,

in vollem Umfang für Abhilfe zu sorgen. Die Kommission hat nun berechnet, daß für Oktober bis Dezember dieses Jahres 50 000 Gulden hierfür erforderlich sind. Für das Jahr 1903 aber stellt sie folgende Rechnung auf: Für Schulpantoffeln, die in der Schule getragen werden, wenn bei schlechtem Wetter das Schuhzeug der Kinder durchnäßt ist: 12 500 Gulden, Holzschuhe: 12 000, Lederpantoffeln für Kinder, die sonst wegen Ausbesserung ihrer Schuhe die Schule versäumen: 1650, Nahrung: 95 000, Kleidung: 22 500 Gulden; mit Hinzurechnung andrer Unkosten eine Summe von 150 000 Gulden (255 000 M.). Für die Speisung kommen nach Meinung der Kommission von den 56 000 Kindern der öffentlichen und privaten unteren Schulen ca. 8000 in Betracht, an die pro Jahr 944 000 Portionen warmes Essen verabfolgt werden müßten.

Bürgermeister und Magistrat von Amsterdam aber sind der Meinung, daß es genüge und dem Geist des Gesetzes entspreche, wenn den bedürftigen Schulkindern Schulpantoffeln und vielleicht auch Holzschuhe geliefert würden und bringen dafür eine Summe von 14 000 Gulden in Vorschlag. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Rohrleger. In einem Schreiben an den Altgesellen teilte die Innung mit, daß sie jetzt nicht mehr kompetent sei, Verhandlungen wegen des neuen Tarifs zu führen, weil diese Angelegenheit nunmehr zu einer Sache der gesamten in Frage kommenden Unternehmer geworden sei. Anfangs nächster Woche soll eine kombinierte Unternehmer-Versammlung einberufen werden, an welcher teilnehmen: die Berliner und Charlottenburger Innung, die Freie Vereinigung, die Heizungsindustriellen und die unorganisierten Unternehmer. In dieser Versammlung wird die Wahl des Streikkomitees stattfinden, welches dann die weiteren Verhandlungen mit der Lohnkommission zu führen hat. —

Gestern abend beschloß eine von über 2000 Personen besuchte Versammlung der Rohrleger, heute (Donnerstag) in den Streik zu treten.

Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die heute bei Keller tagende Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend nimmt Kenntnis von dem Beschluß der Innung sowie von dem Stande der Lohnbewegung. Die Versammelten erklären nach wie vor, am Donnerstag, den 16. Oktober, die Arbeit in allen Betrieben niederzulegen, in denen die Unternehmer den Lohntarif nicht bewilligt haben. Ferner protestieren die Versammelten energisch gegen die Verschleppungspläne der Unternehmer und erwarten, daß die Lohnkommission sowie die Verbandsleitung die kampfesfrohe Stimmung der Rohrleger und Helfer benutzt, um die Tarifbewegung derselben zum Siege zu führen.

Bis gestern abend hatten 36 Firmen mit 294 Arbeitern die neuen Forderungen bewilligt, darunter die „Deutschen Wasserwerke", Aktien-Gesellschaft".

Arbeiterinnenstreik. Bei der Firma Siemens u. Halske haben 175 Arbeiterinnen der Glühlampen-Abteilung in der Helmholtzstraße die Arbeit niedergelegt, weil sie sich die schlechte Behandlung seitens ihrer Vorgesetzten, besonders der Direktrice nicht länger gefallen lassen wollten. Nicht eine einzige Arbeiterin ist bei der Arbeit geblieben.

Die Töpfer sind, wie alljährlich, so auch in diesem Jahre wieder für ihre Forderung, daß vom 15. Oktober ab nur bei verglasten Fenstern gearbeitet werden darf, in eine Bewegung eingetreten und haben bereits einen günstigen Erfolg erzielt. — In der außerordentlich stark besuchten Versammlung, die gestern im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Die versammelten Töpfer verpflichten sich nur auf solchen Bauten zu arbeiten, wo sämtliche beschäftigten Töpfer, vor Zugluft durch genügend verglaste Fenster geschützt, ihre Arbeiten ausführen können. Provisorische Verglasung von Fenstern und Verschalen von Balkontüren 2c. ist insoweit zulässig, als die übliche Arbeitszeit bei genügendem Licht ausgenützt werden kann. Diejenigen Kollegen, die durch die Fensterfrage arbeitslos werden, erhalten, sofern ihnen nicht andre Arbeit nachgewiesen werden kann, vom vierten Tage an Unterstützung, sofern sie dem Verbande mindestens ein Vierteljahr angehören und zu dem Lokalfonds gezahlt haben. — Desgleichen auch die Kollegen, die vor ihrem Eintritt einer andren Organisation angehörten oder nach beendeter Lehrzeit sofort dem Verband beitreten. Die seit den letzten drei Wochen zur Anmeldung gelangten von auswärts zugereisten Kollegen werden nicht unterstützt.

Außerdem wurde eine Resolution angenommen, welche besagt: Die Versammlung erachtet den in der neuen Baupolizei-Verordnung vom 1. Oktober 1901 in Bezug auf die Verglasung der Bauten angesetzten Termin (1. November) als verspätet und ist der Ansicht, daß, wenn die Gesundheit des Arbeiters durch die Verordnung in Wirklichkeit geschützt werden soll, mindestens der 1. Oktober als Anfangstermin in Betracht zu ziehen ist. — Des weiteren spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß durch die Polizeibehörden eine strenge Kontrolle über die Innehaltung der erlassenen Verordnung ausgeübt — was im vorigen Jahre fast gar nicht, in einzelnen Fällen aber nur auf ausdrückliche Anzeige der Arbeiter geschehen ist — und auf allen Bauten die Arbeit inhibiert wird, wo unter Nichtbeachtung der baupolizeilichen Vorschriften gearbeitet wird.

Die Arbeiter der Firma Julius Pintsch in Finsterwalde haben an den Fabrikbesitzer, Geh. Kommerzienrat R. Pintsch zu Berlin das Ersuchen gerichtet: 1. Die Ueberstundenarbeit abzuschaffen oder für unvermeidliche Ueberstunden 10 Pf. pro Stunde Aufschlag an Lohn- und Accordarbeiter zu zahlen. 2. Keine weitere Reducierung der Lohn- und Accordsätze einzuführen. 3. Einen Accordtarif einzuführen. 4. Einen Arbeiterausschuß einzusetzen. Diese Forderungen sind in einer Versammlung am 12. d. M. aufgestellt und mit einer ausführlichen Denkschrift dem Kommerzienrat Pintsch persönlich zugesandt worden. Das Schriftstück ist von 11 Arbeitern unterzeichnet, die gleichzeitig darin um eine Unterredung bitten. Veranlassung zu diesem Schritt gab die Thatsache, daß Ueberstunden in ausgedehntem Maße verlangt werden (bis zu 108 Stunden per Woche), daß nicht nur keine Kenntnis von den Accordsätzen vor Uebernahme der Arbeit vorhanden ist, sondern sogar verdienter Lohn noch abgezwackt wurde. Versprechen, das Abgezwackte nachzuzahlen, wurden nicht gehalten. Ein Arbeiterausschuß existiert nicht, und die Behandlung durch die Meister usw. ist zum Teil brutal, außerdem sind noch viele andre Mißstände vorhanden. Die Versammlung war von mehr als 800 Arbeitern der Firma Pintsch besucht, und als Redner je ein Vertreter des Kupferschmiede-Verbandes, des Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erschienen.

Deutsches Reich.

Zum Streik in den Köln-Lindenthaler Metallwerken teilt uns die dortige Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes mit, daß nach erfolgter Vereinbarung mit der Direktion die Arbeit am vergangenen Montag wieder aufgenommen werden sollte. Die Direktion hielt aber ihr Versprechen nicht, denn sie will vierzig von den Streikenden nicht wieder einstellen. Infolgedessen wird es zu einem erneuten Ausstand kommen. Die Direktion sucht Arbeitswillige, es wird deshalb vor Zuzug gewarnt.

Metallarbeiter und Schmiede. Bei der Firma Grohmann u. Frosch in Leipzig-Plagwitz ist wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt worden. Zuzug ist zu vermeiden.

Ausland.

Der Streik im Baugewerbe in Südschweden ist nun beendet. Am Montag fand in Malmö eine Verhandlung statt zwischen Vertretern des Schwedischen Baumeister-Verbandes und des Schwedischen Maurer-, Holzarbeiter- und Grob- und Fabrikarbeiter-Verbandes, die mit der Unterzeichnung eines Uebereinkommens zur Beilegung des Konflikts endete. Die Arbeit soll an allen Plätzen innerhalb acht Tagen wieder aufgenommen werden. Die Streitpunkte sollen, soweit sie nicht durch besondere Verhandlungskomitees erledigt werden, einem Schiedsgericht zur Entscheidung überwiesen werden. —

Eine internationale Seemannskonferenz soll in der zweiten Hälfte des November in London abgehalten werden. Erwartet wird die Beteiligung seemännischer Vertreter aus England, Frankreich, Holland, Belgien, Skandinavien und Deutschland. Die Konferenz soll sich mit der Erörterung folgender Fragen beschäftigen: 1. Wie fördern wir die Agitation und Organisation? 2. Wie ist ein wirksamer Schutz für Leben und Gesundheit der seemännischen Arbeiter aller Länder zu erreichen? 3. Stellungnahme zu den Trust- und Kartellbildungen im internationalen Schiffahrtsverkehr.

Gerichts-Zeitung.

Das versicherte Diebesgut. Die Geschichte von den betrogenen Betrügern klang aus einer Anklage wegen Bandendiebstahls und Hehlerei heraus, die gestern die dritte Strafkammer hiesigen Landgerichts I längere Zeit beschäftigte. Auf der Anklagebank hatten 14 Personen Platz zu nehmen, von denen vier ganz erstaunliche Einbrecherkünste ausgeführt haben, während die übrigen Angeklagten, teils Angehörige der Diebe, teils Pfandleiher, wegen Abnahme der gestohlenen Ware zur Verantwortung gezogen wurden. Die Diebstahls-Anklage richtete sich gegen die noch ziemlich jugendlichen, aber schon wiederholt vorbestraften Arbeiter Walter Kuche, Bäckergeselle Franz Peters, Artist Hans Kern und Hausdiener Paul Schnitter. Peters und Kuche hatten sich zur fortgesetzten Begehung von Einbruchsdiebstählen verbunden und mit seltener Kühnheit wahre Raubzüge durch die verschiedensten Stadtteile Berlins angestellt. Sie hatten es ausschließlich auf Läden und Vorratsräume abgesehen, denen sie nächtlicherweile einen Besuch abstatteten. Zuerst waren sie in eine Schlosserwerkstatt eingebrochen und hatten sich dort das zu ihren nächtlichen Fahrten erforderliche Handwerkszeug in Gestalt von Dietrichen, Brecheisen und dergleichen gestohlen. Die Diebstähle, deren 21 zur Anklage standen, wurden sämtlich nach demselben Muster ausgeführt. Die Angeklagten öffneten nächtlicherweile die Häuser mit Nachschlüsseln, schnitten dann aus den zu den Geschäftsräumen führenden Thüren einen Teil der Füllung heraus, krochen hindurch und lockerten von innen den etwa vorhandenen Sicherheitsverschluß. So stahlen sie einem Händler in der Magazinstraße 4 Fahrräder, in der Brunnenstraße räumten sie die Werkstatt eines Konfektionsschneiders aus, in derselben Nacht noch stahlen sie aus einem Nebenhause mehrere Fahrräder, in der Badstraße plünderten sie den „Bazar des Nordens", dann machten sie demselben Fahrradhändler, den sie schon einmal bestohlen, einen zweiten Besuch und erbeuteten wiederum 6 Fahrräder, in der Markgrafenstraße brachen sie in ein Kleidergeschäft ein und stahlen zahlreiche Garderobenstücke, in der Wilsnackerstraße statteten sie kurz hintereinander einem Garderobengeschäft, einem Kravattengeschäft und einem Schuhwarenladen ihren Besuch ab, in der Frankfurter Allee sprengten sie bei Gelegenheit eines Einbruches einen Geldschrank, fanden darin aber nur einen Check auf die Deutsche Bank vor. Ganz besondere Vorliebe hatten Kuche und Peters für Schuhwaren-Handlungen, und so haben sie denn drei Filialen der Firma Tack u. Co. in der Chausseestraße, in der Beusselstraße und in der Andreasstraße heimgesucht. Ihre verbrecherischen Geschäfte, an denen in wenigen Fällen auch Kern und Schnitter teilnahmen, wurden so umfangreich, daß sie sich in der Adalbertstraße einen aus zwei Räumen bestehenden Speicher mieteten und darin die gestohlenen Waren aufstapelten. Als vorsichtige Leute versahen sie den Zugang zu ihren Lagerräumen mit einem Kunstschloß und waren drauf und dran, ihr „Eigentum" gegen Einbruchsdiebstahl zu versichern. Da fuhren Kuche und Peters auf einige Tage „in Geschäften" nach Stettin. Vor ihrer Abreise hatten sie in dem Speicher sämtliche Thüren sorgfältigst verschlossen und sich davon überzeugt, daß das Kunstschloß noch die gewünschte Sicherheit gewährte. Als sie zurückkehrten, fanden sie die Thüren erbrochen und die Vorratsräume fast ihres gesamten Inhalts beraubt. Als Visitenkarte hatten die Einbrecher in ein Diebeslager ein Brecheisen zurückgelassen, das ihnen zum Verräter wurde. Es stellte sich heraus, daß die Angeklagten Kern und Schnitter mit dem Diebesanteil, der ihnen aus ihrer zweimaligen Teilnahme an den nächtlichen Raubzügen zugefallen war, nicht zufrieden waren, sondern die Abwesenheit ihrer beiden Diebesgenossen für eine gute Gelegenheit gehalten hatten, ihre Position zu verbessern; sie hatten sich gewaltsam Zutritt zu dem Speicher verschafft und fast sämtliche dort vorhandenen Gegenstände in die Schnittersche Wohnung gebracht. Inzwischen war die Polizei auf ihre Spur gekommen und bald saß das vierblätterige Kleeblatt hinter Schloß und Riegel. Die Diebe waren in dem gestrigen Verhandlungstermin geständig, die der Hehlerei Beschuldigten bestritten durchweg ihre Schuld. Der Staatsanwalt beantragte gegen Kuche und Peters je 15 Jahre Zuchthaus, gegen Kern und Schnitter je 2½ Jahre Zuchthaus. — Der Gerichtshof verurteilte Kuche zu 10 Jahren, Peters zu 8 Jahren, Kern zu 2½ Jahren Zuchthaus, Schnitter zu zwei Jahren Gefängnis nebst den üblichen Nebenstrafen. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Wegen Verkaufs von verdorbenem Fleisch hatten sich gestern drei Personen vor den Strafkammern des Landgerichts II zu verantworten. Der Schlächtermeister Paul Richter aus Hohenschönhausen hatte auf dem Wochenmarkt am Winterfeldplatze in Schöneberg ein von Maden durchsetztes Stück Fleisch feilgehalten. Er wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. — Ebenfalls hatte die Schlächterfrau Bertha Burmeister aus Lichtenberg auf dem Markte am Karl August-Platze in Charlottenburg verschiedene Fleischsorten feilgehalten, die schon in Verwesung übergegangen waren. Sie erhielt dafür drei Wochen Gefängnis. — Die Schlächterfrau Ida Höhnke aus der Ackerstraße war vom Schöffengericht in Charlottenburg wegen Feilhaltens von verdorbenem Fleisch zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dies Urteil hatte sie Berufung eingelegt. Die Strafkammer bestätigte jedoch das Urteil erster Instanz.

Die Sonntagsruhe in den Eiswerken bildete den Gegenstand strafrechtlicher Erörterungen vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. Angeklagt war der Direktor der Norddeutschen Eiswerke, Herr Heinrich Frey, der Eishändler Friedrich Leske und der Eishändler Ernst Beier, die vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung zu Geldstrafen von 10 bis herab zu 3 M. verurteilt worden waren, weil sie ihre Eiskutscher des Sonntags länger als fünf Stunden beschäftigt hatten. Die Angeklagten erklärten, daß es sich hier um einen Notfall handele. Das Eis sei im Sommer auch in sanitärer Beziehung unentbehrlich. Obwohl sie am Sonntag nur an diejenigen Kunden lieferten, die ausdrücklich bestellten, reiche die Zeit von fünf Stunden nicht aus, denn es handele sich nicht allein um das Abfahren, sondern auch um das Einladen und die Rückkehr von der Tour. Die Arbeit müsse daher bereits um 3 Uhr morgens beginnen, um um 10 Uhr beendet zu sein. Den Einwand, daß hier ein Interesse der Allgemeinheit in Frage stehe, hatte das Schöffengericht schon damit abgethan, daß zwar ein Interesse des Publikums vorliege, nicht aber ein Interesse der Allgemeinheit, Publikum und Allgemeinheit seien nicht identische Begriffe. Der Gerichtshof erkannte auf Verwerfung der Berufung mit der Motivierung, daß die Sonntagsruhe gesetzlich festgelegt sei und Gesetze seien dazu da, gehalten zu werden. Die Vorarbeiten seien auch Arbeiten, die in der freigegebenen Zeit zu erledigen seien. Wenn die Arbeit sich nicht mit den ständigen Hilfskräften in der bestimmten Zeit erledigen lasse, so sollten die Angeklagten mit Doppelschichten arbeiten.

Versammlungen.

Die städtischen Parkarbeiter waren am Montagabend bei Buske, Grenadierstraße versammelt, um Stellung zu der Antwort der Park-Deputation bezüglich der Errichtung eines Arbeiter-Ausschusses zu nehmen. Die Parkarbeiter hatten vor einiger Zeit, im Vertrauen auf die seitens eines Magistratsmitgliedes gethane Aeußerung, überall wo ein diesbezüglicher Wunsch der Arbeiter verlautbare, Arbeiter-Ausschüsse errichtet werden sollten, einen dahinzielenden Antrag gestellt. Merkwürdigerweise wurde nun dieser Antrag abgelehnt und zwar mit folgender nicht gerade klarer Begründung:

„Der städtischen Park-Deputation mit der Anzeige zurückgehend, daß, da nach den Aeußerungen der Deputation vom 13. November vorigen Jahres die Einrichtung von Arbeiter-Ausschüssen als unzweckmäßig erachtet wurde, nach dem Inhalt des Magistrats-Beschlusses vom 29. Mai dieses Jahres — J.-Nr. 557 G.-B. I. 02 — der Magistrat sich nicht veranlaßt gesehen hat, wegen Errichtung eines Arbeiter-Ausschusses bei der dortigen Verwaltung Anweisung zu geben."

Verbandssekretär Schubert empfiehlt, die Arbeiter sollten sich nunmehr offiziell an die höhere Instanz — hier also das Magistrats-Kollegium — wenden, um von dort zu erfahren, ob denn Theorie und Praxis bei unsren Behörden so grundverschiedene Dinge sind. Den Einwurf, daß in der Parkverwaltung einige Leute beschäftigt werden, denen man sonst Armenunterstützung geben müßte, hält Redner nicht für stichhaltig, um der großen Anzahl Gärtner und Arbeiter das Institut vorzuenthalten, welches den andern städtischen Arbeitern bereits gewährt ist. — Eine lebhafte Diskussion zeitigte auch die Frage der Erhöhung des Tagelohnes. Bisher werden in den einzelnen Depots noch Löhne gezahlt, die nicht im entferntesten zur Ernährung einer Familie hinreichen; so wurde konstatiert, daß im Treptower Park Löhne unter dem ortsüblichen Tagelohn — für Berlin 2,90 M. — nichts seltenes seien. Um nun eine bessere Bezahlung zu erreichen, wurde beschlossen, eine Petition an die Park-Deputation zu richten, in der unter Hinweis auf die jetzigen Teuerungsverhältnisse die Erhöhung des Lohnes auf eine Minimalgrenze für Gärtner von 4,50 M. und für Arbeiter von 3,50 M. gefordert wird. Die Versammelten waren der Meinung, daß die Deputation diese Forderung erfüllen dürfte, da ja der Magistrat selbst gegen die Verteuerung des Fleisches Stellung genommen hat. Weiter wurde die Einführung von Lohnskalen verlangt, um so den längere Zeit daselbst Beschäftigten die Möglichkeit eines höheren Lohnes zu bieten.

Eine Versammlung aller in der Schäftefabrikation thätigen Personen (Zuschneider, Vorrichter, Stepperinnen usw.) war zu Sonnabend von der Ortsverwaltung des „Vereins deutscher Schuhmacher" nach dem Gewerkschaftshause einberufen, um zu der bevorstehenden Lohnbewegung der Schoßschuhmacher (Maßarbeiter) Stellung zu nehmen. In der Versammlung herrschte vollkommenes Einverständnis darüber, daß bei einer etwaigen Lohnbewegung für Schäftearbeiter ein Minimallohn von 24 Mark die Woche, Vorrichter 36 Mark und Zuschneider 40 Mark zu fordern sei. In dem Augenblick, wo die Schoßarbeiter in die Bewegung eintreten würden, sei auch für die Schäftearbeiter die Zeit gekommen, sich derselben anzuschließen, da seit dem Jahre 1896 nichts zur Verbesserung ihrer Lage geschehen sei. Schließlich beschloß man, Konferenzen mit den Branchevertretern, namentlich mit denen der in Maßgeschäften thätigen, abzuhalten, Agitationsversammlungen einzuberufen und so die in Aussicht genommene Lohnbewegung in wirksamer Weise vorzubereiten.

Socialdemokratischer Arbeiterverein Spandau. In der ordentlichen Generalversammlung am Freitag erstattete Böhle den Bericht von der Kreiskonferenz und Pieper denjenigen vom Provinzial-Parteitage. Auf eine Diskussion wurde aus Rücksicht auf den übrigen Teil der Tagesordnung verzichtet. Es folgte der Quartalsbericht des Vorstandes, aus dem hervorzuheben ist, daß infolge einer kürzlich vorgenommenen Hausagitation ein kleiner Zuwachs an Abonnenten unsrer Parteipresse erzielt werden konnte, und zwar: „Vorwärts" von 192 auf 196, „Brandenburger Zeitung" von 42 auf 44, „Laterne" von 1017 auf 1055 Abonnenten. In der Diskussion wurde das Verhalten der „Brandenb. Zeitung" gegenüber den Spandauer Genossen und die Ablehnung des Antrages, dem Kreise Osthavelland einen Sitz in der Preßkommission der „Brdbg. Zeitung" einzuräumen, einer scharfen Kritik unterzogen. Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen hatten das Resultat, daß Hornig zum ersten, Lemme zum zweiten Vorsitzenden, Dähne zum ersten, Schuster zum zweiten Kassierer und Neue zum ersten, Oderwald zum zweiten Schriftführer neu- bezw. wiedergewählt wurden. Reinert und Pieper wurden Revisoren der Parteikasse und Böhle und Schmidt Revisoren des örtlichen Parteigeschäftes.

Wilmersdorf. Hier tagte am 8. Oktober eine gut besuchte Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins in Wittes Volksgarten. Kohle hielt einen Vortrag über: „Warum müssen wir socialdemokratisch wählen?" Nach dem Bericht des Vorstandes haben im verflossenen Jahre 3 Generalversammlungen, 8 Vereinsversammlungen, 7 öffentliche Versammlungen, sowie 20 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Mitgliederzahl beträgt 205. Der Kassenbericht vom 4. Quartal ist folgender: Einnahme 328,65 M., Ausgabe 38,35 M., an die Centralkasse 219,10 M., für Bons und Sammellisten 174,81 M., Bestand am Orte 71,20 M. Der Kassierer wurde entlastet. Die Abonnentenzahl des „Vorwärts" beträgt 294. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Giebler erster Vorsitzender, Heinemann zweiter Vorsitzender, Köpping Kassierer; Preuß, Schriftführer; Hetz, Beisitzer; Bibliothekare Winzens, Geisenheiner; Revisoren W. Piedler, Köhler, Greß; Bezirksführer Murrer, Sens, Hauswaldt, Hörnig, Hurras und Böttcher.

Köpenick. Am 8. Oktober tagte hier eine öffentliche Parteiversammlung. Genosse Böske-Rirdorf erstattete Bericht vom Parteitage, während Genossin Thiel-Tempelhof den Bericht von der Frauenkonferenz gab. Wegen Eintritts der Polizeistunde mußte von einer Diskussion Abstand genommen werden, doch fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Parteiversammlung erklärt sich mit der Thätigkeit des Genossen Böske auf dem Parteitage und der Genossin Thiel auf der Frauenkonferenz einverstanden; desgleichen verpflichten sich die Versammelten, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß bei der nächsten Reichstagswahl der Genosse Fritz Zubeil gleich in der Hauptwahl als Sieger aus der Wahlurne hervorgeht."

Verein der Lithographen, Steindrucker 2c. Heute abend 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses kombinierte Generalversammlung der Berliner Filialen und Sektionen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Verlängerung der Handelsverträge und Oestreichs autonomer Zolltarif.

Budapest, 15. Oktober. (W. T. B.) Im Verlauf der heutigen Verhandlung über die Ausgleichsfrage im Abgeordnetenhause erklärte der Ministerpräsident v. Szell auf die Anfrage des Abgeordneten Pichler (Kossuth-Partei), ob eine Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland eintreten könne, bevor der gemeinsame autonome Zolltarif fertiggestellt sei, folgendes:

Nachdem in den Handelsverträgen die Verlängerung regelmäßig durch Nichtausübung des Kündigungsrechtes stipuliert und vorgesehen sei, könne die Verlängerung nicht als neuer Vertragsabschluß betrachtet werden; somit könne gesetzmäßig eine Verlängerung der Handelsverträge stattfinden, selbst wenn der autonome Zolltarif nicht ins Leben treten sollte. (Beifall rechts.)

Mehlstaub-Explosion.

Kischinew, 15. Oktober. (W. T. B.) In der letzten Nacht fand in einer Mühle eine Mehlstaub-Explosion statt. Die Wände stürzten zusammen und begruben unter ihren Trümmern die in der Mühle befindlichen Arbeiter, von denen 10 getötet und weitere 10 verstümmelt wurden.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

194. Sitzung. Mittwoch, den 15. Oktober 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

An Stelle des Abg. Dr. Pachnicke (frs. Vg.) wird auf Antrag Bassermann (natl.) der Abg. Frese (frs. Vg.) als Schriftführer durch Acclamation gewählt.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der im Januar dieses Jahres abgebrochenen Beratung der folgenden **Interpellation Albrecht** (soc.) und Gen.:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um die Folgen der **wirtschaftlichen Krisis**, die sich in Betriebseinschränkungen, Lohnkürzungen und **vornehmlich in Arbeiterentlassungen** bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen Notstand weiter Volksschichten entgegenzuwirken?"

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.):

Es ist wohl ohne Beispiel in der parlamentarischen Geschichte, daß die Besprechung einer Interpellation von Januar bis zum Oktober vertagt wird. Aber diese lange Unterbrechung der Debatte hat wohl, so glaube ich, nicht zur Folge gehabt, daß der Gegenstand an Interesse verloren hat. Die Zustände, mit denen damals die Interpellation begründet wurde, sind keineswegs vorübergehend. Wenn die Arbeitslosigkeit eine vorübergehende Erscheinung wäre, dann könnten wir uns freuen und hätten nicht nötig, uns an den Reichskanzler mit einer Interpellation zu wenden, denn für vorübergehende Erscheinungen wird man die Gesetzgebung nicht in Bewegung setzen. **Die Arbeitslosigkeit** ist auch in diesem Winter sehr **wenig verändert**. Sie erstreckt sich nur auf andre Berufe. **Die Personen haben gewechselt, das Uebel selbst aber ist geblieben.** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Heute liegen nun etwas bestimmtere Unterlagen vor für den Umfang der Arbeitslosigkeit, als bei der letzten Beratung der Interpellation. Die **Zählung der Berliner Gewerkschaften** im Februar dieses Jahres hat ein Resultat ergeben, das selbst die schlimmsten Befürchtungen übertroffen hat. In **Berlin** wurden **63 793 Arbeitslose** und **42 863** Personen **mit beschränkter Arbeitszeit** gezählt. Also über 100 000 Menschen waren in jener Zeit von der Arbeitslosigkeit mehr oder weniger betroffen. Dabei ist zu bedenken, daß natürlich nicht alle Arbeitslose von den Gewerkschaften ermittelt werden.

Bei der letzten offiziellen Zählung im Jahre 1895 wurden in Berlin im Juni 27 622 Arbeitslose, im Dezember 36 600 Arbeitslose gezählt. Vergleicht man diese Ziffern mit den Ergebnissen der Gewerkschaften, so kann man ermessen, welchen Umfang die Arbeitslosigkeit angenommen hat.

Nun kann man vielleicht einwenden, diese hohe Zahl der Arbeitslosen in Berlin erklärt sich daraus, daß damals die Eisenindustrie besonders stark von der Arbeitslosigkeit betroffen war und daß gerade in Berlin sehr viele und große Fabriken der Metallbranche sind. Da ist es interessant, festzustellen, wie groß die Arbeitslosigkeit im **Buchdruckereigewerbe** in Berlin gewesen ist, das doch zweifellos mehr abhängig ist von der Arbeitslosigkeit in den übrigen Gewerben. Wie groß ist nun die Zahl der Arbeitslosen, die vom Verband im Jahre 1900 und 1901 unterstützt worden sind? Sie umfaßt natürlich auch nicht alle Arbeitslosen des Gewerbes, da es auch Arbeitslose giebt, die noch nicht unterstützungsberechtigt resp. schon ausgesteuert sind. Die Zahl derer, welche Reise-Unterstützung erhielten, ist nun von 1900 bis 1901 um **34 Proz. gestiegen**, die Zahl der Buchdrucker, welche Ortsunterstützung bezogen, gar um **91,88 Proz.** Besonders ist die Arbeitslosigkeit des Jahres 1901 auch auf dem Gebiete der Metallindustrie hervorgetreten.

Die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung wird in der nächsten Zeit auch aus einem besonderen Grunde aktuell werden. Falls der neue **Zolltarif** mit den geplanten Erhöhungen der Getreide- und Fleischzölle zur Annahme gelangt, so wird auch dieser Umstand eine **erhebliche Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.** Die enorme Verteuerung von Brot und Fleisch wird natürlich eine Einschränkung der Konsumtionsfähigkeit der Industrie-Arbeiter und damit eine Einschränkung der Produktion mit sich bringen und daraus wird weiterhin in eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit resultieren. Die nunmehr Arbeitslosen werden sich für jeden Preis zur Arbeit anbieten. Diese Wirkung darf man nicht unterschätzen. Diejenigen Parteien, die für den Zolltarif eintreten wollen, werden gezwungen sein, schon jetzt Mittel und Wege anzugeben, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch ihre Maßnahmen hervorgerufen und verschärft wird.

Bei der letzten Debatte über diesen Gegenstand hat uns Abg. Graf Kanitz einige Belehrungen erteilt. Er hat bei seinen Ausführungen Kranke und Arbeitslose einfach auf eine Stufe gestellt und weiter hingewiesen auf die Vagabunden und Arbeitscheuen. Die Vagabondage aber wird jetzt häufig künstlich gezüchtet und zwar besonders von dem **Kleinhandwerk**, das eine übergroße Anzahl von Lehrlingen heranzieht, **die nach Beendigung der Lehrzeit vielfach auf die Straße gesetzt werden.** Diese auf die Landstraße Geworfenen kämpfen einen förmlichen Verzweiflungskampf um ihr Dasein, in dem sie schließlich unterliegen. Dieser Erziehung zur Vagabondage muß ein Riegel vorgeschoben werden. Wie viele von denen, die im Kote der Landstraße umgekommen sind, wären nicht zu Grunde gegangen, wenn sie rechtzeitig eine hilfreiche Hand gefunden hätten. Graf Kanitz meinte weiter, die Arbeitslosigkeit sei wesentlich eine Frage der Industrie-Arbeiter. Nähere Gründe dafür hat er nicht angegeben. Ein Mann, der so gut mit der Landwirtschaft Bescheid weiß wie Graf Kanitz, müßte doch die gewaltige Differenz kennen zwischen der Zahl der während der Erntezeit beschäftigten Arbeiter und derjenigen, die im Monat Februar beschäftigt ist. Die Erntearbeiter kommen aber doch nicht von irgend einem Planeten zu uns, sondern rekrutieren sich hauptsächlich aus der Armee der Arbeitslosen. Es wurde weiter auf das häufige Fortziehen der Landarbeiter hingewiesen. Die brutale Behandlung, die den Leuten zu teil wird, ist sehr oft die Ursache dieses Fortzuges. Auch wird ja die Arbeit auf dem Lande eine immer unsicherere. Je mehr die Technik fortschreitet, je mehr in der Landwirtschaft Maschinen eingeführt werden, desto mehr drängt sich die landwirtschaftliche Arbeit auf eine kurze Saison zusammen. Die daraus entstehende Arbeitslosigkeit drängt manchem den Wanderstab in die Hand und zwingt ihn, in den Städten Arbeit zu suchen. Wenn er dann einmal in der Stadt Arbeit gefunden hat, so bleibt er auch meistenteils dort. Es wäre interessant, einmal eine Enquete über die **Verschuldung der Landarbeiter** zu veranstalten. Daraus würde sich wahrscheinlich das folgende Bild ergeben: während des Winters machen sie Schulden, im Sommer verdienen sie vielleicht so viel, um ihre Schulden abbezahlen zu können, dann aber beginnt von neuem die Zeit der Arbeitslosigkeit und des Schuldenmachens. Die Arbeitslosenfrage sollte deshalb von den Vertretern der Landwirtschaft nicht so von oben herab behandelt werden. Man sollte nicht aus dem Umstande, daß während der Erntezeit vorübergehend keine Arbeitskräfte zu finden sind, auf die Abwesenheit jeder Arbeitslosigkeit auf dem Lande schließen. Unter den 771 000 Arbeitslosen, die Abg. Graf Kanitz anführte, befinden sich über 162 000 Landarbeiter. Es müssen demnach auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf dem Lande Mittel und Wege gefunden werden. Damit würde die Abwanderung der Arbeiter in die Städte eingeschränkt werden, so daß auch die Arbeitslosigkeit der Industrie-Arbeiter weniger scharfe Formen annähme.

Will man die Arbeiter wirklich vor der Not bewahren, so darf man nicht etwa mit periodischen Maßregeln eingreifen, sondern man müßte auf irgend einen Ausweg sinnen, der den Arbeitern dauernd ein Existenzminimum garantierte. Daran haben alle Parteien ein tiefgehendes Interesse. Die Arbeitskraft ist für den Arbeiter freilich sein einziges Vermögen, aber auch für die Gesellschaft ist die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Volkes von höchstem Werte. Ohne die Arbeitskraft kann kein Reichtum entstehen. Leider wird auf keinem Felde des wirtschaftlichen Lebens ein solcher Raubbau getrieben wie mit der Arbeitskraft.

In Zeiten der Krisis geht die Ernährung des Arbeiters zurück; es kommen Trunksucht und andre Uebelstände hinzu, die oft den Arbeiter für sein ganzes Leben arbeitsunfähig machen. Da muß unbedingt ein Riegel vorgeschoben werden. Was kostet gegenwärtig eine Krise den Staat und die Gesellschaft? Man hat berechnet, daß allein die Vagabondage dem deutschen Volke jährlich 150 Millionen Mark kostet. Würden wir ferner alles zusammenzählen, was den Gemeinden an Armenlasten aufgebürdet wird, so würden wir aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Summe kommen, mit der eine sehr gute **Arbeitslosen-Versicherung** eingeführt werden könnte. Man hat nun gesagt, eine Menge träger Leute würden aus der Versicherung Vorteil ziehen, es würde eine Prämie auf die Faullenzerei geschaffen, wie Herr Lenzmann sagte. Mit demselben Rechte könnte Herr Lenzmann die Feuerversicherung als Prämie auf Brandstiftung bezeichnen. Die Statistik würde aber beweisen, daß die Brände seit Einführung der Feuerversicherung wesentlich abgenommen haben, und vielleicht würde es mit der Arbeitslosigkeit ebenso gehen. Die Gewerkschaften, welche die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt haben, haben bisher damit keine schlechten Erfahrungen gemacht.

Ich habe bereits **1900 meine Ansicht darüber** ausgesprochen, wie ich mir eine Arbeitslosen-Versicherung denke. Ich will dabei betonen, daß das meine Privatansicht ist und meine Partei dafür nicht verantwortlich ist. Ich halte eine allgemeine Arbeitslosen-Unterstützung für sehr wohl durchführbar. Wie steht es mit der finanziellen Möglichkeit. Nehmen wir das Jahr 1895 als Durchschnittsjahr für den Umfang der Arbeitslosigkeit an, so würden für 100 Millionen Tage im Deutschen Reich Arbeitslosen-Unterstützung zu bezahlen sein. Nehmen wir an im Durchschnitt für jeden Tag zwei Mark, so ergiebt das 219 Millionen Mark. Diese Summe ist sehr wohl aufzubringen. Der Reichstag hat schon vielen Gesetzen zugestimmt, die das Volk viel mehr kosteten. Dazu würden noch 60 Millionen Mark Verwaltungskosten kommen, insgesamt würden die **Kosten also 280 Millionen Mark** betragen. Hierzu kommen die Ersparnisse des Reiches an Armenlasten und Gefängnislasten. Das ganze Reich wird doch wohl noch so viel aufbringen können, was jetzt die unglücklichen Arbeitslosen sich selber besorgen müssen. Das ist ja gerade das Schlimme, daß für die **Sünden, welche die ganze Gesellschaft verschuldet, die Einzelnen zu büßen haben.** Diejenigen, welche die Produktion angespannt und mit allen Mitteln für die Ueberfüllung des Marktes gesorgt haben, schütteln sich die lästigen Hungerleider ab. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es wäre nur gerecht, wenn alle diejenigen, welche mit beitragen zur Arbeitslosigkeit, auch zu den Lasten der Arbeitslosen-Versicherung herangezogen werden. Die Kosten der Verwaltung hätten Staat und Gemeinde zu tragen, die übrigen 220 Millionen wären auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verteilen. Die Beiträge der Unternehmer würden dann nur um 24 Proz. höher sein wie ihre Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung. Eine solche Versicherung müßte alle Arbeiter umfassen, eine Beschränkung auf die Industrie-Arbeiter würde noch mehr zur Entvölkerung des Landes beitragen. Erstreckte sich dagegen die Versicherung auf alle Arbeiter, so würde das platte Land am meisten davon profitieren, es würde wie bei der Invaliden-Unterstützung mehr an Unterstützung empfangen als an Beiträgen aufbringen. Die Versicherung dürfte weiter auch nicht auf den Winter beschränkt werden, denn viele Berufe, wie z. B. die Schneider, haben gerade im Sommer ihre flaue Zeit. Gegen jeden Mißbrauch der Versicherung kann man sich einfach dadurch schützen, daß man die Unterstützungsdauer abhängig macht von der Dauer der Beitragszahlung. Geschieht das, berechtigt etwa jede Woche Beitragszahlung zu einem Tage Unterstützung, so könnte die Versicherung unmöglich von Arbeitsscheuen ausgebeutet werden. Die Arbeiter selbst sind, wenn ihnen die volle Selbstverwaltung eingeräumt wird, die allergefährlichsten Ueberwacher. Das beweist die äußerst penible Simulantenriecherei in den Krankenkassen der Arbeiter. — Unter diesen Voraussetzungen glaube ich, wäre ein Mißbrauch der Versicherung ziemlich ausgeschlossen. Im übrigen kann ja die Erfahrung das Nähere zeigen. Sie haben noch keine größere Institution geschaffen, bei der Sie von vornherein über alle Eventualitäten informiert waren. Wollen Sie immer darauf warten, dann können Sie nie etwas Neues schaffen. Zweifellos ist jedenfalls, daß eine solche Arbeitslosen-Unterstützung einen großen Nutzen haben würde. Wir würden dadurch eine **Arbeitslosen-Statistik** erhalten und durch sie eine vollständige Uebersicht über die Lage des Arbeitsmarktes. Danach könnten sich die öffentlichen Arbeiten richten und man könnte an eine Regelung der Arbeitszeit herangehen. Von den jugendlichen Arbeitern würde man verlangen können, daß sie, wenn sie Unterstützung erhalten, auch gleicherzeit die Fortbildungsschulen besuchten. Heute müssen sie sich auf der Landstraße herumtreiben und sinken leicht ins Elend und Verbrechertum hinab.

Was geschieht denn nun heute auf solche Interpellationen hin? Man bestreitet, daß die Zahl der Arbeitslosen ganz so groß ist, wie sie angegeben wird, und damit hat es sein Bewenden. Höchstens veranlaßt man den Landtag, Geld für neue Korrektionshäuser zu bewilligen, aber damit schafft man das Uebel nicht aus der Welt. Das könnte erst geschehen, wenn man den **Arbeitslosen Arbeit verschaffte**, und nach dieser Richtung kann noch sehr viel geschehen. Es werden ja sogenannte Notstandsarbeiten in Angriff genommen, dabei handelt es sich aber in der Regel um nichts mehr als unnütze Quälerei der Arbeitslosen. Erst wenn stets die nötigen Vorarbeiten rechtzeitig gemacht werden, wird es möglich sein, bei solchen Notstandsarbeiten auch auf den Beruf der Arbeitslosen Rücksicht zu nehmen. Vor allem müßte es vermieden werden, daß bei Krisen massenhafte Arbeiterentlassungen erfolgen und dazu noch durch Lohnkürzungen die Konsumfähigkeit der Arbeiter herabgedrückt wird. — Noch in der vorigen Woche haben sich die Krankenkassen mit dieser Frage beschäftigt und die Aerzte haben festgestellt, daß gerade in Zeiten der Krise sich die Anforderungen an die Krankenkassen erheblich steigern. Der Zusammenhang ist ja klar, die Arbeitslosen, die das Nötigste entbehren, können sich nicht genügend ernähren. Einige Tage satt essen hebt in der Regel die Krankheit wieder auf. Sorgen Sie dafür, daß die Arbeiter davon verschont werden, in Zeiten der Krise ihre Ersparnisse aufzehren zu müssen, dann werden die Arbeiter ihre Arbeit viel freudiger leisten. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Bachem** (C.):

Schon im Januar hat der Reichstag aufs ausführlichste zu der socialdemokratischen Interpellation Stellung genommen. Seitdem ist eigentlich nichts Neues vorgekommen, es sei denn die leider begründete Befürchtung, daß die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter sich wiederholen und vielleicht noch ausgedehnter sein wird als im vergangenen Winter. Das hauptsächlichste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß die **Ausgestaltung des Arbeitsnachweises** sein. Durch eine richtige Organisation des Arbeitsnachweises wird es sich hoffentlich ermöglichen lassen, einen erheblichen **Rückfluß industrieller Arbeiter auf das Land** herbeizuführen. Das wird für die industriellen wie für die ländlichen Arbeiter von Segen sein. Dem Ausbau der **Naturalverpflegungs-Anstalten** muß besondere Sorgfalt zugewendet werden. Man wird allerdings ohne die Bereitstellung besonderer Mittel bei dieser Frage nicht auskommen, und ich hoffe, daß das Reich wie die Gemeinden sich dazu bereit finden werden. Eventuell müßten den Arbeitern ebenso wie den Kaufleuten oder Handwerkern Vorschüsse gewährt werden. Was die Frage der Arbeitslosen-Versicherung anlangt, so sind bekanntlich auf diesem Gebiete die Anschauungen der Socialdemokratie keineswegs einheitliche. Namentlich in gewerkschaftlichen Kreisen ist man vielfach ganz andrer Ansicht als Abg. Molkenbuhr. Für den Augenblick ist die Hauptfrage nicht die Bekämpfung der bereits eingetretenen, sondern die Verhinderung einer drohenden Arbeitslosigkeit. Wenn es gelingt, den **Zolltarif zu verabschieden — (Zuruf bei den Socialdemokraten: Abwarten!)** — den Herren von der Socialdemokratie scheinen diese Ausführungen unangenehm zu sein. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Hören Sie doch meine Ausführungen mit derselben Ruhe an, mit der wir alle Herrn Molkenbuhr angehört haben. (Sehr gut! rechts.) **Warten Sie doch ab, was die industriellen Arbeiter sagen werden, wenn es Ihnen gelingt, den Zolltarif zu Fall zu bringen.** Die Ansicht Molkenbuhrs, der Zolltarif würde die Arbeitslosigkeit befördern, wäre vielleicht richtig, wenn im Zolltarif nur die Getreidezölle und nicht auch die Industriezölle enthalten wären. In der ganzen Diskussion über den Zolltarif sind die Getreidezölle ungebührlich in den Vordergrund geschoben worden. Der deutsche Arbeiter wird die Frage der Industriezölle um so sorgfältiger beachten müssen, je mehr die Agitation draußen im Lande sich einseitig auf die Agrarzölle koncentriert. Würden die Industriezölle dieses Tarifs fallen, so wird der Lohn des deutschen Arbeiters um ein vielfaches sinken gegenüber dem, was er vielleicht für Agrarprodukte hätte ausgeben müssen. (Sehr richtig! rechts.)

Mit der Politik der Socialdemokratie gegenüber dem Zolltarif wird die Arbeitslosigkeit im höchsten Maße gefördert. Wenn der Zolltarif fällt, wird eine Arbeitslosigkeit eintreten, die größer sein wird als je bisher. Die schwersten Zeiten stehen unsrer Industrie bevor, falls wir nicht zu einer besseren Regelung unsrer Handelsbeziehungen kommen, als sie heute bestehen. Noch schlimmer würde es werden, wenn den Anträgen der Socialdemokraten entsprechend in der Kommission für fast alle Produkte Zollfreiheit durchgeführt würde. (Abg. **Singer**: Schauderhaft!) Jawohl, es ist in der That schauderhaft, daß man im gegenwärtigen Augenblick sich einbilden kann, dem deutschen Arbeiter würde geholfen, wenn alle Industrieprodukte zollfrei würden. Ich will nicht davon reden, daß die Socialdemokraten Zollfreiheit für Hummer, Austern und Kaviar beantragt haben. Die Herren Socialdemokraten, die doch sonst für eine Besteuerung des Luxus sind, hätten doch konsequenterweise eine Verdoppelung dieser Zölle beantragen müssen. Sie haben aber Zollfreiheit beantragt! (**Zuruf bei den Socialdemokraten: ist ja nicht wahr, was Sie sagen!**) Das ist wohl wahr. (Abg. **Antrick**: **Das ist nicht wahr**, Sie waren ja gar nicht in der Kommission, Sie wissen das ja gar nicht!) Allerdings war ich nicht Mitglied der Kommission, ich habe aber die Verhandlungen sehr sorgfältig verfolgt. Herr Stadthagen hat ja — um ausnahmsweise einen Namen aus der Kommission zu nennen — große Reden darüber gehalten. Eben teilt mir ein Kollege mit, daß Herr Molkenbuhr in der Kommission Zollfreiheit für Champignons beantragt hat, als ob Champignons auch schon ein Nahrungsmittel des Volkes seien. Wollen Sie (zu den Socialdemokraten) weiter bestreiten, daß Sie Zollfreiheit für Sekt, Pelze, Ballschuhe, Smyrnateppiche und für die feinsten Seidengewebe beantragt haben. Alle diese Dinge würden, falls sie zollfrei werden, in riesigen Mengen aus dem Ausland eingeführt werden, und die deutschen Arbeiter der betreffenden Industrien würden kolossal geschädigt werden. Die deutsche Seidenindustrie würde durch die ausnahmslose Durchführung der Zollfreiheit für alle Seidenwaren nahezu lahm gehen. Eine große Masse von Arbeitern würde nicht durch die bösen Fabrikanten, sondern durch die Politik der socialdemokratischen Fraktion auf die Straße geworden werden. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Wie man, um Luxuszölle zu beseitigen, eine große Anzahl von Arbeitern in sichere Arbeitslosigkeit bringen kann, das muß ich der Weisheit der socialdemokratischen Wirtschaftspolitik überlassen. Weiterhin würde die Eisenindustrie durch die Annahme der socialdemokratischen Anträge auf Zollfreiheit im gegenwärtigen Augenblick einfach ruiniert; wir würden von der amerikanischen Konkurrenz erdrückt werden. Man sollte doch die Arbeitslosigkeit nicht immer den Unternehmern zur Last legen. Ich könnte Ihnen Beispiele mit Namen nennen, in denen die Unternehmer aus ihrer eignen Tasche den Arbeitern die bisherigen Löhne weitergezahlt haben, nur um sie nicht entlassen zu müssen. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in der Textilindustrie. Man sollte doch nicht einem sogenannten Princip und der Agitation zu Liebe in dieser Weise vorgehen. Um der Industriezölle willen kann der deutsche Arbeiter sehr wohl die Agrarzölle mit in Kauf nehmen. Er kann eine eventuelle Steigerung der Lebensmittelpreise ertragen, wenn er einen auskömmlichen Lohn hat. Ich will nicht noch weiter reden, um mir nicht vorwerfen zu lassen, daß ich den Beginn der schwierigen ins bevorstehenden Arbeit der Verabschiedung des Zolltarifs verzögere. Nichts ist für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendiger, als die Verabschiedung dieses Zolltarifs. (Lebhafter Beifall im Centrum. Widerspruch bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Zubeil** (Soc.):

Die Behauptung des Abg. Dr. Bachem, wir hätten in der Kommission Zollfreiheit für Kaviar beantragt, ist absolut unrichtig. Meine Parteifreunde haben im Gegenteil für eine sehr große Erhöhung dieses Zolles in der Kommission gestimmt. Es geht hier Herrn Bachem so, wie bei einer andren Gelegenheit, wo er sich ebenfalls bereit finden mußte, seine unrichtigen Behauptungen zurückzunehmen. **Wenn seine schutzzöllnerischen Theorien richtig wären, würde heute in England kein Arbeiter irgendwelche Beschäftigung oder Lohn haben.** Es würde nicht möglich sein, daß die englische Textilindustrie einen so hohen Lohn zahlen könnte im Vergleich zur deutschen. Die nächsten Tage werden ja noch weiterhin beweisen, wie anfechtbar diese Schutzzöllnerei ist. Herr Bachem mußte selbst zugeben, daß im kommenden Winter die Arbeitslosigkeit vielleicht noch schlimmer sein würde, als im vergangenen Jahre. Und dem gegenüber ist sein einziges Auskunftsmittel der Ausbau des Arbeits-Nachweises! Wenn die Arbeitslosen so lange warten sollen, bis die Frage der **Arbeitsnachweise** im deutschen Reichstag geregelt ist, so wird es sehr schlecht um sie bestellt sein. Eine gerechte Regelung der Arbeitsnachweise ist noch immer an unserm Unternehmertum gescheitert. Der bekannte Kühnemann, der Vorsitzende der Berliner Metallindustriellen, hat offen ausgesprochen: „Wir sind die Herren in unserm Hause, wir lassen uns durch die Arbeiter niemals in irgend etwas hineinreden!" Bei einem solchen Standpunkt kann von einer gedeihlichen Regelung des Arbeitsnachweises keine Rede sein.

Bei der Beratung dieser Interpellation im Januar führte ich aus, daß auch das sächsische Eisenbahnministerium nicht vor Arbeiterentlassungen zurückgeschreckt sei und daß ferner die sächsische Maschinenfabrik in Chemnitz in 500 Fällen Kündigungen und Entlassungen vorgenommen habe. Das bestritt damals der sächsische Bevollmächtigte Graf Hohenthal; er sagte, er habe vom Minister v. Watzdorf die Nachricht erhalten, daß Arbeiterentlassungen im Eisenbahnverkehr nicht stattgefunden hätten, sondern daß nur zeitweise angenommene Arbeiter entlassen worden seien; es sei aber Vorsorge getroffen, daß diese Arbeiter in erster Linie seitens der Bauunternehmer bei Eisenbahnbauten beschäftigt würden. Ich erhielt darauf am 20. Januar d. J. als die Verhandlung über diesen Gegenstand eben vertagt worden war, eine Depesche aus Chemnitz, worin nach den dortigen „Neuesten Nachrichten" ausgeführt wird, daß die Erklärungen des Grafen Hohenthal auf nicht ganz richtigen Grundlagen basierten. Soviel man wisse, habe die Staatsbahnverwaltung die betreffenden Aufträge nicht zurückgezogen, sondern die Direktion der sächsischen Maschinenfabrik habe dieselben ablehnen müssen, weil sie zu Bedingungen angeboten wurden, die sich mit einem Verdienst nicht vereinbaren ließen. Das sei etwas wesentlich andres als das vom Grafen Hohenthal Behauptete. Erst als Ober-Bürgermeister Dr. Beck auf das Ansuchen einer Arbeiterdeputation mit dem Minister in Dresden konferiert hatte, sei ein Abschluß zu stande gekommen. Die

Eisenbahnverwaltung habe also schließlich wohl der Arbeiternot Rechnung tragen gewollt, aber auf eine etwas merkwürdige Weise, die gerade unter den damaligen Zeitverhältnissen doppelt überraschen mußte. Diese wichtigste Seite der Angelegenheit habe Graf Hohenthal im Reichstage nicht berührt.

Ich erhielt weiterhin einen Brief aus dem Plauenschen Grunde, wonach dort ansässige Familienväter mit zahlreichen Kindern von den Eisenbahnbau-Unternehmern entlassen oder mit ihrem Arbeitsangebot aufs schroffste zurückgewiesen worden sind. An ihrer Stelle wurden Czechen und andre Ausländer angenommen.

Graf Kanitz hat bei der Beratung im Januar die Schuld der Arbeitslosigkeit in erster Linie auf die Agenten geschoben, die in gewissenloser Weise die Arbeiter vom Lande in die Industriegegenden zögen. Aber gerade diejenigen Agenten, die die russischen und galizischen Arbeiter für die ostpreußischen Güter anwerben, wirtschaften am allergewissenlosesten; diese Arbeiter sind auf jenen Gütern am schlimmsten hineingefallen. Weiter empfahl Graf Kanitz der Arbeiterschaft, in den Zeiten günstiger Konjunktur für die schlechten Zeiten zu sparen. Es ist aber ganz undenkbar, daß der Arbeiter bei den heutigen Lohnverhältnissen soviel zurücklegen könnte, um davon in Zeiten der Arbeitslosigkeit leben zu können. **Graf Kanitz ersuchte die Arbeiter, sich nicht so viel auf Staatshilfe zu verlassen; das schädige das ethische Gefühl.** Wie darf gerade Graf Kanitz, dessen Freunde seit vielen Jahren Staatshilfe im weitesten Umfange für sich beanspruchen, der Arbeiterschaft solche Ratschläge erteilen! **Oder sollte ihr eignes ethisches Gefühl schon so weit gesunken sein, daß sie gar keine Empfindung mehr dafür haben, daß sie selbst sich fortwährend auf Staatshilfe verlassen?** Diese Worte hätte Graf Kanitz lieber unterlassen sollen.

Ein wirksames Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ist die **Verkürzung der Arbeitszeit** auf acht Stunden. Dadurch könnten viele Arbeiter ihrer Stellung erhalten werden, und Krisen könnten nicht mehr so verheerend wirken wie heute. Herr Gamp mahnte freilich, der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und der „Ausbeutung des Unternehmertums durch die Arbeiterschaft" Einhalt zu thun. Einen solchen Standpunkt werden wir auf das äußerste bekämpfen. Daß die **Arbeitslosen-Versicherung** schwierig ist, wissen auch wir; unmöglich ist sie nicht. Auch die christlichen Arbeiter verlangen die staatliche Arbeitslosen-Versicherung, wir halten sie vom Reiche aus für sehr gut durchführbar. Redner giebt eine eingehende Darstellung des Ergebnisses der Arbeitslosenzählung der Berliner Gewerkschaftskommission. Das Ergebnis war die Feststellung einer ungeheueren Arbeitslosigkeit innerhalb der seßhaften Arbeiterbevölkerung Berlins. Am allerschwersten leiden unter der Arbeitslosigkeit die unschuldigen Kinder. Ueber 37 000 Kinder hatten die gänzlich Arbeitslosen in Berlin, über 20 000 die Arbeitslosen in den Vororten. In Berlin und den Vororten hatten in den Wintermonaten 122 731 Personen unter der Einwirkung der Krisis zu leiden. **Was hat die Regierung nun für den kommenden Winter gethan?** Der Staatssekretär hat alle Hände voll zu thun, um die Socialdemokratie zu bekämpfen und die schwere Last des Wuchertarifs auf das arbeitende Volk zu wälzen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Mit schönen Redensarten kommen wir hier nicht weiter. Einzelstaaten und Gemeinden müssen angewiesen werden, was sie gegen die schleichende Krisis zu thun haben, die immer noch anhält. **Wir gehen einem sehr schlimmen Winter entgegen.** Hunger und Elend der Arbeiterklasse werden wachsen. Fortgesetzte Lohnreduktionen und Einfügung von Feierstunden sind die Regel. Der Kohlen- und Eisenmarkt, das Baugewerbe, die Textilindustrie liegen danieder. Das gleiche Bild zeigt die Maschinenindustrie besonders in Berlin. Traurige Nachrichten kommen von den Heimarbeitern Thüringens und des sächsischen Erzgebirges. In den Militärwerkstätten sind Arbeiter, die 17 Jahre lang dort im Dienst standen, entlassen worden. Was soll man da von der Privatindustrie sagen. Der preußische Eisenbahnminister hat zwar bestritten, Arbeiterentlassungen vorgenommen zu haben, das Gegenteil ist aber hier wie im Landtag bewiesen worden. Das große Postgebäude in Berlin an der Münz- und Alexanderstraßen-Ecke, wofür die Mittel längst bewilligt sind, ist noch nicht begonnen. Ich bitte den Staatssekretär mir zu sagen, was er zu thun gedenkt, um die Härten der Arbeitslosigkeit zu mildern. Die Einzelstaaten wie die Kommunen müssen mehr wie bisher ihre Schuldigkeit thun. In **Frankfurt a. M.** wird **jetzt vom Magistrat** das **Fünffache der Summe für die Arbeitslosigkeit verlangt,** was der **socialdemokratische Stadtverordnete im Jahre vorher verlangt** hat. Es geht daraus hervor, daß der Frankfurter Bürgermeister im vorigen Jahre seine Pflicht nicht erfüllt hat und die Verantwortung dafür trägt, wenn die Arbeitslosen damals statt mit Brot mit blauen Bohnen gefüttert worden sind. Auch gegen das vom Stadtrat Fischbeck gegebene Berliner Material sind Einwendungen zu erheben. Es ist deshalb Pflicht des Reichstages, auf die Regierung einzuwirken, daß **schnellstens etwas zur Linderung der Not geschieht.** (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Rösicke** (wild-liberal):

Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich seit den Januartagen, wo die Interpellation zuerst verhandelt wurde, doch so verschoben, daß die damals gegebenen Zahlen nicht mehr als Grundlage dienen können. Natürlich will ich nicht behaupten, daß bereits jetzt eine dauernde Besserung eingetreten ist. Ich neige vielmehr auch zu der Ansicht, **daß im kommenden Winter sich die Arbeitslosigkeit wieder verschärfen wird.** Es wird darauf ankommen, ob wir einen milden oder harten Winter haben werden. Deshalb müssen wir schon heute überlegen, was der Staat gegen die Arbeitslosigkeit thun kann. Eine der wesentlichsten Aufgaben für die Reichsregierung wird es sein, sich mit der Frage der **paritätischen Arbeitsvermittelung** eingehend zu beschäftigen. Ohne einen Druck auf die Kommunen wird es dabei nicht abgehen. Nun kann die Arbeitsvermittelung allerdings keine neue Arbeit schaffen, aber sie kann die vorhandene Arbeit richtig verteilen. Von den eigentlichen Notstandsarbeiten ist nicht viel zu erwarten. Aber längst projektierte Arbeiten sollten sofort in Angriff genommen werden. Wäre es jetzt nicht an der Zeit, daß die **Regierung sofort den großen Mittelland-Kanal in Angriff nehme?** (Große Heiterkeit.) Sie brauchte nur energisch aufzustampfen, dann würden die Herren drüben schon nachgehen. Aber so fürchtet man sich vor der sogenannten inneren Krisis, die von dieser Seite kommt, und läßt den ganzen Gedanken lieber langsam unter den Tisch fallen. **Der Kanalbau sollte gerade in einer Zeit vorgenommen werden, wo wir die Arbeit am nötigsten brauchen.** (Sehr richtig! links.)

Herr Bachem riet, den Zolltarif möglichst schnell anzunehmen. Hat er dabei den Regierungsentwurf gemeint oder die Kommissionsbeschlüsse, oder die unbekannten Beschlüsse seiner politischen Freunde? Aber eine sehr gewagte Behauptung bleibt es auf jeden Fall. Ich stehe ganz auf dem Standpunkte des Kollegen Molkenbuhr, daß eine **Erhöhung der Agrarzölle die Arbeitslosigkeit nur vermehren kann.** Und ebenso steht es mit einer Erhöhung der Industriezölle. Die Vertreter der Industrie, die für den Zolltarif eintreten, sind in der Hauptsache diejenigen, die einen Profit für die eigne Tasche dabei erwarten und keine Rücksicht auf die Wirkung höherer Zölle auf die Arbeiter nehmen. (Sehr richtig! links.) **Die Regierung trägt eine wesentliche Schuld an der allgemeinen Unsicherheit und an der Krisis und Arbeitslosigkeit in der Industrie dadurch,** daß sie überhaupt mit dem **neuen Zolltarif gekommen ist** und die allgemeine Begehrlichkeit gereizt hat. Wenn der Kollege Bachem die Arbeitslosigkeit wirklich bekämpfen will, dann sollte er mit uns dafür sorgen, daß **der Zolltarif zurückgezogen** wird und die **jetzigen Handelsverträge einfach verlängert** werden. Herr Bachem hat viel von der Stellung der Socialdemokratie zum Champagner- und Austernzoll gesprochen. Ich würde mich unnütz dem Vorwurf aussetzen, frühzeitig Obstruktion zu treiben, wenn ich ihm darin folgen wollte. Die Haltung der Socialdemokraten in der Kommission war wohl durch taktische Rücksichten bestimmt und nicht ihr letztes Wort. Auch sie würden davor zurückschrecken, plötzlich alle Zollmauern niederzureißen. Daran denkt niemand. Nur die erhöhten Zölle sollen abgelehnt werden, dann bleibt Deutschland immer noch ein geschütztes Land.

Ich kehre zurück zur Frage der **Arbeitslosen-Versicherung.** Mir erscheint eine Versicherung gegen die Folgen unverschuldeter Arbeitslosigkeit durchaus notwendig. Ich freue mich, daß der Gedanke nicht mehr als Phantom behandelt, sondern sehr ernsthaft genommen wird. Eine Arbeitslosen-Versicherung **würde die** Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter heben, zum Vorteil für die Industrie, die nach meiner Ansicht die Verpflichtung hat, in den guten Jahren Mittel aufzuspeichern, um den Arbeitern in den schlechten Jahren über die Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen. In der jüngsten Versammlung der Arbeitsnachweise war man übereinstimmend der Ansicht, daß die Frage der Arbeitslosen-Versicherung ohne gesetzlichen Zwang nicht durchgeführt werden kann. Die deutschen socialdemokratischen Gewerkschaftler verlangen, daß der Staat ihnen die Mittel zur Durchführung der Arbeitslosen-Versicherung übergiebt; dagegen habe ich zwei Bedenken: einmal wird es niemals möglich sein, alle Arbeiter, auch die ungelernten, gewerkschaftlich zu organisieren, und zweitens, **glauben denn die Gewerkschaftsvertreter, daß in den nächsten fünfzig Jahren sich in Deutschland eine Regierung finden wird, die socialdemokratischen Gewerkschaften staatliche Geldmittel zufließen läßt?** Die Gewerkschaftler sollten sich wirklich damit begnügen, wenn es nur gelingt, eine allgemeine Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen. Sie selbst könnten ja auch dann noch Zuschüsse zu dieser Unterstützung innerhalb der Gewerkschaften leisten. — Mir selbst würde es am wichtigsten erscheinen, wenn zunächst die Gemeinden im Anschluß an paritätische Arbeitsnachweise diesen Unterstützungszweig einführen würden.

An die Regierung möchte ich die Anfrage richten, in wieweit sie dem Verlangen des Reichstages auf Einsetzung einer Kommission nachgekommen ist, die die Frage der Arbeitslosen-Versicherung prüfen soll. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Herr Zubeil hat an mich die Frage gerichtet, was die Reichsregierung zu thun gedenkt, um der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter entgegenzutreten. Wenn der Staatssekretär des Innern so mächtig wäre, daß er die Produktion regeln und infolgedessen auch die Arbeitslosigkeit vermeiden könnte, so wäre er ein sehr glücklicher und erfolgreicher Mann, denn er könnte dann ein gut Teil der socialen Frage mit einem Federstrich lösen. Was kann das Reich in der That auf diesem Gebiete thun? Herr Rösicke meint, „das Reich solle der Arbeitslosigkeit steuern". Das kann man aber nur dadurch, daß man den Arbeitslosen Arbeit verschafft, und dies ist nur möglich, wenn die dazu nötigen Mittel, vor allem etatsmäßigen Mittel, vorhanden sind. Ich kann Sie versichern, daß jedesmal ein **heftiger Kampf zwischen mir** und den übrigen Ressorts mit dem **Reichsschatzamt** über die Positionen gerade **auf dem Gebiet der Landeskultur** entsteht. Wir können froh sein, wenn uns nur die Forderungen, die wir zum Etat gemeldet haben, vom Staatssekretär des Reichsschatzamts bewilligt werden. **Das Reich hat auch,** abgesehen von der Reichspost-Verwaltung, **gar nicht die nötigen Verwaltungszweige, um durch Beschaffung von Arbeit der Arbeitslosigkeit steuern zu können.** Ich habe mich an die **einzelnen Regierungen** gewendet mit der Anfrage, wie die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkte sei. Ich hoffe, daß die Regierungen hierin einen Anstoß finden werden, ihrerseits Sorge dafür zu treffen, soweit es in ihren Kräften steht, für Arbeitsgelegenheit in ihren Ressorts zu sorgen. Von Frankfurt a. M. wird mir berichtet, daß man sich dort jetzt schon sehr eingehend mit der Frage der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für den nächsten Winter beschäftigt. — Die gegenwärtige Krise ist dadurch entstanden, daß man eine vorübergehende Konjunktur auf manchen Gebieten irrtümlicherweise für eine dauernde Konjunktur gehalten hat. (Sehr richtig!) Man hat dadurch zu viele Arbeiter in die Städte gezogen zum Schaden der Landwirtschaft und auch entgegen den nationalen Interessen, denn sie mußten vielfach durch ausländische Arbeiter ersetzt werden. Was die Frage der Arbeitsnachweise betrifft, so ist auf diesem Gebiete noch unendlich viel zu schaffen. Die Resolution des Reichstags ist der arbeiterstatistischen Abteilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes überwiesen. Dort wird sie beraten, wie ich annehme, unter Hinzuziehung des Arbeiterbeirats und von Sachverständigen. Was die **Versicherung gegen Arbeitslosigkeit** betrifft, so werden die verbündeten Regierungen **in allernächster Zeit zu dieser Frage Stellung nehmen,** und dann wird man prüfen, welche wissenschaftlichen und praktischen Wege zu gehen sind, um der Frage näher zu treten: Ist überhaupt eine Arbeitslosen-Versicherung möglich und unter welchen Voraussetzungen ist sie durchführbar. Die Frage muß noch wissenschaftlich und praktisch vertieft werden. Wir haben die Verpflichtung, wenn gegenüber unzweifelhaften Notständen eine solche Frage auftaucht, sie zum mindesten einer ernsten Prüfung zu unterwerfen. Das wird seitens der verbündeten Regierungen geschehen, dessen seien Sie versichert. (Bravo!)

Abg. Graf **v. Kanitz** (k.):

Die Voraussagungen, daß die Krise nur eine vorübergehende sein werde, haben sich bis jetzt nicht als richtig erwiesen. Wir haben also leider noch mit denselben Faktoren zu rechnen wie vor neun Monaten. Ich bedauere, daß Herr Fischbeck nicht anwesend ist, um uns einen Vortrag über die Arbeitslosigkeit in Berlin zu halten. Er hat in direktem Gegensatz zu den Socialdemokraten behauptet, daß ein eigentlicher Notstand in Berlin nicht existiere. — Angesichts der Arbeitslosigkeit halte ich es, wenn auch unsre Finanzlage eine sehr schwierige ist, doch nicht für richtig, wenn einzelne Staatsverwaltungen, wie die preußische Forstverwaltung mit Arbeitseinschränkungen vorgehen. Derartige Ersparnisse sind gerade jetzt wenig angebracht. — Herr Molkenbuhr ist auf die ländlichen Verhältnisse eingegangen. Sein Hinweis, daß von 771 000 Arbeitslosen 162 000 auf die Landwirtschaft entfallen, spricht aber gerade für die Landwirtschaft. Wenn 40 Prozent der Arbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt sind, und nur der vierte Teil der Arbeitslosen auf die Landwirtschaft fällt, so spricht das für die Landwirtschaft. In der That beschäftigen die Landwirte im Winter ebensoviel Arbeiter wie im Sommer, sie bringen dies Opfer, um einen Stamm angesessener Leute zu haben. (Sehr richtig!) Was ist denn nun die eigentliche Ursache der Krisis? Graf Posadowsky legte der Ueberproduktion alle Schuld bei. Gewiß hat auch sie ihren Anteil an der Herbeiführung der Krisis als zweiter wichtiger Umstand kommt aber hinzu, die Spekulation auf den ausländischen Markt als Hauptabsatzgebiet für die Industrie. Das Hauptgewicht muß viel mehr auf den einheimischen Markt gelegt werden. (Sehr richtig! rechts.) Ueber die Feierschichten im Kohlenbergbau sagte mir Dr. Hammerstein, daß es heute umgekehrt wie im Jahre 1889 sei. Damals klagten die Arbeiter über zu viel Arbeiten, heute über die Feierschichten. Nicht mit Unrecht! **Den Rückgang der Förderung verschulden die Syndikate.** Ich verurteile die billigeren Verkäufe nach dem Ausland entschieden. Die ausländische Industrie wird gehoben zum Nachteil der inländischen Industrie. Das ist heute von den socialdemokratischen Rednern noch nicht erwähnt worden. In der Kommission haben die Herren beantragt, dem Bundesrat die Befugnis zur Aufhebung der Zölle bei billigeren Auslandsverkäufen zu geben. Der Gedanke ist mir sehr sympatisch, die Sache ist aber praktisch auf diesem Wege nicht zu lösen. Den Syndikaten muß man auf andre Weise beikommen. Es ist doch kein haltbarer Zustand, daß die **Eisenbahnverwaltung sich in ständiger Abhängigkeit von den Syndikaten** befindet und die hohen Preise bezahlen muß. (**Ruf links: Billige Wasserstraßen!**) Herr v. Thielen hat erklärt, daß die Wasserstraßen für den Kohlentransport nicht geeignet sind. Notwendig ist, daß die vom Staatssekretär versprochene Enquete über die Syndikate bald in Angriff genommen wird. Ich höre, es soll am 14. November eine Besprechung darüber stattfinden. Für die Eisenbahnverwaltung wäre der Bruch mit dem Syndikat das Beste. Mit Herrn Bachem bin ich der Meinung, daß das beste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit das Zustandekommen **des neuen Zolltarifs** ist. Er wird den Industriearbeitern großen Nutzen bringen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Gesunde landwirtschaftliche Verhältnisse führen zu gesunden wirtschaftlichen Zuständen überhaupt. Die Hauptsache ist der innere Markt und seine Stärkung ist das beste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Ich kann nur die dringende Bitte an Sie richten, am Zustandekommen des Zolltarifs mitzuhelfen. (Beifall rechts und im Centrum. Widerspruch links.)

Abg. **v. Elm** (Soc.):

Von allen Seiten ist das Bestehen einer großen **Arbeitslosigkeit** anerkannt und zugegeben worden, daß sie im kommenden Winter noch zunehmen wird. Aber mit der Anerkennung dieser Thatsache allein kommen wir nicht weiter; **es müssen positive Maßregeln ergriffen werden.** Da ist es nun sehr bedauerlich, daß der Wunsch des Reichstages auf Einsetzung einer besonderen Kommission für diese Frage nicht erfüllt worden ist und daß man sich damit begnügt hat, die Angelegenheit dem statistischen Amt zu überweisen. In neun Monaten hätte wahrlich mehr geschehen können. Darin gebe ich dem Grafen Posadowsky recht, daß weder er noch die ganze Regierung im stande sind, die gesamte Produktion zu regeln. Auch der Reichstag kann das nicht. Wohl aber können Reichstag und Regierung zusammen vorbeugende Maßnahmen zur Regelung der Produktion treffen. Es ist doch nicht die erste Krisis, die das deutsche Wirtschaftsleben trifft. Da wäre es längst an der Zeit gewesen, die Möglichkeit solcher Maßnahmen ernstlich zu untersuchen. Der Reichstag kann der Regierung gar nicht den Vorwurf der Unthätigkeit machen, ohne daß er auf ihn selber zurückfiele. Wie oft sind hier nicht Anregungen gegeben worden, ohne daß ein praktisches Resultat gefolgt wäre. Die erste Maßnahme, um eine gewisse Regelung der Produktion herbeizuführen, wäre die **Verkürzung der Arbeitszeit.** Wir halten den **Achtstundentag** für absolut erforderlich und durchführbar. Wenn Sie aber nicht so weit gehen wollen, weshalb entschließen Sie sich nicht zur Einführung der gesetzlichen **zehnstündigen Arbeitszeit** für sämtliche Arbeiter. Auch hierin läge unzweifelhaft ein Fortschritt. Weiter verlangen wir die volle Koalitionsfreiheit für alle Arbeiter beiderlei Geschlechts, um den Arbeitern die gewerkschaftliche Organisation zu ermöglichen. In dem Sinken der Löhne besteht doch die Hauptursache der gegenwärtigen Krisis. Die Arbeiter sind nicht im stande, so viel wie früher zu konsumieren, und daher tritt die Stockung im Absatz und in der Konsumtion ein. **Wir leiden eben an einer Unterkonsumtion** und nicht an einer Ueberproduktion. Es fragt sich, wie wir diese Unterkonsumtion beseitigen können. Sie (nach rechts) sagen, wir sollten den Zolltarif annehmen. Wir verwerfen aber den **Zolltarif,** weil er eine Steigerung der Preise und damit eine **Verstärkung der Unterkonsumtion** zur Folge hat. Daß auch durch zu hohe Industriezölle eine Belastung des Volkes stattfindet, haben wir nie bestritten. Die Kohlen- und Eisenpreise sind seit der Mitte der achtziger Jahre um das Doppelte gestiegen. Es ist kein Zweifel, daß auch durch hohe Industriezölle eine Verteuerung der Waren eintritt. Bei den Wahlen muß man auch die Wirkungen der Industriezölle eingehend beleuchten. Für die Taktik der Socialdemokratie in der Kommission ist nicht in jedem einzelnen Fall die Gesamtheit der Fraktion in dem Sinne verantwortlich zu machen, daß die Fraktion nun auch an die Ausführung dieser Kommissionsanträge bezüglich jedes einzelnen Industriezweiges im Plenum gebunden wäre. (Aha! rechts.) Taktische Gründe haben uns zur Stellung dieser Anträge veranlaßt, wie ja auch die andern Parteien sich bei ihren Anträgen von taktischen Rücksichten leiten lassen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Mit dem, **was** Abg. Graf Kanitz über die billigeren Auslandsverkäufe der Syndikate gesagt hat, bin ich einverstanden. Warum aber hat er dabei die Zuckerindustrie vollständig vergessen? (Sehr gut? bei den Socialdemokraten.) Die Prämienwirtschaft der Zuckerindustrie ist auch von den Freunden des Herrn v. Kanitz unterstützt worden. Richtig ist, daß das Treiben der Syndikate zu unhaltbaren Zuständen führt. Richtig ist, daß Dividenden in kolossaler Höhe ausgezahlt worden sind. Von der kartellierten Industrie sind Wucherpreise erzielt worden und dagegen ist auch ein Wuchergesetz am Platze. Nicht einseitig, sondern allgemein muß gegen die kartellierte Industrie vorgegangen werden, denn billige Preise sind die Hauptsache für die konsumierende Bevölkerung. Gewerkschaften und Genossenschaften sind heute das alleinige Gegengewicht gegen die Kartelle. Wären diese nicht vorhanden, so wäre der Krach längst hereingebrochen. Der Staat muß also Gewerkschaften und Genossenschaften fördern, alle Hemmnisse müssen beseitigt, das volle Koalitionsrecht eingeräumt werden. Wenn man wirklich **Notstandsarbeiten** vornimmt, so geht man dabei ganz verkehrt vor, indem man schlechtere Löhne zahlt als sonst. Dadurch werden viele Arbeiter abgeschreckt, diese Arbeit anzunehmen.

Es ist nun von einer **Versicherung gegen Arbeitslosigkeit** die Rede gewesen. Ich bin der Meinung, daß in der That **Reich, Staat und Gemeinde verpflichtet sind, Beihilfe zur Versicherung der Arbeitslosen zu leisten.** Man schützt heute nur das tote Eigentum, viel wichtiger aber ist der Schutz des lebenden Eigentums, der Arbeitskraft. Diese ganze Frage ist ja besonders in der letzten Zeit viel erörtert worden. Man sagt, es fehle an den genügenden Unterlagen. Diese werden aber niemals geschaffen werden, wenn die Arbeitslosen-Zählungen in bisherigem langsamen Tempo vorgenommen werden. Das einzig brauchbare Material haben bisher die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter geliefert. Sie haben auch durch ihre Unterstützungsleistungen weit mehr gegen die Vagabondage geleistet als Staat und Kommune. Ein praktischer Anfang zur Arbeitslosen-Unterstützung wäre die Gewährung von Zuschüssen an die Gewerkschaften; wie diese das auf ihrem letzten Kongreß gefordert haben. Man sagt, die Gewerkschaften seien Kampfesorganisationen. Gewiß sind sie das und ihr Kampf ist eine kulturelle Notwendigkeit, aber sie verlangen diese Unterstützung doch auch nicht zur Führung ihres Kampfes, sondern lediglich zur Bekämpfung der Arbeitsnot. Natürlich müssen die Staaten und Gemeinden, die den Zuschuß leisten, auch das Recht der Kontrolle über die Verwendung der Mittel haben. So schwierig ist das Problem nicht zu lösen. Bei Nichtinnehaltung der Vorschriften durch die Gewerkschaften könnten die Zuschüsse, die eventuell als Vorschuß zu zahlen wären, ganz oder teilweise gestrichen werden. Dadurch wäre die Kontrolle wohl zu ermöglichen. Die Gewerkschaften beabsichtigen ja auch keineswegs, an jeden beliebigen Arbeitslosen ohne Unterschied Unterstützung zu zahlen. Eine Förderung der Arbeitsscheu wollen wir in keiner Weise. Dagegen können wir nicht qualifizierte Arbeiter zu schlechter bezahlter Arbeit zwingen. Um solche Fälle zu entscheiden, müssen die Gewerkschaften die Träger der Versicherung sein. Gewisse bürgerliche Socialpolitiker wollen die Gewährung der Arbeitslosen-Unterstützung an die Gewerkschaften zur Stärkung der Kampfposition des Unternehmertums. So hat ein bekannter bürgerlicher Socialpolitiker kürzlich gefordert, daß keine Unterstützung an solche Arbeiter gegeben werden dürfe, die sich weigern, in durch Streik frei gewordene Stellen einzutreten. Das wäre eine offenbare Unterstützung des Unternehmertums. Der Vorschußgedanke des Herrn Bachem ist unausführbar. Wie sollen diese Vorschüsse von den Arbeitern jemals zurückgezahlt werden. Soll etwas Brauchbares geschaffen, muß es auf der allgemeinen Solidarität der Arbeiter aufgebaut werden. Auch für den Gedanken einer allgemeinen Reichs-Sparkasse bin ich nicht begeistert. Praktisch giebt es nichts andres, als daß man sich auf die Gewerkschaften stützt. Auf die Arbeitsnachweise kann man sich nicht stützen. Sie sind heute Kampforganisationen des Unternehmertums, wenigstens großenteils, und werden es noch lange bleiben. Der Aufbau auf die kommunalen Arbeitsnachweise ist auf die Dauer unmöglich. Was Bachem aus Köln berichtet hat, ist auch nicht aufmunternd. Die dortige städtische Arbeitslosen-Versicherung kann sich nur mit starken privaten Zuschüssen halten. Ich halte eine centralistische Basis für notwendig, mit den kleinen Kommunalbezirken ist nicht auszukommen. Der heutige Staat ist an der Fürsorge für die Arbeitslosen interessiert. Die Armenverwaltungen, die Arbeitgeber haben ein großes Interesse daran. Heute verkennen sie noch ihr eignes Interesse und werden die Versicherung zu hintertreiben suchen. Trotzdem wird sie kommen. Herr Rösicke glaubt an keine Aenderung in den nächsten fünfzig Jahren. Ich bin darüber andrer Meinung. Die Verhältnisse ändern sich heute sehr schnell. Minister kommen und gehen. Früher wäre es gar nicht möglich gewesen, daß die deutsche Reichsregierung einen Vertreter zum Gewerkschaftskongreß entsandt hätte. Die Anschauungen wandeln sich. Die Frage wird und muß einmal geregelt werden. Wie dies aber auch geschehen möge, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter

werden gerade bei dieser Frage einen besonderen Wert auf die Erhaltung ihrer Selbständigkeit legen. Von diesem agrarischen Reichstag erwarte ich allerdings kein Vorgehen auf dem Gebiete der Arbeitslosen-Unterstützung. Dem heutigen Reichstag der Brotverteuerung aber werden die Arbeiter bei den Wahlen schon sagen, was sie von ihm zu halten haben. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Hilbck** (natl.):

Durch die kolossalsten Anstrengungen der Arbeitgeber ist es in den Industriebezirken des Westens bisher gelungen, die drohende Not von den Arbeitern fernzuhalten. Die Bilanzen der **großen Eisenwerke** weisen nach, daß im abgeschlossenen Geschäftsjahr **kein einziges von ihnen im stande war, seinen Aktionären auch nur einen Pfennig Zinsen zu zahlen.** Die Industrie des Westens bedarf dringend der Unterstützung durch den **Bau von Wasserstraßen**, gegen den die Herren von der Rechten so lebhafte Opposition machen. Dabei bringt der Regierungsbezirk Düsseldorf mehr direkte Steuern auf als Ostpreußen und Westpreußen zusammen. Einige große Firmen verhandeln bei dem Abschluß von Auslandslieferungen jetzt jedesmal mit ihren Arbeitern und fragen diese, ob sie die Lieferungen zu einem bestimmten Preise fertigstellen wollen. Bisher sind die Arbeiter noch jedesmal darauf eingegangen. Man komme uns aber nicht mit der thörichten Idee, als ob man im Ausland für seine Produkte ebensoviel erzielen könne, wie im Inland. Wie wollten wir dann auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben? **Wenn die Industriellen billiger ins Ausland liefern, so thun sie das lediglich im Interesse der Arbeiter.** (Lachen bei den Socialdemokraten.) Jawohl, sehen Sie sich doch die Bilanzen nur an! Die vom Abgeordneten Zubeil berührte Angelegenheit des sächsischen Eisenbahnministeriums ist vielleicht einer der Herren Regierungskommissare in der Lage, aufzuklären. Graf Kanitz hat sein altes Steckenpferd, die Syndikate, angeschnitten. Nun, es giebt ja Leute, die nichts lernen und nichts vergessen. (Oho! rechts.) **Der Zweck der Syndikate** ist keineswegs, die Preise unnatürlich hoch zu halten, sondern vielmehr durch gemeinsames Vorgehen Verluste von der betreffenden Industrie abzuwenden. Das wird hoffentlich die angekündigte Enquete über die Syndikate auch klar erweisen.

Geh. Ober-Regierungsrat Dr. **Hoyf**:

Ich muß entschieden in Abrede stellen, daß die Eisenbahnverwaltung den Verkehrsrückgang dazu benutzt hätte, um irgendwelche Arbeiter abzuschieben, auf die Straße zu setzen und dadurch die Arbeitslosigkeit zu erhöhen. Das ist nicht geschehen. Im Gegenteil hat mein Chef im Dezember vorigen Jahres bestimmt, daß Arbeiter infolge des Verkehrsrückganges unter keinen Umständen entlassen werden sollen, sondern daß sie weiter beschäftigt werden müssen. Außerdem sind in diesem Jahre gegen 60 Millionen Mark für Bauten mehr ausgegeben worden als im vorigen Jahre und, soweit ich unterrichtet bin, werden im kommenden Winter noch weitere Erhöhungen in den Etat eingestellt werden.

Hierauf tritt Vertagung ein.

Es folgen **persönliche Bemerkungen.**

Abg. **Stadthagen** (Soc.): Herr Dr. Bachem hat behauptet, ich bezw. meine Fraktion hätte in der Zolltarif-Kommission für eine Reihe wohlschmeckender Dinge wie Champignons, Kaviar, Hummern und Austern Zollfreiheit beantragt. Nachdem im Mai d. J. denselben Abgeordneten von einer Seite, die ich sehr hoch schätze, die Bitte ausgesprochen worden ist, keine Vorgänge aus der Kommission unter Namensnennung im Plenum vorzubringen, widerstrebt es mir eigentlich, auf diese Dinge noch zurückkommen zu müssen. Aber das ist nicht meine Schuld, sondern die des Abg. Dr. Bachem. Herr Bachem hat freilich insofern der Bitte entsprochen, als er **keine Vorgänge aus der Kommission**, sondern **vielmehr aus seiner Phantasie** mitgeteilt hat. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Ich habe mir, obgleich ich ein ziemlich gutes Gedächtnis habe, hier einige der wenigen Anträge, die wir gestellt haben (Große Heiterkeit), hervorgesucht. Daraus ergiebt sich, daß die Position 35, die Champignons enthält, in unsren Anträgen nicht berührt worden ist. Herr Bachem hätte doch erst das Protokoll einsehen sollen, ehe er solche Sachen hier mitteilt, die nicht richtig sind. Auch zu den Positionen, die Kaviar, Hummern 2c. enthalten, haben wir keine Anträge gestellt. (Hört! Hört! bei den Socialdemokraten.) Das muß aus dem Protokoll ebenfalls hervorgehen. Ich bedauere die Notwendigkeit — (Zuruf im Centrum: Das ist nicht persönlich!) Ist das nicht persönlich, wenn von mir behauptet wird, ich hätte solche Anträge gestellt?

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abgeordneter, was persönlich ist, das habe ich allein zu entscheiden. Ich habe Sie bis jetzt nicht unterbrochen. (Heiterkeit.)

Abg. **Stadthagen** (fortfahrend): Wir haben für diese Positionen nicht nur nicht Zollfreiheit beantragt, sondern wir haben sogar für die Anträge, die Herren aus andern Parteien gestellt haben, auf Erhöhung des Zolles auf Kaviar, Seemuscheln, Schnecken usw. trotz ihres Wohlgeschmackes gestimmt, und zwar habe ich die Ehre gehabt, zu begründen, warum wir trotz der Zollerhöhung dafür stimmten. Ich habe damals etwa ausgeführt — — (Große Heiterkeit. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem** (unterbrechend): Sie dürfen hier nicht ganze Reden aus der Kommission wiederholen. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. **Stadthagen**: Ich wollte nur ein paar Kleinigkeiten —

Präsident Graf **Ballestrem**: Auch Kleinigkeiten dürfen Sie nicht wiederholen; die Kleinigkeiten des Abg. Stadthagen sind in der Regel sehr umfangreich. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Stadthagen**: Ich muß lebhaft bedauern, daß ich bei einer Debatte über die Arbeitslosen-Unterstützung gezwungen bin — —

Präsident Graf **Ballestrem**: Das ist auch nicht mehr persönlich. Sie haben jetzt alles richtig gestellt, was nach Ihrer Ansicht richtig gestellt werden mußte.

Abg. **Stadthagen**: Dann behalte ich mir vor, demnächst näheres darüber anzuführen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Bachem** (C., mit Oho-Rufen von der linken Seite empfangen): Es muß mir doch, nachdem der Herr Abg. Stadthagen eine solche Menge moralischer Entrüstung gegen mich aufgeboten hat, gestattet sein, meine bona fides in der Angelegenheit nachzuweisen. Ich habe mich bei meinen Behauptungen auf Zeitungsberichte (Lachen links) bezogen, und es wird mir jetzt von drei Mitgliedern der Kommission bestätigt, daß ich im wesentlichen richtige Behauptungen aufgestellt habe, wenn berücksichtigt wird, daß zwar keine Anträge gestellt worden sind, aber in der Diskussion die Zollfreiheit auf die genannten Gegenstände befürwortet worden ist. Redner verliest einen Bericht der „Germania" und eine Aeußerung des Abg. Paasche, die dieser nach der „Kölnischen Zeitung" auf dem letzten Delegiertentage der Nationalliberalen in der beregten Angelegenheit gemacht hat. In einer mir vorliegenden Abschrift des amtlichen Protokolls heißt es bei der Position 35, Champignons: Mollenbuhr befürwortet Zollfreiheit. (Abg. **Geyer** [Soc.] ruft: Da ist das Protokoll eben unvollständig!) Ich sage das nur, um meine bona fides außer Zweifel zu stellen, und überlasse die Schlußfolgerung jedem objektiv denkenden Mitgliede des Hauses.

Abg. **Mollenbuhr** (Soc.): Herr Bachem hat behauptet, ich hätte bei Champignons Zollfreiheit befürwortet. Er mag das glauben, mit den Thatsachen steht es in Widerspruch. Ich habe mich nur gegen eine Erhöhung des Zolles gewendet und befand mich dabei in Gesellschaft des Regierungsvertreters, der ausführte, daß eine Zollerhöhung die deutsche Konservenindustrie schädigen müsse. Dieser Grund war für mein Verhalten ausschlaggebend. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Stadthagen** (Soc.): Herr Bachem hat dem alten Märchen, ich hätte bei Austern, Kaviar 2c. Anträge auf Zollfreiheit gestellt, die neue Legende hinzugefügt, indem er aus einem Bericht die Verwunderung des Herrn Paasche über die socialdemokratischen Anträge auf Zollfreiheit der genannten wohlschmeckenden Dinge feststellte. Ich habe in der Kommission gesagt, da wir eine Einkommensteuer nicht haben, müsse man der Zollerhöhung auf Kaviar zustimmen. Ich habe aber den Herren der andren Parteien gesagt, sie sollten sich nicht einbilden, daß sie damit etwas Besonderes gethan hätten. Herr **Bachem** war meines Erachtens **nicht guten Glaubens**, als er diese Fülle von Unwahrscheinlichkeiten gegen mich vorbrachte. Ich muß es zurückweisen . . .

Präsident Graf **Ballestrem**: Sie haben es ja schon zurückgewiesen. (Heiterkeit.)

Abg. **Stadthagen**: Es ist natürlich im Rahmen der persönlichen Bemerkung sehr schwer, die Fülle von Unwahrheiten zu widerlegen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Es ist manches schwer im Parlament. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Bachem** (C.): Herr Stadthagen hat kein Bedenken getragen, mir eine Fülle von Unwahrheiten vorzuwerfen. (Abg. **Stadthagen**: Zweifellos!) Herr Stadthagen, darüber urteilen andre Leute. (Bravo! im Centrum.) Ich habe Ihnen mein Material vorgelegt, nur meine Bemerkung über die Hummern habe ich eingeschränkt. Bei Austern und Kaviar habe ich nicht von einem Antrag gesprochen, sondern nur davon, daß die Socialdemokraten in der Kommission Zollfreiheit befürwortet hätten. (Abg. **Bebel**: Das ist nicht wahr!) Meine Zeugen hierfür sind die Abgg. Paasche, Müller-Fulda und Sittart. Im amtlichen Protokoll steht klipp und klar: Abg. Mollenbuhr spricht sich für Zollfreiheit der Champignons aus. Das Gleiche steht in der „Köln. Ztg." und in der „Germania". In den socialdemokratischen Blättern ist verzeichnet, daß Mollenbuhr von den armen Witwen geredet hätte, die Kostgänger beim Mittagstisch haben und die die Champignons teurer bezahlen sollten. Ich überlasse das Urteil, ob ich eine Fülle von Unwahrheiten gesagt habe (Abg. **Stadthagen**! Ja wohl!) jedem ehrlichen und redlichen Manne.

Abg. **Stadthagen** (Soc.): Herr Bachem hat von mir provoziert jetzt schärfer gesprochen. Die von ihm aufgestellte Behauptung, daß wir —

Präsident Graf **Ballestrem**: Sie dürfen nur für sich reden.

Abg. **Stadthagen** (Soc.): daß ich Zollfreiheit für Kaviar und Austern befürwortet hätte, ist unwahr. Aufs Protokoll kann sich Herr Bachem nicht stützen; da beruft er sich auf die unwahren Berichte der Zeitungen oder einzelner Herren. Die Unwahrheit ist um so auffallender, weil ich **für die Erhöhung** dieses Zolles über die Regierungsvorlage hinaus gestimmt habe. (Abg. **Bebel**: Wir alle!) Herr Bachem ist einer besseren Belehrung nicht zugänglich; er besitzt **das Talent, bei einer erwiesenen Unwahrheit zu bleiben.** (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Bachem** (C.): Auf die letzte Insinuation brauche ich nicht zu antworten. (Sehr gut! im Centrum.) Ueber die Verhandlungen über Kaviar und Austern enthält das Protokoll nichts; deshalb habe ich mich auf unbeeinflußte Zeitungsnachrichten berufen. (Gelächter bei den Socialdemokraten. Rufe: Die „Germania"! Unbeeinflußt!)

Damit schließen die persönlichen Bemerkungen.

Präsident Graf **Ballestrem** schlägt vor, die nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: 1. **Interpellation** Albrecht und Genossen betreffend **Steigerung der Fleischpreise** in Verbindung mit der freisinnigen Interpellation über den gleichen Gegenstand. 2. **Zweite Beratung des Entwurfs eines Zolltarif-Gesetzes.**

Abg. **Singer** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir den Antrag erlauben, als zweiten Punkt der morgigen Tagesordnung die Fortsetzung der soeben vertagten Beratung der Interpellation zu setzen. Ich war der Meinung, daß die Diskussion heute zu Ende kommen würde. Unter dieser Voraussetzung sind die Aussichten im Seniorenkonvent ausgetauscht worden. Wir können die Fortsetzung der Debatte nicht wieder solange vertagen, wie es das vorige Mal geschehen ist, um neun Monate, denn dann ist der Reichstag bereits eines natürlichen oder unnatürlichen Todes gestorben. Eine abschließende Aussprache ist gerade bei der Frage der Arbeitslosigkeit durchaus notwendig. Die Diskussion hat eine reiche Fülle von Anregungen gezeitigt, die keinerlei Ausführung erfahren werden, wenn die Debatte wieder unterbrochen wird. Auf einen Tag kann es nicht ankommen. Die zweite Lesung des Zolltarifs kann um einen Tag ruhig verschoben werden, damit die Frage der Arbeitslosigkeit für diese Legislaturperiode wirklich erledigt wird.

Präs. Graf **Ballestrem**: Ein Abschluß der Besprechung einer Interpellation findet überhaupt nicht statt (Sehr richtig! rechts), da eine Abstimmung nicht zulässig ist. Ueber einen so hochwichtigen Gegenstand wie den heutigen können wie vierzehn Tage und länger sprechen. Ob morgen noch ein Teil der Redner zum Worte kommt, kann auf die Einwirkung der Debatte auf die verbündeten Regierungen und das deutsche Volk keinen besonderen Einfluß ausüben. Nach meiner Verabredung mit den Vertrauensmännern der Fraktionen muß ich auf meinem Vorschlag bestehen. Ich werde das Votum des Reichstags über den Antrag Singer anrufen.

Abg. **Singer**: Das Votum acceptieren wir natürlich. Der Abschluß einer Interpellation ist gegeben, wenn kein weiterer Redner sich meldet. Auch durch einen Schlußantrag, den wir natürlich nie stellen werden, kann ein Abschluß erreicht werden. **Der Reichstag hat die Verpflichtung, eine Frage von so eminenter Wichtigkeit zu erledigen.** Es wird die Sache des Volkes sein, zu entscheiden, ob nicht diejenigen recht haben, die die Frage zur Erledigung bringen wollen, selbst auf die Gefahr hin, daß der **Wuchertarif (Pfui! rechts)** um einen Tag später beraten wird. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Bei der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit für den Vorschlag des Präsidenten. Für den Antrag Singer stimmen außer den Socialdemokraten drei Abgeordnete der freisinnigen Vereinigung.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Tagesordnung: Interpellation über die **Fleischteuerung**; 2. **Zolltarif-Gesetz.**

Schluß 7 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der durch die Buchhandlung Vorwärts in Wochenheften zu 10 Pf. herausgegebenen Illustrierten Romanbibliothek **„In Freien Stunden"** liegen jetzt Heft 37 und 38 vor. Der mit prächtigen, für den Inhalt charakteristischen Zeichnungen geschmückte Roman **„Die drei Musketiere"** von Alexander Dumas hat bei dem Leserkreis reichen Beifall gefunden, so daß wir wiederholt unsre Leser auf diese Romanbibliothek aufmerksam machen, die zur Verdrängung der leider auch in Arbeiterkreisen noch vielfach verbreiteten Schundroman-Litteratur bestimmt ist. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

Vom **Süddeutschen Postillon** erschien die Nr. 21. Das Titelbild zeigt die „herrlichen" Erfolge, die wir in China errungen haben; das Schlußbild — „Reh!" — skizziert, wie herrlich weit wir es daheim gebracht haben. Von dem sonstigen Inhalt ist zu nennen: Zola †, famose Briefe, Sprüche, Glossen, Citate. Eine originelle Zeichnung von H. P. — Der Bauch des Ministers — Leopold der Tugendsame — Verführt, eine illustrierte Münchener Landtagsgeschichte — Der Roland von Berlin — Gütliche Streikverhandlung, dessen Text in Oestreich verboten wurde, u. a. Die Nummer ist bei allen Zeitungsträgern zu haben.

Preßfreiheit und Preßrecht. Eine Studie über den Preßgesetz-Entwurf von Fritz Austerlitz. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, VI., Gumpendorferstraße 18. 126 Seiten. Preis 2 Kronen. Inhalt: Die Bedeutung der Preßgesetzgebung. Das objektive Verfahren. Das System der Verantwortlichkeit. Der strafbare Inhalt. Konfiskation und objektives Verfahren im Entwurf. Ehrenbeleidigungen. Neue strafbare Handlungen. Der Boykottparagraph. Die Kolportagefreiheit. Die Berichtigung. Die Verantwortlichkeit. Die Immunität. Das Verbot ausländischer Zeitungen. Der konzessionierte Buchhandel. Anhang: Der Gesetzentwurf.

Christian Petzet. Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik von 1840 bis 1850. Ein Beitrag zur deutschen Litteratur- und Nationalgeschichte. Dritte Lieferung. Heine, Geibel, Die österreichischen Dichter. München. J. F. Lehmanns Verlag 1902.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Aus Erfurt wird amtlich gemeldet: Vom Güterzuge 6551 entgleiste Mittwochmorgen 6 Uhr in der Weiche 10 des Bahnhofs Kühnhausen ein Wagen. Personen wurden nicht verletzt, der Materialschaden ist geringfügig. Die Strecke Gispersleben—Kühnhausen war auf kurze Zeit gesperrt und ist inzwischen wieder fahrbar. Schnellzug 52 wurde über Sömmerda—Straußfurt geleitet und kam mit 19 Minuten Verspätung in Nordhausen an.

Ueber das Ballonunglück in Paris werden jetzt noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der Ballon erhob sich schnell bis etwa auf 100 Meter. Die Absicht Bradskys war, in der Richtung auf den Exerzierplatz von Issy zu fliegen. Der Ballon schien aber von einem südlichen Wind gefaßt worden zu sein, drehte sich sozusagen um seine eigne Achse und flog langsam in der Richtung nach dem Montmatre zu. Es fiel allen Zuschauern auf, daß der Korb, der mit 16 Stahldrähten an dem Ballon befestigt war, einen sehr schwachen Eindruck machte. Gegen 9 Uhr war das Luftschiff über dem Dorf Stains angekommen, und der Luftschiffer rief einigen Leuten auf der Straße zu: „Wo sind wir?" Er erhielt die Antwort: „In Stains, Departement Seine." Bradsky sagte darauf: „Ich möchte landen, können Sie mir einen geeigneten Platz angeben?" Als ihm eine kleine Wiese gezeigt wurde und das Luftschiff sich dorthin bewegte, trat das Unheil ein. Einer der Zuschauer bemerkte, daß plötzlich fünf von den Drähten (Klaviersaiten), die die Gondel trugen, rissen, daß die Gondel dadurch nach vorn schoß und die übrigen Drähte zerbrach, und daß der Ballon in den Lüften verschwand, während die Gondel mit rasender Geschwindigkeit zur Erde stürzte. Die beiden Luftschiffer waren aus der Gondel herausgefallen und stürzten, sich mehrfach überschlagend, in ein Kartoffelfeld. Der Ingenieur Morin war auf den Kopf gefallen, der vollständig zersplittert war. Bradsky lag mit eingedrücktem Kopf unter dem Motor. Der Erbauer des Luftschiffes, Lachambre, erklärt, daß er vergeblich geraten habe, die Stahldrähte lieber durch Seile zu ersetzen. Frau Bradsky befand sich, ehe die Nachricht von dem Unglück eintraf, in großer Aufregung, weil man nichts über den Verbleib des Luftschiffers gehört hatte. Lachambre war bei ihr, als plötzlich Baron Mayer durch den Fernsprecher den Tod der beiden Luftschiffer mitteilte. Lachambre, der am Fernsprecher gewesen war, sagte der Frau Bradsky zunächst, daß ihr Mann leicht verletzt sei. Baron Mayer erklärte ihr dann, die Verletzungen seien schwer, und teilte ihr später mit, daß Bradsky tot sei. Der Verunglückte hinterläßt drei Kinder. Er besaß ein großes Vermögen. Der Ingenieur Morin hinterläßt eine Frau und eine Tochter.

Santos Dumont soll sich über die Ursachen des Unfalles folgendermaßen ausgesprochen haben. Dumont sagt, der Unfall wurde dadurch veranlaßt, daß sich das Drahtseil loslöste. „Ich halte es für durchaus richtig, die Gondel statt durch Seile durch Drähte an dem Ballon zu befestigen. Das war sogar meine eigne Idee, die Bradsky von mir annahm. Ich bleibe dabei, daß es richtig ist. De Bradsky machte aber den Fehler, daß er die Tragfähigkeit des Drahtes nicht berechnete. Bei mir ist jeder einzelne Draht bis auf ein Zehntel Zoll berechnet worden, während Bradsky nach oberflächlichen Schätzungen verfuhr. Ich sah seine Maschine und sagte ihm, daß ich sie für gefährlich hielte. Wie ich vorausgesagt habe, daß Severos Maschine in Brand geraten werde, so habe ich auch Bradsky und seine Freunde gewarnt, daß die Drähte nicht halten würden."

Briefkasten der Redaktion.

B. 777. Am ratsamsten ist, Sie machen ein wechselseitiges Testament. Errichten Sie ein solches nicht, dann würden die Geschwister miterben können. Ein Beispiel zu einem solchen für Ihre Verhältnisse passenden Testament finden Sie S. 238 Nr. 55 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers zum Bürgerlichen Gesetzbuch. — **1111.** Abschrift kann erteilt werden. Wegen Erteilung der Abschrift wenden Sie sich an das Schiedsgericht. — **J. F., Spandau.** 1. Nein. 2. Sie sind im Umfang des gegen Sie erlassenen rechtskräftigen Urteils alimentationspflichtig. 3. Eine Gegenklage ist, soweit ersichtlich, aussichtslos. — **R. W. 1000.** Fragen über erbrechtliche Verhältnisse lassen sich nicht beantworten, wenn nicht eine Reihe von Umständen bei der Anfrage klargelegt sind. Es muß klargelegt sein: wann ist der Todesfall erfolgt? Wo? War der Verstorbene verheiratet? Lebt seine Frau? Leben seine Kinder? Seine Enkel? Seine Eltern? Seine Geschwister? Deren Kinder? Liegt ein Testament vor? Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Berücksichtigung dieser Fragen oder sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor. — **C. Droß.** 1. Die Alimente sind vierteljährlich im voraus zu zahlen. Besprechen Sie die Angelegenheit mit dem Vormund. 2. Nein. 3. Keineswegs. — **G. P. 100.** Der Vertrag gilt bis zum 1. Oktober. Der Wirt muß einen Untermieter zulassen, gegen den erhebliche Einwendungen nicht zu erheben sind. Lehnt er das ab, so können Sie bis 3. Januar zum 1. April kündigen. — **P. D. 100.** An Beide. — **T. F. 20.** 1. u. 2. Nein. **B. S. 100.** 1. Eine besondere Mitteilung an Sie ist nicht erforderlich. 2. Nein. 3. Wer unterliegt, hat in der Regel die Kosten der Klage zu tragen. 4. Wollen Sie nicht persönlich für die Schulden der Erbschaft haften, so hätten Sie entweder innerhalb 6 Wochen der Erbschaft entsagen müssen oder müßten Nachlaßkonkurs, Nachlaßinventar usw. herbeiführen. Das Einzelne finden Sie auf Seite 86—88 des dem „Arbeiterrecht" angehängten Führers, der in den öffentlichen Lesehallen ausliegt. Es dürfte aber ratsam sein, Ihre Sache einem Anwalt zu übergeben. — **L. F. 100.** Das Fleischbeschaugesetz enthält keine Vorschriften über die Prüfung und dergleichen von Fleischbeschauern. Die Befürchtung Ihrer Bekannten ist unbegründet. — **Verband der Bäcker.** Sie können Beschwerde an die Oberstaatsanwaltschaft einlegen. Sie hätten darzulegen, daß dem Betreffenden, da er nicht Lehrherr ist, überhaupt kein Züchtigungsrecht zusteht, daß aber auch Schlägereien nicht in Ausübung des Züchtigungsrechts, also nicht zur Erreichung des Lehrzwecks, sondern nur unter dem Vorwande vorgenommen sind, dem Lehr- und Erziehungszweck zu dienen, und daß sie endlich die durch das Gesetz gezogenen Grenzen überschritten haben. Dies erweisen das Attest und der Umstand, daß gegen das Gesicht und auf den Kopf, also nicht zur Erreichung eines Lehrzwecks geschlagen ist, sondern um zu mißhandeln. Die Reichstags-Verhandlungen über Lehrlingszüchtigungen finden Sie S. 6098—6103 der stenographischen Berichte des Reichstages 1896/1897. **Plötzensee 5.** Stirbt ein kinderloser Ehegatte ohne Hinterlassung eines Testaments, so werden in der Regel der verwitwete Ehegatte und die Eltern des Verstorbenen Erben. An die Stelle der verstorbenen Eltern treten die Geschwister. Diese Regel erleidet für eine Reihe vor 1900 geschlossener Ehen Ausnahmen. Es ist deshalb ratsam, den Einzelfall genau klarzulegen, das geschieht am zweckmäßigsten in der juristischen Sprechstunde. — **P. 1111.** Nein, die Gründe, aus denen ein Wandergewerbeschein versagt werden muß, soll und darf, finden Sie in den §§ 57, 57a und 57b der Gewerbe-Ordnung. — **A. S. 5.** Soweit ersichtlich, läßt sich in dem von Ihnen erwähnten Fall im Rechtswege nichts ausrichten. Zur Entscheidung, ob etwa Briefunterschlagung oder unbefugte Brieföffnung vorliegt, giebt Ihre Darstellung keinen sicheren Anhalt. Vielleicht legen Sie die Sachlage in der juristischen Sprechstunde klar. — **H. L. 99.** Die Forderung des Naturheil-„Arztes" ist zu hoch und verjährt. — **P. Z. 10.** 1. Nein. 2. Machen Sie einen Versuch, rechtlich erzwingen können Sie die Aufhebung nicht. — **E. K. 41.** Nein. — **E. 29.** 1. Die Sachen müssen zurückgebracht werden. 2. Derjenige, der den Schaden verursacht hat. — **Ch. 02.** Der Gerichtsvollzieher befindet sich durchaus in rechtmäßiger Ausübung seiner Pflicht, wenn er in der Wohnung des Ehemanns auf Grund eines gegen diesen erlassenen Urteils die angeblich der Ehefrau gehörigen Sachen pfändet. Sache der Ehefrau ist es, alsdann schleunigst dem Gläubiger ihr Recht glaubhaft zu machen und ihn zur Freigabe aufzufordern sowie Interventionsklage und Einstellungsantrag bei Gericht zu stellen. Ein Beispiel für solche Klage und solchen Antrag finden Sie S. 432 des in den öffentlichen Lesehallen ausliegenden „Arbeiterrechts". — **H. W. 139.** Eine sechswöchentliche, zum Quartalsersten auszusprechenden Kündigungsfrist ist nur gewährt, wenn die Kündigung spätestens am 17. (im Schaltjahr am 18.) Februar, am 19. Mai, am 19. August oder am 19. November dem andren Teile gegenüber ausgesprochen, bei schriftlicher Kündigung also ihm übergeben ist. Die Aufgabe zur Post an den erwähnten Daten genügt nicht. 1. Da der Reisende mit dem Aufhören zum 6. September einverstanden war, kann er nicht nachträglich Gehalt verlangen. 2. und 3. Nein. — **A. B.** 1 und 2 Nein. — **J. Z. 10.** 1. Nein; der Lehrer war zu einer Antwort nicht verpflichtet. 2. und 3. Eine nochmalige Prüfung giebt es nicht. 4. Beschwerde können Sie an den Rektor oder an die Schulaufsichtsbehörde oder an die Regierung zu Potsdam richten. 5. Nein.

Stationen	Barometer land mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer land mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	756	WSW	4	wolkig	10	Haparanda	762	N	2	wolkenl	—10
Hamburg	758	WSW	3	bedeckt	10	Petersburg	754	NO	3	bedeckt	0
Berlin	759	W	2	bedeckt	10	Cork	749	WSW	5	bedeckt	12
Frankf./M.	764	SW	2	heiter	9	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	766	W	6	bedeckt	9	Paris	765	S	3	bedeckt	7
Wien	762	W	2	heiter	12						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 16. Oktober 1902.

Ziemlich warm, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich, mit Regenfällen und starken südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 16. Oktober.

Anfang 7½ Uhr.

Opernhaus. Das Glockenspiel. (Le Carillon.) Das Mädchen von Navarra. (La Navarraise.)
Schauspielhaus. Die Ahnfrau.
Neues Opern-Theater. (Kroll.) Geschlossen.
Deutsches. Monna Vanna.
Berliner. Wienerinnen.
Westen. Die Brautlotterie.
Lessing. Kaltwasser.
Neues. Ledige Leute.
Residenz. Seine Kammerzofe.
Thalia. Charleys Tante. Cassis Pascha.
Central. Die Fledermaus.

Anfang 8 Uhr:

Schiller. O. (Wallner-Theater.) Der Tartüff. Der Arzt wider Willen.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Esther. Zwei Eisen im Feuer.
Carl Weiß. Die Paria.
Luisen. Robert und Bertram.
Casino. Corradini. Ihre Familie.
Kleines. Serenissimus-Zwischenspiele.
Wilhelm. Der Jongleur.
Buntes Theater. Enthüllung des Heinedenkmals. Der Hund. Bunter Teil. Tiny Senders.
Metropol. Berlin bleibt Berlin.
Trianon. Die Liebesschaukel. (La Bascule.)
Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Specialitäten.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Palast. Berliner in Steglitz.
Steidl. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Tausend Jahre deutscher Kultur. (Im Hörsaal): Dr. Donath: Das Ohmsche Gesetz.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Central-Theater

Donnerstag, 16. Oktober, Anf. 7½ Uhr: **Die Fledermaus.** Operette in 3 Akten von Joh. Strauß. (Adele: Mia Werber.) Im 2. Akt: **Ballett-Einlage.**

Freitag, 17. Oktober (Abonnements gültig): Der Bettelstudent. Sonnabend: Boccaccio. Sonntagnachmittag: Die Fledermaus. Abends: Der Bettelstudent.

Thalia-Theater.

Anfang 7 Uhr. Jubiläums-Vorstellung für **Guido Thielscher.** Zum 451. Male: **Charleys Tante.** Vorher: **Cassis Pascha.** Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz in 1 Akt.

Morgen: Dieselbe Vorstellung. Anfang 7½ Uhr. Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Die Grille.**

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34.

Robert u. Bertram.

Anf. 8 Uhr. Vorverk. u. 10—2 Theaterk., Invaliden- und Künstlerdank.
Morgen: Vor Sonnenaufgang. Sonnabend: Maria Stuart. Sonntagnachmittag 3 Uhr zu klein. Preisen: Hamlet. Abends: Berlin, wie es weint und lacht.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.

Eine Paria.

Lebensbild in 5 Akten (8 Bildern) von Ernst Ritterfeld. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Eine Paria. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Robinson Crusoe. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Maria Stuart.

Buntes Theater

(Ueberbrettl.)

Anfang 8 Uhr. Köpenickerstraße 68. **Enthüllung des Heine-Denkmals. Der Hund. — Bunter Teil.** Leitung: O. Straus. Wiederauftreten von **TINY SENDERS,** Bozena Bradsky. Marcell Salzer. Bokken-Lasson.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.

Die Liebesschaukel.

Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay. Anfang 8 Uhr. Sonntagnachm.: Coralie & Cie.

Wilhelm-Theater.

Friedrichstrasse 236.

Abends 8 Uhr:

Der Jongleur.

Casino-Theater

Lothringer-Straße 37.
Ganz neue Specialitäten: Die Costa — Resemann 2c. Dazu des großen Kassen-Erfolges wegen noch einige Tage:

Ihre Familie.

Anfang: Wochent. 8, Sonnt. 7½ Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Dr. Donath: Das Ohmsche Gesetz.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Die sensationellen **lebenden Bilder,** dargestellt v. 6 jungen Damen.
Kirchmeiers Berliner Original-Schrammeln.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Mellinis dunkles Geheimnis.
Neu! Lu Dalys Englische **Boxerinnen und Ringerinnen** zum erstenmal auf dem Kontinent.
Georgette Langée, Excentric-Tänzerin.
14 erstklassige Nummern.

Stadt-Theater.

Alt-Moabit 47—49.
Gastspiel des Bernhard Rose-Theater-Ensembles:
Donnerstag, den 16. Oktober 1902:
Der Hypochonder.
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:
Neue Specialitäten.
Um 9 Uhr:
Zum **199.** Mal:
Lysistrata
Operette in 2 Akten von **Paul Lincke.** Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Freitag, 17. Oktober: Jubiläums-Vorstellung. Zum 200. Male: **Lysistrata.**

Metropol-Theater.

Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Helmund.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Flora Siding. Hansi Reichsberg. Wini Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. —
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

Direktion: Richard Winkler.
Sensations-Erfolg!
9 Uhr: **Berliner in Steglitz.**
Gr. Ausst.-Burleske mit Ges. u. Tanz.
Im bunten Teil: Willi u. Rosita Sands, Sportakt. Sisters Laurance, Dressur-Akt. Mr. Atlas, die schwankende Weltkugel. Brother Gaude, Kunst-Akt. Benedetti, Universal-Artist. Huc und Muc, Transformationsakt. Fritz Brand, Humorist. Elise Gebhardt, Vortrags-Soubrette. — Entree 30 Pf. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute: Gr. Extra-Vorstellung:
Der Mann im Monde.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Serenissimus-Zwischenspiele.
F.....ienidyll, Schöne Seelen, Kollegen.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauerbrücke 5.
Größtes Vergnügungslokal Berlins.
Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen.
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Täglich Matinee von 12—2 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater **O.** (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Tartüff.
Lustspiel von Molière. Frei übersetzt von Ludwig Fulda.
Hierauf:
Der Arzt wider Willen.
Schwank von Molière. Deutsch von F. S. Bierling.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Tartüff.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Sappho.

Schiller-Theater **N.** (Friedr.-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Esther.
Von Franz Grillparzer.
Hierauf:
Zwei Eisen im Feuer.
Lustspiel in 3 Akten frei nach Calderon von Friedrich Adler.
Freitagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Morituri.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 19. Oktober, 2¾ Uhr nachm.:
Lessing-Theater: 10./11. Abt.: **Die Kleinbürger.**
Metropol-Theater: 1./2. Abt.: **Was ihr wollt.**
Lustspiel in 5 Akten von William Shakespeare.
230/8 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Andreas-Garten,

Andreasstr. 26. **Franz Herkowski.**
Empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften und Freunden meine neu eingerichteten, bis 200 Personen fassenden Lokalitäten. **Mittagstisch, ff. Getränke, gute Küche, Kegelbahn, gute saubere Betten.**

Germania-Prachtsäle

Chaussee-Str. 103.
Arnold Scholz.
Heute Donnerstag:
Grosses Militär-Streichkonzert
ausgeführt von der **Regimentsmusik des IV. Garde-Regiments zu Fuss in Uniform** unter persönlicher Leitung des königl. Musikdirektors Herrn **Frz. A. Bergter.** 5141L*
Anfang 8 Uhr. Bons gelten. Eintritt 30 Pf.
Nachdem:
Familien-Kränzchen.

Winter Garten

... und Dubois. Excentrics.
Duncan's dress. schott. Schäferhunde.
Robinson-Baker-Trio, Hochspringer.
Elise de Vère, Soubrette.
Las Floridas, Spanische Tänzerinnen.
Die 2 Freydos, „Professor u. Schüler".
Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer.
Sisters Carey's dressierte Papageien.
Carl Maxstadt, Humorist.
Liane de Vries, Pariser Soubrette.
Kara, Meister-Jongleur.
Angèle Van Loo, Sängerin v. kgl. Theat. Brüssel.
Cléo de Mérode Tänzerin von der Gr. Oper i. Paris.
„Biograph".

Steidl-Theater.

Luisenstr. 132 am Oranienburger Thor —
Täglich humorist. Soiree u. a.:
Studenten Lust u. Leid
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Vorverkauf 11—1 Uhr.
Sonntag u. Donnerstag im Festsaal Tanzkränzchen.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Vorstellung **Tanzkränzchen.**
Entree: Sonntags 50 Pf., Sperrsitz 75 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf., Wochentags 30 Pf., Sperrsitz 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Cirkus Schumann

Karlstrasse. Cirkus Renz-Gebäude.
Donnerstag, den 16. Oktober, abends 7½ Uhr:
Ausserordentl. gr. Vorstellung.
Neuester Reitersport, Ball-Spiel mit dem **7 Fuss** hohen Ball, geritten von 8 Herren ohne Sattel.
Die **dressierten Rapphengste** sowie d. **Bierbrauerpferde** als **Fasskünstler** etc.
Nur noch einige Tage:
10 Genis, Truppe Icarieus.
Nur noch einige Tage:
25 Gerettete der Insel Martinique.
Albulelle, Anglo-Araber und Steiger **Good Look,** geritten von der jugendlichen Schulreiterin **Frl. Dora Schumann.**
Grosses Ballett-Divertissement getanzt von **100 Damen.**

Cirkus Busch.

Donnerstag, den 16. Oktober 1902, abends 7½ Uhr:
Grosse Vorstellung
mit grossartigem Programm.
Clown Lavater Lee mit seinem kleinen Cohn u. wunderbaren Esel.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Heute Donnerstag:
Militär-Konzert
Musikcorps Garde-Füsilier-Reg. (Herr Dippel.) 5190C*
Im Kaiser-Saal: **Norddeutsche Sänger und Tanz.**

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-1½ Uhr.

Maschinen, Werkzeuge etc.
(Konkursmassen-Ausverkauf) für Schlosser, Schmiede, Klempner, Maschinenfabriken
Holzmarktstr. 20.

Wer-Stoff-hat.
Fertige Anzug 20 M., feinste Zuth., 2 Anproben, für guten Sitz bekam goldne Medaille. Handnäharbeit.
Ludwig Engel,
Prenzlauerstrasse 23, 2 Tr., nahe Alexanderplatz. Gegr. 1892.
Komme auch Maßnehmen ins Haus. Bitte Postkarte.

Verfallene Pfänder. Goldf. wie Brillanten I. Art, gold. u. silb. Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, w. spottb. verk. Altes Gold, Silber w. getauscht u. in Zahlung gen. in der Pfandl. Prinzenstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

⚒ Alles ab Platz. ⚒

Wer Kohlen braucht, kaufe bei **Josef Fischer,** Kohlen-Großhandlung. Hauptgeschäft: **Brombergerstr. 19.** Zweiggeschäft: **Mitte Romintenerstraße.** 5201L*
100 Ct. Senftenb. Brikets nur 0,55
100 „ Riesenf. 7" 0,65
1 Ctr. oberschles. Steinkohlen 1,10 u. 1,20
1 „ Bruchkohlen nur 0,70
10 Hartbw., borgen pro Stck. 0,10

Charlottenburg.

Restaurant „Zur alten Linde", **Leibnizstr. 3.** Gut gepflegte Biere, warme Speisen zu jeder Tageszeit.
21655 **A. Röttger.**

Orts-Krankenkasse für das Bierbrauergewerbe zu Berlin.

Alte Schönhauserstr. 32, Hof I.
Am Donnerstag, den 23. Oktober, abends von 7 Uhr bis ½10 Uhr, finden im **Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer 15 im Saal IV, die im § 40 des Kassenstatuts vorgeschriebenen
Delegiertenwahlen
für die Jahre 1903/1904 statt.
Von **7 bis ½8 Uhr** wählen die **Arbeitgeber**
134 Vertreter.
Von **8 bis ½10 Uhr** wählen die **Arbeitnehmer**
269 Vertreter.
Für die Arbeitnehmer dient das Mitgliedsbuch als Legitimation.
Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht 275/14
Der Vorstand.
Otto Wolf, Vorsitzender.

Birkenwerder a. d. Nordb.
Restaurant Waldkater.
Sonntag, 19. Oktober: **Grosses Wurstessen,** nachher **Tanz.** Es ladet ergebenst ein
2808b Genosse **Wegener.**

Wichtig für Strassenhändler

Boeren-Postkarten
nach Original-Aufnahme und mit eigenhändigen Unterschriften. 2817b
Kaufmann, Steinmetzstraße 52.

36 Mark

elegante **Winter-Paletots,**
30 Mark
hochfeine **Herren-Anzüge,**
12 Mark
schwere **Winter-Beinkleider.**
Guter Stoff, tadelloser Sitz.
14. Krausenstr. 14.
1 Treppe. Tel.-Amt I Nr. 3708. 1 Treppe.

!!! Spottbillig !!!

Anzugstoff-Reste
Hosen- u. Winterpaletot-Reste, Reste auch für 26875* Damen-Paletots u. Kostüme.
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland,
Berlin, Rossstr. 2.

Totenfest! Saal mit Theaterbühne frei geworden. 28100
„Harmonie", Invalidenstr. 1a.

Fritz Preuss

74a Belle-Alliancestrasse 74a, Ecke Bergmannstraße, empfiehlt Freunden und Bekannten sein **Weiss- und Bayrisch-Bierlokal** nebst Vereinszimmer für 50 Personen. *

Restaurant Carl Grosser.

An der Stadtbahn 39, I.
(jetzt Dirksenstraße). 5240L*
Dicht am Alexanderplatz.
Zwei Vereinszimmer für 30 und 80 Personen mit Pianino zu vergeben, passend für Gesangvereine 2c.
Telephon: Amt III Nr. 1813.

Wurstbruch in schöner Ware von **50 Pf.** pr. Pfund an, sowie **Knochen,** Knochenfleisch, Eisbeine 2c. täglich frisch in unserem Detailverkauf-Laden
Berliner Wurst- u. Fleischwaren-Fabrik
Petersburger Platz 8. 5193L*

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.

Specialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Max Dowe
am 5. Oktober verstorben ist und am Donnerstag, den 9. d. M., zur letzten Ruhe gebettet wurde. 90/2
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Otto Mietzel
am 12. Oktober verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags um 2¾ Uhr, vom Krankenhause Friedrichshain nach dem Central-Friedhofe in Friedrichsfelde aus, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
90/1 **Die Ortsverwaltung.**

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis

(Süd-Ost).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Julius Meyer
Reichenbergerstr. 96A, Stadtbez. 113b, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Britz aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
244/17 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner
Albert Fritz
am 13. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 16. Oktober, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobi-Kirchhofs.
Rege Beteiligung erwartet
122/16 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Bekannten zur Nachricht, daß unsre liebe Mutter **Louise Hörnick,** geb. Buthbach, am Schlaganfall verstorben ist. — Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3½ Uhr, vom Krankenhause Friedrichshain aus nach dem St. Andreas-Kirchhof in Wilhelmsberg statt. 2816b
Ernst Hörnick und Frau.

Achtung, Vereine!

Empfehle meine gänzlich neurenovierten Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Einige Sonnabende und Sonntage noch frei. 50872*
Neues Klubhaus,
72. Kommandantenstr. 72.

Möbel

erstklassiger Qualitäten.
Cassa und **coulante Raten-Zahlung.**
Vereinigte Berliner Möbeltischler
Moserius & Zimmermann, Alexanderstr. 42
Hof, Fabrikgebäude, kein Laden.

Fleisch teuer, aber Seefische billig!

NB. **Seefische sind das billigste und beste Nahrungsmittel, ersetzen das Fleisch vollständig und sind überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.**

Von täglich frischer Zufuhr empfehlen wir:

Schellfische in allen Grössen	**20, 25, 35**	Pf. pro Pfd.
grosse ohne Kopf und im Anschnitt .	**40**	Pf. „ „
Cabliau (zum Kochen und Braten sehr empfehlenswert)	**25–40**	Pf. „ „
Bratflunder 20—25 Pf. pro Pfd. (3 Pfd. **65** Pf.)		
Knurrhahn	**25**	Pf. pro Pfd.
Seelachs 25 Pf., im Anschnitt . .	**35**	„ „ „
Rotzungen	**40—45**	„ „ „
Kaiserlachs	**40**	„ „ „
Seekarpfen	**40**	„ „ „
Silberbars	**30—35**	„ „ „

Seefisch-Kochbücher gratis.

Alle andren Sorten ebenfalls billig.
Täglich frische geräucherte: **Schellfische, Seelachs, Roche, Flundern** etc. billig.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"
Hauptfiliale Berlin C. 23, **Bahnhof Börse, Bogen 9—10.**
II. Filiale: **Lüneburgerstrasse,** Ecke Paulstrasse.
III. „ **Prinzenstrasse 30.**
IV. „ **Madaistrasse 22,** im Schlesischen Bahnhof.
Johs. Skorczyk, Generalvertreter.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute abend pünktlich 8½ Uhr findet im Volkshause, Rosinenstr. 3, die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt, worauf wir die Mitglieder unter Hinweis auf die gestrige Annonce besonders aufmerksam machen. Am Eingange legitimiert das Mitgliedsbuch.

In Wilmersdorf spricht Reichstags-Abgeordneter Ledebour am Montag in einer bei Struß, Ecke der Berliner und Augustastraße stattfindenden Volksversammlung über Fleischnot und Fleischwucher. Ebenfalls wird diese Versammlung zur Gemeinderats-Wahl Stellung nehmen.

Köpenick. Die am Dienstag fällige Versammlung des Wahlvereins fällt aus; am Dienstag, 28. Oktober, ist Generalversammlung. Sämtliche Bibliotheksbücher wolle man abgeben; bis zur Bekanntgabe des Termins werden keine Bücher verliehen. Der Vorstand.

Lokales.

Zu den Stadtverordnetenwahlen. Durch amtliche Bekanntmachung vom 9. Oktober d. J. war bestimmt worden, daß bei den bevorstehenden Stadtverordneten-Ersatzwahlen am 5. November im 4. und 11. Gemeinde-Wahlbezirk der III. Abteilung je ein Hausbesitzer zu wählen sei. Es hat sich inzwischen aber herausgestellt, daß durch eine Besitzänderung eine Verschiebung in der Zahl der Hausbesitzer unter den Stadtverordneten eingetreten ist, so daß nur ein Hausbesitzer zu wählen ist. Durch Los ist gestern vom Magistrat bestimmt worden, daß im 11. Bezirk der III. Abteilung ein Hausbesitzer zu wählen ist, im 4. kann auch ein Mieter gewählt werden.

Immer noch der Milchkrieg. Ueber die geschäftliche Lage des Berliner Milchhandels nach dem 1. Oktober sprach in einer Milchhändler-Versammlung der Vorsitzende Wiesener. Er bezeichnete die Verhältnisse als im Vergleich mit dem Vorjahre recht ruhig. Es komme viel neue ringfreie Milch nach Berlin. Von einem Milchmangel sei keine Rede, in Zukunft werde eher ein Milchüberfluß eintreten. Rechtsanwalt Dr. Flatau legte das Urteil in dem Prozesse gegen die Milch-Centrale wegen unlauteren Wettbewerbes vor und verwies auf einige besonders markante Ausführungen in der Urteilsbegründung. So erklärt das Gericht wörtlich:

„Die Beklagte (Milchcentrale) hat in ihren Cirkularen über ihre geschäftlichen Verhältnisse, besonders über die Beschaffenheit und Preisbemessung der eignen Milch unrichtige Angaben thatsächlicher Art gemacht, welche geeignet sind, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen. Unrichtig ist hierbei die thatsächliche Angabe des Cirkulars, daß der Kunde sich beim Bezuge der Milch von der Centrale für 14 Pf. eine Milch herstellen könne, für die er beim Einkauf von einem Milchhändler 20 Pf. bezahle. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung steht fest, da Beklagte selbst dagegen Einwendungen nicht erhoben hat. Die Behauptung, vom Milchhandel in Berlin werde zu Vollmilchpreisen Halbmilch verkauft, ist nicht erweislich wahr. Sie muß nach der Auskunft des kgl. Polizeipräsidiums als unrichtig bezeichnet werden. Das Gericht hat auf Grund des Gutachtens des gerichtlichen Chemikers Dr. Bischoff als erwiesen erachtet, daß die von den Berliner Milchhändlern ohne Auswahl verkaufte Vollmilch den polizeilichen Anforderungen an Vollmilch im ganzen Umfange entsprochen hat.“

Ueber das jüngste Flugblatt der Centrale bemerkte der Redner, daß der Ring, selbst wenn alle Ringmilch verpachtet sei, nicht von einem Siege sprechen könne. Erstens verringere die Auflösung zahlreicher Milchgenossenschaften die Vorräte der Centrale ganz erheblich, zweitens käme es darauf an, ob die Verpachtung der Ringmilch auch zu Centralpreisen erfolgt sei. Das Urteil gegen die Milchcentrale wurde verschiedentlich als Ehrenrettung des Berliner Milchhandels bezeichnet, alle gegen diesen erhobenen Beschuldigungen hätten sich als unrichtig herausgestellt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung konstatiert, daß die Informationen, die der Herr Landwirtschaftsminister v. Podbielski über den Berliner Milchhandel allem Anscheine nach wie in Sachen der Fleischnot von Herrn Ring-Dülpel erhalten hat, durch das Gerichtsverfahren gegen die agrarische Milchcentrale wegen unlauteren Wettbewerbs eine durchschlagende Widerlegung erfahren haben. Sie bedauert, daß nach den Aeußerungen des Herrn Landwirtschaftsministers im Abgeordnetenhause gerade diejenige Behauptung, deren Unrichtigkeit jetzt von Gerichtswegen festgestellt ist, zum Erlaß der neuen Berliner Milch-Polizeiverordnung geführt hat.“

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung der Vorlage über die Einführung einer neuen Besoldungsordnung für die Oberlehrer an den städtischen Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen, Realschulen und höheren Mädchenschulen hat unter dem Vorsitz des Stadtv. Cassel und in Gegenwart des Stadtschulrats Dr. Gerstenberg folgendes beschlossen: Der Stadtverordneten-Versammlung vorzuschlagen, wie vom Staate auch bei der Kommune ein Anfangsgehalt von 2700 M. und ein Höchstgehalt von 5100 M., einen Wohnungsgeldzuschuß von 900 M. und eine feste Zulage von 900 M. zu gewähren. Die hiernach zu normierenden Gehälter werden vom 1. April 1902 ab nachgezahlt. Vom 1. April 1903 ab beträgt das Anfangsgehalt 2900 M. und das Höchstgehalt 5300 M. Außerdem wird ein pensionsfähiger Wohnungsgeldzuschuß von 900 M. und eine feste Zulage von 900 M. gewährt.“ Die Erhöhung des Schulgeldes wurde abgelehnt und der Magistrat soll durch eine Annahme einer Resolution ersucht werden, der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zu machen über die Verbesserung der Grundsätze bei der Berechnung der zurückgelegten Zeit als Hilfslehrer oder Gemeindeschullehrer der Lehrer an den höheren städtischen Lehranstalten. Die bisher gebräuchliche Gewährung von Freistellen (Freischule) an die Kinder von Leitern und Lehrern höherer Lehranstalten und Mädchenschulen soll für die Kinder, die am 1. Oktober 1902 und später eintreten, fortfallen.

Für das Publikum der Berliner Markthallen ist ein Urteil des Kammergerichts von Interesse, bei dem es auf die Auslegung der Berliner Polizeiverordnung vom 14. März ankam. Diese Verordnung, welche den Verkehr in den Markthallen regelt, bestimmt in ihrem § 14: „Käufer wie Verkäufer sind gehalten, jegliche Verletzung des Anstandes und jede Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu unterlassen. Müßiges, zweckloses Stillstehen, wodurch die freie Passage gehindert wird und bei etwaiger Ruhestörung der Zusammenlauf vergrößert wird, ist unbedingt verboten.“ Vergehen gegen diese Bestimmungen werden durch einen andren Paragraphen unter Strafe gestellt. Wegen Vergehens gegen den § 14 war die Standinhaberin Müller zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie, als mehrere kauflustige Personen an ihrem Stande erschienen, aus dem Stande herausgetreten war und vor diesem mit den Leuten verhandelt hatte. Das Landgericht I verwarf die Berufung der Angeklagten, der Strafsenat des Kammergerichts gab jedoch ihrer Revision statt und sprach Frau Müller mit folgender Begründung frei: Es sei sehr zweifelhaft, ob überhaupt jemand wegen Vergehens gegen die Bestimmung des § 14 bestraft werden könne, die die Käufer und Verkäufer in den Berliner Markthallen verpflichtet, jede Verletzung des Anstandes und jede Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu unterlassen. Denn diese Vorschrift sei so allgemein, daß sich kaum ein ihr entsprechenden Thatbestand werde feststellen lassen. Unbedingt rechtsgültig sei dagegen die Bestimmung, die müßiges zweckloses Stillstehen, wodurch die freie Passage gehindert wird rc., verbietet. Sie könne hier aber nicht angewendet werden, weil hier das Stillstehen vor dem Stande, durch das nach Annahme des Landgerichts die freie Passage gehindert worden ist, nicht als ein zweckloses oder müßiges angesehen werden könne. Müßig gewesen sei es nicht, denn die Frau habe gehandelt, und auch zwecklos könne es nicht genannt werden, da die Frau geglaubt habe, die Käufer vor dem Stande besser bedienen zu können und deshalb aus dem Stande herausgetreten sei.

Die Hochbau-Deputation beschloß gestern, verschiedene Neubauten zu errichten; darunter befinden sich der Bau einer Blinden- und Fortbildungsschule für Waisenmädchen in der Kürassierstraße und ferner die Neubauten von Gemeindeschulen in der Putbuserstraße und Greifswalderstraße. Die Blindenschule ist mit 153 000 Mark veranschlagt, die Gemeindeschulhäuser mit 540 000 und 740 000 Mark.

Bei den Innungen der Handwerkskammer Berlin wurden vielfach Lehrverträge benutzt und Lehrbriefe (Prüfungszeugnisse) ausgestellt, die in keiner Beziehung den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Die Handwerkskammer hat daher nunmehr von allen Innungen ihres Bezirks die Verträge in je einem Exemplar eingefordert, um sie auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Innungen, welche die von der Handwerkskammer herausgegebenen Lehrverträge und Prüfungszeugnisse benutzten, brauchen dies nur der Kammer anzuzeigen.

Privatklinik und Hofkonzert. Ein Drehorgelspieler hat Anlaß zu einer Polizeiverfügung gegeben, nach welcher der betreffende Hauseigentümer aufgefordert wurde, zur Vermeidung einer fiskalischen Strafe von 100 Mark (event. 10 Tagen Haft) dafür Sorge zu tragen, daß die Patienten einer im Nachbarhause befindlichen Frauenklinik durch derartige Hofkonzerte fürder nicht gestört würden. Beschwerdeführend machte der gemaßregelte Eigentümer geltend, daß dem Besitzer des Nachbargrundstücks allenfalls eine Civilklage freistehe, falls er sich durch die Immission von Geräuschen in seinen Rechten gekränkt fühle; aber auch diese erscheine unbegründet, da er nicht verpflichtet sei, die durch dritte auf seinem Hofe verursachten Störungen zu verhindern. Am allerwenigsten sei die polizeiliche Strafandrohung am Platze. Der Oberpräsident hat daraufhin auch die eigenartige Polizeiverfügung aufgehoben.

Die Reformbedürftigkeit unsrer Irrenanstalten erstreckt sich vor allem auf das Wärterpersonal, das niedrig entlohnt wird und nur zu oft ohne genügende Vorbildung ist. Wie es mit den Anforderungen in dieser Hinsicht bestellt ist, zeigt die folgende dem „Lokal-Anzeiger“ von gestern entnommene Anzeige:

> Irrenanstalt Neu-Ruppin sucht zum 1. November einen Klempnergesellen und einen Buchbindergesellen, die zugleich Wärterdienst zu übernehmen haben. Anfangsgehalt 30 Mark monatlich (steigend in einigen Jahren bis ca. 60 Mark) bei freier Station und Dienstkleidung. Unverheiratete, gesunde, unbescholtene Bewerber, 20—25 Jahre alt, wollen sich mit Zeugnisabschriften wenden an den Direktor.

Klempner und Buchbinder im Hauptberuf und Irrenwärter im Nebenamt. Was mag da bei 30 Mark Anfangsgehalt für die Kranken viel herauskommen?

Neunundzwanzig Opfer hat der Rudersport der diesjährigen Sommersaison auf den Gewässern in der Umgebung Berlins gefordert. Die Mehrzahl der Unfälle sind durch den Leichtsinn der Ruderer herbeigeführt und nicht weniger als 28 fanden durch Kentern von Booten ihren Tod. Nur eine Dame ertrank dadurch, daß das von ihr benutzte Fahrzeug von einem Dampfer zerschnitten wurde. Die Mehrzahl der Unfälle ereignete sich auf den Gewässern der Oberspree und Dahme. Im Müggelsee allein, eins der tückischten Gewässer, ertranken sieben Personen. Nicht festzustellen ist die Zahl derjenigen, die mit einem unfreiwilligen Bade davonkamen. Nach amtlichen Feststellungen beträgt die Zahl der auf der Spree, Dahme und Havel gekenterten und geretteten Personen 126. Da jedoch die Mehrzahl derartiger Unfälle nicht zur polizeilichen Kenntnis gelangen, so dürfte die Zahl derselben thatsächlich noch mehr als doppelt so groß sein.

Ein trauriges Nachspiel hat der „Jagdunfall“ in Schallehne bei Rathenow gehabt, über den schon mehrfach berichtet wurde. Der Bankier Oenicke, der seit 17 Jahren in der Möckernstr. 131 ein kleines Geschäft betrieb, hatte bei Rathenow eine Jagd gepachtet und wurde dort am 7. d. M. erschossen aufgefunden. Da sich nicht sagen ließ, ob ein Selbstmord vorliege, so wurde ein Jagdunfall angenommen. Jetzt erscheint diese Annahme nicht mehr haltbar. Das Bankgeschäft in der Möckernstraße ist seit Montag geschlossen, die Angestellten sind entlassen. Zu diesen gehörte auch der 40 Jahre alte Bankbeamte Emil Ruedli, ein Junggeselle, der seit 15 Jahren bei Oenicke beschäftigt war und seit 7 Jahren in der Barutherstraße ein möbliertes Zimmer bewohnte. Ruedli wurde gestern, Mittwoch, morgen von seiner Wirtin, die ihm den Kaffee bringen wollte, in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Er nahm sich das Leben, weil er bei Oenicke 12 000 M., den Ertrag seiner fünfzehnjährigen Arbeit, einbüßte. Oenicke verlor dieses und andres Geld durch mißglückte Spekulationen.

Ein verspäteter Beitrag für die Zuchthaus-Denkschrift. Ein angeblicher Mordversuch beschäftigt die Kriminalpolizei. In der Nacht zum Mittwoch um 1 Uhr hörte man am Halleschen Thor plötzlich vom Landwehrkanal herauf gellende Hilferufe. Die wenigen Leute, die noch unterwegs waren, sahen an dem Postgebäude am Tempelhofer Ufer einen Mann im Kanal liegen, der sich nur mit Mühe über Wasser hielt. Ein Artist und ein Opernsänger machten sich gleich an das Rettungswerk. Es gelang auch, den Mann in den Kahn zu bringen und auch lebend zu landen. Der Gerettete, ein 28 Jahre alter Arbeiter Paul Nimetzki, der in der Rostockerstr. 12 in Schlafstelle wohnt, gibt von der Art, wie er in das Wasser gekommen sein will, eine Darstellung, die von vornherein wenig glaubwürdig klang, die aber trotzdem die Kriminalpolizei nötigte, wegen versuchten Mordes Ermittelungen anzustellen. Nimetzki, der auf einem Kohlenplatz in der Haidestr. 2—20 arbeitete, erzählte etwas verworren, daß ihn zwei Arbeitsgenossen, die er nur mit den Vornamen Karl und Wilhelm kenne, in den Kanal geworfen hätten, weil er sich geweigert habe, mit ihnen zu streiken. Nimetzki ist wahrscheinlich angetrunken gewesen und im Schlafe vom Geländer in den Kanal gefallen.

Bei den Herstellungsarbeiten der Unterleitung für die Straßenbahn auf dem Schloßplatz ist ein Hindernis zu überwinden, durch welches die Ausführung des Baues eine wesentliche Verzögerung erfährt. Es handelt sich um die Durchführung der Unterleitung auf der Ueberbrückung des Abflußkanals der Alten Schleuse. Es hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, die Brückenkonstruktion tiefer zu legen, damit die Eisenkästen, welche die Unterleitung aufzunehmen haben, eingelassen werden können. In Rücksicht auf die enorme Belastung, welche das Bauwerk durch die über dasselbe fahrenden Kraftwagen erfährt, ist auch eine wesentliche Verstärkung des Brückenlagers erforderlich. Es muß infolgedessen ein vollständig neues Trägersystem und Unterbelag hergestellt werden, eine Arbeit, die mehrere Wochen in Anspruch nimmt.

Ein gefährlicher Zusammenstoß zwischen einem Wagen der Straßenbahngesellschaft und einem Brauerwagen erfolgte gestern nachmittag gegen 3 Uhr in der Landsbergerstraße. Während der Elektrische in voller Fahrt herangesaust kam, fuhr der Brauerwagen im Trabe aus der Kleinen Frankfurterstraße heraus, so daß beide Wagen zusammenprallten. Der Bierkutscher wurde vom Bock geschleudert und zog sich einen Armbruch zu; man verband ihn in der Unfallstation. Der Inhalt mehrerer Biertonnen ergoß sich auf die Straße. Dem Straßenbahnwagen wurde der Vorderperron eingedrückt.

Der Berliner Zoologische Garten hat durch den, um die Erforschung der Tierwelt von Deutsch-Ostafrika hochverdienten Reisenden C. G. Schillings neun junge afrikanische Störche, sogenannte Nimmersatt, Tantalus ibis, und eine gestreifte Hyäne aus dem Gebiete zwischen der Küste und dem Kilima Ndjaro als Geschenk erhalten. Die Nimmersatt unterscheiden sich von unsrem Freund Adebar durch den etwas gekrümmten und an der Spitze abgerundeten Schnabel. Die Hyäne ist eine Seltenheit ersten Ranges und noch niemals in irgend einem zoologischen Garten ausgestellt gewesen. Vor wenigen Jahren, als Schillings die Auffindung einer gestreiften Hyäne am Natron-See in der Massaisteppe ankündigte, begegnete man ihm mit Mißtrauen. Bald darauf gelang es ihm aber, zahlreiche Bälge dieser Art zu sammeln, und der Verwalter der Berliner Säugetier-Sammlung, Kustos Matschie, wies nach, daß man es mit einer bisher noch unbekannten Streifenhyäne zu thun habe, welche er zu Ehren Hyaena schillingsi nannte. Nun ist dieses merkwürdige Tier zum erstenmal lebend in Berlin; die Streifenhyäne des Massailandes unterscheidet sich von ihren Gattungsgenossen aus andren Gegenden durch die scharf ausgeprägten breiten schwarzen Binden, die aschgraue Grundfärbung, das schwarze Knie, den großen schwarzen Kehlfleck und die dunklen Zehen.

Mondfinsternis. In den Morgenstunden des 17. Oktober findet eine totale Mondfinsternis statt, zu deren Beobachtung die Räume der Urania-Sternwarte dem Publikum von 4½ Uhr ab zur Verfügung stehen werden. Der Verlauf der Finsternis wird große Aehnlichkeit mit demjenigen der Mondfinsternis vom 22. April d. J. haben, mit dem Unterschiede, daß damals der Schluß des Phänomens und diesmal sein Anfang in Berlin zu beobachten ist. Der Eintritt unseres Trabanten in den Erdschatten beginnt um 5 Uhr 17 Min. mitteleuropäische Zeit. Um 6 Uhr 19 Min. befindet sich der Mond bereits vollständig im Bereiche desselben, auf 7 Uhr 3 Min. fällt die Mitte, auf 7 Uhr 48 Min. das Ende der totalen Finsternis und um 8 Uhr 50 Min. wird der Mond den Kernschatten der Erde bereits gänzlich verlassen haben. Da um 6 Uhr 37 Min. der Mond für den Berliner Beobachter untergeht, so werden wir die Verfinsterung nur bis zum Beginn der Totalität verfolgen können.

Im Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Donnerstag, den 16. Oktober, abends 8½ Uhr, Professor Dr. Heusler seinen Vortragskursus über „Altdeutsche Götter- und Heldensagen“ in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, NW. Dorotheenstr. 13/14. Eintrittskarten zum Preise von einer Mark für sechs Vorträge sind zu haben bei Georg Belling, W. Leipzigerstraße 136; A. Schütz, O. Holzmarktstr. 60; Chr. Tischendörfer, C. Sophienstr. 20; F. E. Lederer, W. Kurfürstenstr. 70; Bernhard Staar, SW. Friedrichstr. 250; Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, SW. Dessauerstr. 14 (8 bis 3 Uhr).

Der Berliner Verein für Schulgesundheitspflege veranstaltet am Dienstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im Bürgersaale des Rathauses einen öffentlichen Vortragsabend. An demselben Abend wird Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Hoffa über: Entstehung der seitlichen Rückgratsverkrümmungen während der Schulzeit“, Herr Prof. Dr. Rudolf Lehmann über: „Vererbung und Erziehung“ sprechen.

Die Vereinigung der Maler rc. ersucht uns, folgendes bekannt zu geben: Am Sonnabend sind zwischen Sieberstraße und Weidenweg 30 Quittungsmarken a 35 Pf. der Vereinigung verloren gegangen. Der Finder wolle die Marken gegen Belohnung bei Kralowsky, Weidenweg 64, IV, abgeben.

Feuerbericht. Mehrere Brände hatte die Wehr in der Zwischenzeit abzulöschen. In der Nacht zum Mittwoch wurde sie nach der Lehrterstr. 6 gerufen, wo in einem Keller durch Unvorsichtigkeit ein Brand entstanden war, der Spiritus und Verpackungsmaterial ergriffen hatte. Glücklicherweise konnten indes die Flammen bald abgelöscht werden, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. Längere Zeit nahm die Ablöschung eines Feuers am Strelauer-Platz 13 in Anspruch. Hier hatten Kleidungsstücke, Möbel, der Fußboden, sowie die Balkenlage Feuer gefangen, so daß die Wehr mit einer Schlauchleitung tüchtig Wasser zu geben hatte, um die Gefahr zu beseitigen. In der Triftstr. 3 war nachmittags ein Brand in einem Friseurgeschäft ausgekommen, der aber bald gelöscht wurde und in der Hauptsache nur Möbel und Perücken beschädigte. Gardinen und Betten gingen abends 10 Uhr in der Wasserthorstr. 16 in einer Schlafstube in Flammen auf, während in der Gerichtstr. 9a durch Ueberkochen von Teer ein Brand entstanden war. In der Auguststr. 14/15 mußte ein Schornsteinbrand beobachtet werden. Einen Kellerbrand hatte die Wehr in der Kurfürstenstr. 28 zu beseitigen. Gerümpel und Verpackungsmaterial wurde hier eingeäschert. Wohnungsbrände, die in der Hauptsache Gardinen und Möbel beschädigten, mußten in der Friedrichsbergerstr. 8 und in der Sebastianstr. 74 abgelöscht werden. Außerdem liefen im Laufe des Mittwochs noch Alarmierungen von der Holzmarktstr. 46 und vom Grünen Weg 66 ein, die jedoch beide auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

Vom Grunewald. Die Pläne zur Erschließung des Grunewalds für den allgemeinen Verkehr sind nahezu fertig. Bei den in diesem Winterhalbjahre stattfindenden Abholzungen wird die Forstverwaltung für die neuen Straßenbauprojekte durch Freilegung von Waldstreifen sorgen. Völlig unentschieden ist aber noch die Frage, an welcher Stelle zur Weiterführung der Heerstraße Berlin-Döberitz die Havel überbrückt werden soll. Dem Vernehmen nach bestehen hierfür drei Pläne. Nach dem einen muß nicht nur die Havel, sondern auch eine seeartige Einbuchtung des Flusses überbrückt werden, um das andre Ufer zu erreichen. In diesem Falle würde die Heerstraße südlich von Pichelsdorf vorüberführen und eine fast geradlinige Fortführung des bisherigen Straßenzuges bilden. Die Ausführung würde allerdings sehr kostspielig sein. Der zweite in Erwägung gezogene Plan geht dahin, die Havel weiter nördlich, zwischen Pichelsdorf und Tiefwerder zu überbrücken; auch hierbei wäre noch ein günstiger Anschluß an die Hauptverkehrsstraße des Grunewalds zu erreichen. Nach dem dritten Vorschlage soll die Heerstraße noch näher an Spandau vorübergeführt und zu diesem Zwecke die bisherige Havelbrücke der Lehrter Eisenbahn aufgebaut werden; diese geht nämlich auf der Strecke von Ruhleben ab anläßlich der Spandauer Bahnhofsumbauten gänzlich ein, weil die Geleise mit denen der Hamburger Eisenbahn von Berlin aus bis über Spandau hinaus zusammengelegt werden.

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern nachmittag auf der Dahme bei Köpenick ab. Dortselbst bewegte sich ein Einfüller, in welchem zwei Herren saßen, in der Richtung nach Grünau. Die Mannschaft eines entgegenkommenden Vierers vom Verein „Friesen“ bemerkte nun, wie einer der Insassen des Einfüllers auffällige Bewegungen machte, über den Rand des Bootes ins Wasser stürzte und sofort in die Tiefe versank. Der im Boote Zurückgebliebene rief um Hilfe und machte die Insassen des erwähnten Vierers darauf aufmerksam, daß der Verunglückte Epileptiker sei. Kurz und entschlossen sprang ein Mitglied der „Friesen“-Mannschaft, Kaufmann Oertel, ins Wasser und bei wiederholten Tauchen fand er den Verunglückten in zusammengekrümmtem Zustande, den Kopf nach unten gerichtet, auf dem Grunde des Flusses. Dem mutigen Ruderer gelang es, den Verunglückten, am Kragen des Paletots haltend, dem Boote zuzuführen, und nun wurde der Bewußtlose ans Land gebracht, wo die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche zunächst erfolglos blieben. Die Rettungsversuche wurden dann in der Wohnung eines Mitgliedes des Spindlersfelder Rudervereins fortgesetzt und hier gelang es dann auch nach nahezu halbstündigen Mühen, den Erstarrten ins Leben zurückzurufen. Der Verunglückte, dessen Namen nicht sofort festgestellt werden konnte, wurde einem Krankenhause zugeführt.

Moabit! **6. Wahlkreis.** **Moabit!**

Donnerstag, den 16. Oktober, abends 8½ Uhr

Volks-Versammlung

in Ahrens Brauerei, Turmstr. 25/26.

Tages-Ordnung: 1. **Vortrag: Die deutsche Weltmachts- und Hunger-Politik.** Referent: Stadtverordneter **E. Vogtherr-Stettin.** 2. Diskussion. 249/8

Um recht rege Beteiligung ersucht

Der Vertrauensmann.

4949L*

Gelegenheitskauf! Bunte

Mocquettplüsche

und **abgepasste Satteltaschen**, einfarbige **Plüsche** u. **Möbelstoffe** selten billig!

Muster bei näher. Angabe franco.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. **158.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Maler

(E. H. Nr. 71).

Filiale Berlin Süd III.

Freitag, 17. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Lenz, Alte Jakobstr. 69:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht.
2. Bericht von der General-Versammlung.
3. Verschiedenes.

28145 **Der Vorstand.**

Nächsten Sonntag (19. Oktober):

Schumann-Abend.

Dorotheenst. 13/14. Beginn 8 U.

Mitwirkende: Betsy Schot, Auguste Goetz-Lehmann, A. N. Harzen-Müller, Dr. G. Münzer.

Billets à **50 Pf.** mit Garderobe und Programm in den Buchhandlungen Kantorowicz, Potsdamerstr. 135; Freund, Kleiststrasse 21; Challiers Musikhandlg., Beuthstr. 10; Winckelmanns Lehrmittelanst., Markgrafenst. 43/44; Herrmann & Co., Neue Promenade 5 II. [102/19

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.

Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.

Plomb. 1,50 M. Reparat. sof. Umarbeit schlecht sitz. Gebisse.

Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130,

(Haus Schaarwächter.) Sprechst. 9—7 Uhr. Tel. VI 4401. [35/11*

In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25—10,35, Rum 1,00—5,00, Nordhäuser 0,45—1,35. Liqueure, Eiercognac, Citronen- u. Himbeersaft. Port- u. Ungarweine gut u. billigst,

Carl Schindler, Chausseestrasse 55.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.

Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1, 4-7.

Es ist endlich erfunden

das wirklich **beste** und **billigste Waschmittel** für weisse und bunte Wäsche

ohne Soda! — ohne Chlor! — ohne Pottasche!

und ist unter dem Namen **„BRONIL“** in Packungen zu **10** und **25** Pf. **überall** erhältlich. Eventuell Bezugsquellen-Nachweis durch die alleinigen Fabrikanten: 5263 2*

Dr. Gittelson & Co., Berlin SO. 33.

Bau-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Alle auf Bauten in Berlin und Umgegend beschäftigten organisierten Arbeiter erhalten hiermit die Nachricht, daß die Rohrleger und Helfer, welche vom Donnerstag, den 16. Oktober 1902, nicht im Besitz einer Legitimationskarte sind, aber als Rohrleger oder Helfer arbeiten, Streikbrecherdienste verrichten.

Hermann Arnhold,

Fabrik für Beleuchtungsgegenstände aller Art.

110 Alexandrinenstr. 110 (Messpalast).

Ganze Einrichtungen 2 Zimmer und Küche von Mk. 12.50 bis 50.— bis zum elegantesten Genre in modernstem Stil. Auf Wunsch auch Teilzahlung. Petroleumgehänge wie Gaskocher in grosser Auswahl, 2 Loch von 7 Mk. an. Aufbronzieren alt. Kronen etc. Uebernahme v. Umzügen u. Reparat. Gasrohrlegung. Stark- u. Schwachstrom-Anlagen. Geschäftsschluss 8 Uhr abends.

tel. Amt IV. 8239.

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132—135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27—29. — Oranienstr. 52—55

Extra-Preise

Donnerstag, Freitag, Sonnabend:

Gemüse-Konserven

Kaiserschoten ¹/₁ Dose **1.15,** ½ Dose **63** Pf.
Schoten extra fein, ¹/₁ Dose **83,** ½ Dose **48** Pf.
Schoten I ¹/₁ Dose **75** Pf.
Gem. Gemüse I ¹/₁ Dose **95,** ½ Dose **52** Pf.
Gem. Gemüse ¹/₁ Dose **55** Pf.
Kohlrabi ¹/₁ Dose **25** Pf.
Pfefferlinge ¹/₁ Dose **48** Pf.

Feine Schoten ¹/₁ Dose **50** Pf.

Stangenspargel mittelstark
¹/₁ Dose **1.20** — ½ Dose **65** Pf.

Stangenspargel Ia ¹/₁ D. **1.30,** ½ D. **70** Pf.
Riesenbruchspargel ¹/₁ D. **1.30** Mk.
Bruchspargel, stark ¹/₁ D. **90,** ½ D. **50** Pf.
Schneidebohnen Ia ¹/₁ Dose **40** Pf.
Brechbohnen Ia ¹/₁ Dose **40** Pf.
Schneidebohnen ¹/₁ Dose **24** Pf.
Brechbohnen ¹/₁ Dose **24** Pf.

Hummern Dose **1.80,** Corned Beef **1.10**

Appetit-Sild 38 Pf., **Krabben 35** Pf.

Frucht-Konserven

Saure Kirschen ohne Stein ¹/₁ Dose **1** Mk. ½ Dose **55** Pf.
Saure Kirschen mit Stein ¹/₁ Dose **80** ½ Dose **45** Pf.
Erdbeeren in dünnem Zucker ¹/₁ Dose **1.20** ½ Dose **65** Pf.
Aprikosen halbe Frucht ¹/₁ Dose **1.30** ½ Dose **70** Pf.

Dunstfrüchte
Stachelbeeren, Heidelbeeren, Johannisbeeren, Kirschen, Pflaumen,
Glas **52** Pf.

Reineklauden ¹/₁ Dose **85** Pf. ½ Dose **48** Pf.
Melangefrüchte ¹/₁ Dos. **1** Mk. ½ Dose **55** Pf.
Birnen, weiss und rot ¹/₁ Dose **75** ½ Dose **42** Pf.
Stachelbeeren ¹/₁ Dose **65** Pf.

Wein inkl. Flasche

Moselwein
Obermoseler ¹/₁ Fl. **52** Pf.
Lieserer „ **82** Pf.
97er Zeltinger „ **92** Pf.

Rheinwein
Alsheimer ¹/₁ Fl. **67** Pf.
Dienheimer „ **87** Pf.
Rüdesheimer „ **1.10**

Italienischer Rotwein ¹/₁ Flasche **52** Pf.

Bordeauxwein
Montferrand ¹/₁ Fl. **80** Pf.
Medoc „ **85** Pf.
98er Ch. Beaupuy **92** Pf.
95er Blanquefort **1.10**

Südwein
Portwein II ¹/₁ Fl. **1.10**
Portwein I „ **1.60**
Alter Portwein „ **2** Mk.
Sherry ¹/₁ Fl. **1.20** u. **1.90**

Russischer Thee von feinem kräftigen Aroma
Packet ca. ¼ kg. **1.10** Mk., ca. ⅛ kg. **55** Pf.

Holländischer Kakao in vorzügl. Qualität
½ kg. **2** Mk., ¼ kg. **1** Mk.

Jedes Wort: **5** *Pfennig.* *Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.*

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Zuthaten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. *

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 12068*

Winterpaletots, Anzüge, Remontoiruhren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 43/1*

Reste spottbillig. Tuchlager Roßstraße 2, Koch u. Seeland. 1775b*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barminstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Steppdecken spottbillig. Fabrik, Weinstraße 20. †92*

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schwartz: Nur Wallstraße. 1337R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Teppiche. Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 43/1*

Betten. Gelegenheitskauf, drei Stand, sogleich, spottbillig. Elisabethstraße 93, vier Treppen. Denckmann.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nußbaummöbel beim Auktionator Otto Liebeke, Möckernstraße 25 (Bahnspeicher am Anhalter Bahnhof), stehen zum spottbilligen Verkauf: große Ballen kleinere und größere Brücke, gediegene neue, auch ganz wenig gebrauchte Einrichtungen, Patentsofas, Salongarnituren, Säulentrumeaus, Salonbilder, Nußbaum-Büffett, Schreibtische, Salonkronen, Bücherschränke, Ruhebetten, Tüllgardinen, Spachtelstores, Steppdecken, Portieren, Plüschtischdecken, verschiedene Gelegenheitskäufe, unentgeltliche Lagerung. 12875R

Teppiche mit Fabrikfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Pianino, Gelegenheitskauf, billig verkäuflich Moabenstraße 15, parterre rechts (Winterfeldtplatz). 38/16*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billigst. Turmstraße 39. 2. Geschäft Bernauerstraße 47 B. 13396R*

Nähmaschinen. Zahle bis 10 Mark, wer auf Teilzahlung eine Nähmaschine kauft. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauser, Warschauerstraße 64. 75/17*

Nähmaschinen! Ringschiff, Adler, Central-Bobbin, Orion (Rotations-Bobbin), Vesta, Tambourier, Elastic, Säulen- und Bieten-Maschinen. Elegante Ausstattung, billige Preise, bei Abzahlung coulanteste Bedingungen. Bellermann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 1354R*

Milchgeschäft, gangbares, verkäuflich. Eisele, Goethestraße 17a, Charlottenburg. 2802b

Gasheizöfen! Sparsysteme! 6,00 Reflektorgasöfen 1: 7,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 7796b

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, ½₁₆ Tonne 3,50 erklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 121/7

Strickmaschinen auf Teilzahlungen Bredereck, Engel-Ufer 20. 42/7*

Betten, prachtvolle, 13,00, 17,00. Dresdenerstraße 38, I rechts. 2806b

Zwei Mark einbringende Damenhemden, Herrenhemden 3,00, Parchendhemden, Normalwäsche, Ausstattungen sowie eleganteste Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Adolf Salomonsky, Dirkenstraße 21 (Alexanderplatz). 76/1

Milchgeschäft verkäuflich Weidenweg 32. †39

Familienväter mit großer Kinderzahl, die in Berlin schwer Wohnung finden, leben auf eigner Vorortparzelle viel gesunder und billiger. Parzellen 600 Mark, verkauft Bunge, Kreuzbergstraße 45. 2812b*

Destillation, Restauration, Lehrter Güterbahnhof (Stadtbahnbogen 366), großes Orchestrion, wegen Krankheit billig verkäuflich oder zu vermieten. *

Nähmaschinen, Fahrräder, gebrauchte, spottbillig. Pfandleihhaus Seydelstraße 20. 2813b

Nußbaummöbel (ganze Wirtschaft) spottbillig, auch einzeln. Kücheneinrichtung 30,00, Gartenstraße 148, I Vorderhaus. †133*

Elektromotor (vier/sechs Pferdekraft) Geschäftsaufgabe, Garantie, neu. Schönhauser Allee 177a, Rausch. *

Verkaufe umständehalber Salongarnitur, Plüschsofa, zwei englische Bettstellen, alles wie neu, sofort. Friedrichstraße 31d, Vorderaufgang IV links.

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. †92*

Verschiedenes.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Putzger, Steglitzerstraße 65. 2587b*

Rechtsbureau Fabisch, Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung. 2772b*

Rechtsbureau, Teltowerstraße 45, Eingaben, Gesuche, Raterteilung. Unbemittelten unentgeltlich. 1326R*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 2777b*

Kunstkupferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Brockhauslexikon und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Saal, Vereinsräume zu Versammlungen und Sitzungen noch frei Inselstraße 10. Jaunaschk. 1225R*

Saal mit Bühne, 120 Personen fassend, jederzeit zu vergeben Schwedterstraße 23/24. 1361R*

Vereinszimmer, großes frei, Simeonstraße 23, Flick. 1334R*

Vereinszimmer, Saal mit Bühne vergiebt Franke, Sebastianstraße 39.

Größeres Vereinszimmer mit Pianino, noch Tage zu vergeben, Pallisadenstraße 24. 42/5*

Die gegen Frau Mühler gemachten Beleidigungen nehme ich reumütig zurück und erkläre Frau Mühler als eine anständige und achtbare Frau. Paul Dieder, Nieder-Schöneweide, Berlinerstraße 22a. 2805b

Empfehle meinen Saal für Vereine und Gesellschaften sowie Kegelbahn. August Wendt, Kopenhagenerstraße 74. 2809b

Allen Freunden zur Nachricht, daß ich Sickingenstraße Nummer 5 eine Restauration und Destillation eröffnet habe und bitte um freundlichen Zuspruch. Paul Anders. 2815b

75 Pfennige! Strafaufschub, Eingabengesuche, Zahlungsbefehle, Raterteilung. Allerbilligst Schankachen, Militärsachen, Kaufverträge, Gerichtsklagen, Gnadengesuche. Wulkows Rechtsbureau, Skalitzerstraße 141.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Rahmenmacher verlangt Kristan, Kottbuserufer 32. 2782b

1 Lehrling verlangt Schildererfabrik, Prinzenstraße 73. 2804b

Burschen für Grundiererei verlangt Max Leonhard, Schlesischestraße 31. †11

Tüchtige Belegerinnen verlangt Goldleistenfabrik Zoers, Skalitzerstraße 28. †11

Geübte Kartonarbeiterinnen finden gut lohnende und dauernde Beschäftigung. J. Schwandt, S., Neue Jakobstraße 6. 2807b

Kartonarbeiterinnen bei hohen Accordlöhnen verlangt Bohl, Dresdenerstraße 97. 43/2

Kartonarbeiterin außer dem Hause verlangt Sebastianstraße 7.

Schürzennäherin und Lehrmädchen verlangt Schürzenfabrik Kommandantenstraße 46. 2784b

Mamsells auf Paletos, im Hause, verlangt Felske, Grünauerstraße 20 IV.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Achtung, Klavierarbeiter!

Die Pianofabrik von **Ernst Koch & Co., Greifswalderstraße 155/156,** ist wegen Lohndifferenzen bis auf weiteres gesperrt. 88/5 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!

Bauarbeiter.

Der Bau Badstraße 64, Unternehmer **P. Ueberholz,** ist wegen Lohndifferenzen bis auf weiteres für organisierte Arbeiter **gesperrt.**

Die Lohnkommission.

Achtung, Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einsetzer, Maschinenarbeiter und Polierer:

R. Schulz, Kraustr. 18/19.
Emmeluth, Diefenbachstr. 33.
Kimbel u. Friedrichsen, Yorkstr. 43.
Kimbel u. Friedrichsen, Yorkstr. 59.
Lux u. Engelbrecht, Görlitzer Ufer.
Wehner, Stallschreiberstr. 58.
Zache, Fruchtstr. 8.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.